Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 15 Goldpfennig p. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig p. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045. 1047. 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kreh Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 15. Dezember 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 280**

Rüstet zum Aufmarsch gegen Fürstenraub!

Heute Verhandlungen über eine Demonstration aller proletarischen Organisationen am kommenden Sonntag — Arbeiter, Angestellte, Beamte, sorgt dafür, daß jede Organisation, jeder Betrieb vertreten ist!

Halle, den 15. Dezember.

Die Bewegung der Massen für die entschädigungslose Enteignung der fürstlichen Parasiten, für die Durchführung eines Volksentscheids zu diesem Zweck ist im Anwachsen begriffen. Immer zahlreicher werden die Kundgebungen im Proletariat, die sich gegen die Zahlung von Entschädigung an die früheren Potentaten wenden. Eine Gewerkschaftsorganisation nach der anderen nimmt Stellung zu dem Raub der Fürsten und erklärt sich mehr oder weniger offen für den Volksentscheid, entsprechend den Vorschlägen der KPD. In den Betrieben ist das Tagesgespräch die unverschämte Forderung der entlaufenen Fürsten. Je größer die Massen werden, die arbeitslos aufs Straßenpflaster fliegen, desto höher steigt die Empörung, daß ausgerechnet in diesem Hungerwinter die Hohenzollern, Wettiner, Koburger und all das übrige fürstliche Gesindel mit Millionen und aber Millionen von Goldmark gefüttert werden sollen, wo gegenüber den Erwerbslosen mit den erbärmlichsten Hungerpfennigen gerechnet wird. In den Kreisen der Kriegsbeschädigten, in den unteren Beamtenschichten, bei den betrogenen kleinen Sparern und Rentnern wächst von Tag zu Tag die Mißstimmung über die Schamlosigkeit, Fürstenabfindungen vorzubereiten, während sie, die ärmsten Schichten des deutschen Volkes, dem Hunger ausgeliefert sind.

Aber wenn auch die Zahl der Gewerkschaften, die Zahl auch der übrigen proletarischen Organisationen, die für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten sind, wächst, so muß doch gesagt werden, daß die tatsächlich vorhandene Massenempörung gegen die fürstlichen Räuber noch nicht den genügenden öffentlichen und organisierten Ausdruck gefunden hat.

Aus dem Grunde hat die Kommunistische Partei, nachdem sie bereits im Reichstag einen Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten eingebracht und bereits am 2. Dezember allen proletarischen Organisationen den Vorschlag der gemeinsamen Durchführung eines Volksentscheides gemacht hat, sich dazu entschlossen, in möglichst enge Fühlungnahme mit allen proletarischen Organisationen zu treten, um sofort und in praktischer Weise wirklich die Massenstimmung gegen den Raubzug der Fürsten auszunutzen.

Aus dieser Absicht heraus hat die Bezirksleitung der KPD., Bezirk Halle-Merseburg, sich an die einzelnen proletarischen Organisationen gewandt mit der Aufforderung einer

gemeinsamen Demonstration als Auftakt zu weiteren Schritten in Richtung des Volksentscheids.

Heute sollen in Halle und morgen in Zeitz entsprechend der Einladung der Kommunistischen Partei Verhandlungen zwischen den einzelnen Organisationen stattfinden über die gemeinsame Durchführung der vorgeschlagenen Demonstrationen.

Wir fordern die Arbeiter in den Gewerkschaften und in den Betrieben, die Erwerbslosen, unteren Beamten, Kriegsbeschädigten und die betrogenen Sparer und Rentner auf, diesen wichtigen Verhandlungen ihr Augenmerk zu schenken. Jeder Proletarier, der gegen die Fürstenentschädigung ist, muß dafür sorgen, daß seine Organisation bzw. sein Betrieb bei den Verhandlungen vertreten ist. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, der den Volksentscheid gegen die Fürstenentschädigung wünscht, muß dafür Sorge tragen, daß auf die etwa sabotierenden führenden Instanzen seiner Organisation der nötige Druck ausgeübt wird, daß sie wirklich der allgemeinen Massenstimmung, die für den Volksentscheid ist, Rechnung tragen müssen.

Nur wenn die breitesten Massen entsprechend ihrer einheitlichen Empörung gegen das Fürstenpack wirklich in Bewegung gebracht werden, nur wenn sie ihren Massenwillen wirklich zum Ausdruck bringen, werden es die herrschenden Gewalten nicht wagen, den fürstlichen Parasiten die Millionen in den nimmersatten Rachen zu werfen.

Keine Organisation, kein Betrieb darf bei den Verhandlungen zur Vorbereitung der Demonstration fehlen!

Am Sonntag muß der erste Schritt zur Abrechnung mit dem fürstlichen Räuberpack durch Riesendemonstrationen getan werden!

Hohenzollernbesitz für die Erwerbslosen und Kriegsopfer!

Antrag des Bergarbeiterverbandes Eisleben

Die am 13. Dezember in Eisleben tagende Bergarbeiterversammlung beauftragt den ADGB., zu den unerhörten Forderungen der Hohenzollern endlich einmal Stellung zu nehmen. Die Versammlung verlangt, daß durch das Staatsministerium nun endlich die Ausplünderung Preußens durch die Hohenzollern unterbunden wird. Das Staatsministerium wird beauftragt, dem Landtag ein Gesetz zu unterbreiten, welches folgende Anhaltspunkte hat:

1. Durch die Flucht des Familienoberhauptes der Hohenzollern und anderer Familienmitglieder ins Ausland im November 1918 haben sich die Hohenzollern ihren Verpflichtungen dem Staate gegenüber entzogen und dadurch alle Verpflichtungen des Staates gegenüber den Hohenzollern verwirkt.

2. Das gesamte Vermögen der Hohenzollern, wie es durch die Verordnungen des preußischen Staatsministeriums vom 13. und 20. November 1918 vorläufig beschlagnahmt wurde, geht endlich in den Besitz des preußischen Staates über.

3. Das enteignete Barvermögen, der Besitz an Effekten usw. der Hohenzollern und ihrer Familienangehörigen wird unter Verwaltung des Staates gestellt und wird zur Erhöhung der Unterstützung der Kriegsopfer, der Erwerbslosen und anderen Unterstützungsempfängern verwendet. Ebenso werden die Einnahmen aus den Forsten, Bergwerken und sonstigen Liegenschaften einem besonderen Fonds zugewiesen und nach Abzug der Verwaltungskosten zur Unterstützung Hilfsbedürftiger verwendet.

4. Alle Gegenstände künstlerischen und historischen Wertes werden den staatlichen Museen einverleibt.

5. Die Durchführung des Gesetzes kontrolliert ein Ausschuß, der sich aus Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammensetzt. Die Sitzungen dieses Ausschusses sind öffentlich.

6. Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung mit Rückwirkung vom 8. November 1918 in Kraft.

Demonstrationen und Versammlungen für den Volksentscheid

(Eig. Drahtm.) Essen, 15. Dezember.

Gestern marschierten in allen größeren Städten des Ruhrgebietes die Arbeiter auf gegen die Fürstenabfindung und für den Volksentscheid. SPD. und ADGB. und andere proletarische Organisationen waren aufgefordert, an diesen Kundgebungen teilzunehmen. In fast allen Orten lehnten SPD. und ADGB. eine Beteiligung ab. In Essen, Gelsenkirchen, Hamborn, Duisburg, Buer, Recklinghausen und Bochum demonstrierten Tausende von Arbeitern und Arbeiterfrauen. In Bottrop beteiligte sich der ADGB., in Rüntein wurde unter Teilnahme der SPD. und des Reichsbanners demonstriert. In allen Zügen wurden Schilder mit entsprechenden Inschriften getragen. In Essen fiel besonders ein Schild auf, mit der Inschrift: „Die Fürsten sollen stempeln gehen", welches den größten Beifall fand. In Dortmund fand eine Kulturtagung statt. Nach Schluß veranstalteten die Teilnehmer eine geschlossene Kundgebung, an der sich große Massen von Arbeitern beteiligten.

•

Bremen. Hier fand eine Demonstration auf dem Bahnhofsplatz statt, an der sich zirka 3000 Arbeiter, darunter RFB. und Rote Marine beteiligten. Die Ansprache hielt der Genosse Globig. Der Demonstrationszug bewegte sich durch die Straßen der Bourgeoisie. Ein mächtiges Polizeiaufgebot versuchte vergeblich, den Zug zu sprengen. Die unteren Beamten der Polizei sympathisierten mit den Demonstranten.

•

Leipzig. Hier fanden drei überfüllte Versammlungen mit anschließender Demonstration statt. In einer Versammlung erklärte ein bürgerlicher Redner, daß die KPD. dessen gewiß sein kann, daß auch viele Angehörige des Bürgertums sowohl in der Frage des Volksentscheids, als auch in der Frage der Fürstenabfindung hinter ihr stehen.

Die versuchte Provokation der Schupobeamten scheiterte an der mustergültigen Haltung der Demonstranten.

50 000 Arbeitersportler für die Enteignung der Fürsten

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß der Kreistag des ersten Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes für Berlin-Brandenburg, wie wir bereits gestern in der Sportbeilage des „Klassenkampf" mitgeteilt haben, sich für die restlose Enteignung der Fürstenhäuser ausgesprochen hat. 50 000 Arbeitersportler werden von der genannten Organisation erfaßt. Diese gewichtige Stimme der 50 000 Arbeitersportler muß auch für die übrigen proletarischen Organisationen ein Ansporn sein, weiter auf dem vorgezeichneten Wege zu schreiten. Die Arbeitersportler werden sowohl bei den Sonntagsdemonstrationen mit an der Spitze marschieren, als auch alle Kräfte zur Durchführung des Volksentscheids einsetzen.

•

Dadurch, daß auch das Bezirkssportkartell der Provinz Sachsen sich entsprechend der Gesamteinstellung der Arbeitersportler ausdrücklich einstimmig für den Volksentscheid entschieden hat, ist zu erwarten, daß die Arbeitersportler, besonders auch in Halle, nächsten Sonntag in Massen zur Demonstration gegen die Fürstenentschädigung aufmarschieren werden.

Keinen Pfennig den Fürsten!

Die Sabotage der Einheit wird fortgesetzt

Von A. Lozowski

Keine einzige Sitzung des Generalrats der Amsterdamer Internationale vergeht ohne die russische Frage. Man kann sagen, daß seit zwei Jahren die russische Frage zur „Lieblings"beschäftigung der Führer der Amsterdamer Internationale geworden ist. Die letzte Tagung des Rates der Amsterdamer Internationale (vom 5. bis 7. Dezember) war sorgfältig vorbereitet worden: Einerseits wurden Verhandlungen mit den Führern des amerikanischen Gewerkschaftsbundes wegen dessen Eintritts als Gegengift gegen die englisch-russische Annäherung geführt, und andererseits wurde unmittelbar vor der Sitzung des Rates der Amsterdamer Internationale der Versuch gemacht, die Engländer zu überreden, die schädliche „sowjetistische Abweichung" aufzugeben. In Atlantic City waren die Amsterdamer weicher als Wachs und versprachen den Führern des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, ihre Internationale dem amerikanischen Geschmad anzupassen, in London waren die Amsterdamer auf der gemeinsamen Sitzung mit dem Generalrat der Trade-Unions schon viel weniger nachgiebig und in Amsterdam nahm die Mehrheit der Führer der Amsterdamer Internationale eine unversöhnliche Stellung gegenüber dem linken Flügel der Arbeiterbewegung im allgemeinen und den russischen Gewerkschaften im besonderen ein.

Die Tagung des Rates der Amsterdamer Internationale verlief sehr stürmisch. Es bewahrheiteten sich wieder die bissigen Worte Fred Bramleys, daß man in der Amsterdamer Internationale über alles mögliche ruhig sprechen könne, daß aber die Gemüter sofort in Wallung geraten, sobald das Gespräch auf die Russen kommt. Der Vertreter der Engländer machte einen Versuch: durch eine nachgiebige, sogar zu nachgiebige Resolution eine Brücke zwischen Scarborough und Amsterdam zu schlagen. Sein Vorschlag lautet: „Der Generalrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes spricht die Bereitschaft aus, mit Vertretern des allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften zusammenzukommen, um die Möglichkeit des Anschlusses der russischen Gewerkschaftsbewegung zu erörtern." Diese Resolution, die von vornherein das Problem der Einheit auf die Frage des „Anschlusses der russischen Gewerkschaftsbewegung" beschränkte, wurde außerordentlich feindselig aufgenommen. Vergeblich beschwor George Hicks den rechten Flügel von Amsterdam, daß es unmöglich sei, „die russische Gewerkschaftsbewegung zu ignorieren", daß „angesichts der Offensive der Unternehmer, denen die reaktionären Regierungen Hilfe leisten, es notwendig ist, alles mögliche zu tun, um die Kraft der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu verstärken". Seine Worte prallten, wie Erbsen an der Wand, an den Amsterdamer Führern ab, die die Stärkung der Macht der Arbeiterbewegung sehr wenig interessiert. Sie haben doch kürzlich einen Sieg in Locarno errungen! Wozu brauchen sie also Einheit und sonstige unangenehme Dinge?

Der Generalsekretär der reformistischen Confederation Frankreichs, Leon Jouhaux, erklärte: „Wir sind einverstanden, mit den Russen zu sprechen, aber eine Konferenz mit ihnen abzuhalten, dazu werden wir uns niemals verstehen." Jouhaux will offensichtlich mit den Russen so „sprechen", wie die Alliierten seinerzeit mit den Deutschen in Versailles „gesprochen" haben! Die Unversöhnlichkeit Leon Jouhaux', dieses Busenfreundes von Briand, Loucheur und anderen würdigen Meistern der französischen Demokratie, ist natürlich besonders pikant, aber auch vollkommen begreiflich!

Der Engländer Brown versuchte nun eine noch kompromißhaftere Resolution durchzubringen, wobei dieser Versuch vom Generalsekretär der Bergarbeiter-Internationale, Hodges, unterstützt wurde. „In Europa ist die Meinung verbreitet, — sagte Hodges, — daß die Engländer dem Druck (!) der Russen nachgegeben hätten. Wäre die Resolution von Hicks angenommen worden, dann würden diese Auffassungen eine Bestätigung erhalten haben." So trat gegen den Generalrat und die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses von Scarborough ein Vertreter des englischen Bergarbeiterverbandes auf, desselben Verbandes, der entschiedener als die anderen sich für die Einheit eingesetzt hat und sich einsetzt. Hodges trat in die Fußstapfen der anderen Redner und berührte ebenfalls die Frage, wer besser sei — die Amerikaner oder die Russen. Der Anschluß Amerikas an Amsterdam, — sagte er, — wäre meiner Auffassung nach ein Ereignis von größter Bedeutung, da die Vereinigten Staaten eine gewaltige

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0001

Bevölkerung haben, ein hochentwickeltes Industrieland sind und damit großen Einfluß auf die internationale Oekonomik ausüben. In diesem Sinne hätte der Anschluß der Vereinigten Staaten noch größere Bedeutung, als die Annahme der Satzungen der Amsterdamer Internationale durch die Russen."

Nach langen Debatten, in denen die Frage über den relativen Wert der amerikanischen und russischen Gewerkschaften ausgiebig erörtert wurde, brachte Steenhuis folgende Resolution ein:

„Nach Kenntnisnahme des seit der letzten Ausschußsitzung mit den Russen geführten Briefwechsels und in Anbetracht der in der jetzigen Sitzung geführten Diskussionen bestätigt der Ausschuß des IGB. den im Februar gefaßten Beschluß und hält eine neue Entschließung für unnötig."

Die Resolution Steenhuis wurde mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen. Gegen die Resolution stimmten Purcell, Hicks und Brown (England), Jakobsen (Skandinavien), Fimmen (Internationale der Transportarbeiter), Hodges (Internationale der Bergarbeiter) und Smith (Internationale der Angestellten).

Nach der Beendigung der Tagung des Generalrates beeilte sich Oudegeest, diesen klaren Beschluß zu erläutern. „Das Statut der Amsterdamer Internationale — erklärte der gesprächige Oudegeest — kann nicht deshalb geändert werden, weil ein Land plötzlich (!) seinen Standpunkt geändert hat, wie es in Scarborough geschah. Wir hoffen, daß der Generalrat der englischen Gewerkschaften den kommenden Kongreß der Amsterdamer Internationale, der im Jahre 1927 stattfindet, abwarten wird (Oudegeest eilt es nicht), ehe er verlucht, die heute gefaßten Beschlüsse zu ändern." „Die wirkliche Bedeutung der Sitzung des Generalrates — sagt Oudegeest weiter — besteht in dem Beschluß des Vereinigten Staaten und Mexiko entgegenkommen, deren Anschluß von ganz anderem Charakter ist, als die russische Frage." „Warum von „ganz anderem Charakter?" „Nun darum," antwortete Oudegeest, „weil unsere Meinungsverschiedenheiten mit Amerika die Taktik betreffen, aber nicht das Statut." Oudegeest hält offenbar die Leser seiner Zeitungen für komplette Narren, wenn er ihnen solche Märchen auftischt. Die Bevorzugung der amerikanischen Gewerkschaften — das ist eine Prämie für reaktionäre Einstellung. Wenn die russischen Gewerkschaften gegen den Klassenkampf wären, wenn sie sich für die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ausgesprochen hätten, wenn sie sich mit den faschistischen Organisationen verbrüdert hätten, wenn sie die bürgerlichen Parteien unterstützt hätten, wie es die Führer der American Federation of Labour tun, dann hätte Oudegeest die russischen Gewerkschaften als der Amsterdamer Gesellschaft würdig erachtet. Darin besteht der Sinn der ganzen „Taktik" Oudegeests. Die Amsterdamer Internationale wird sehr lange warten müssen — sie wird es nie erleben, daß die russischen Gewerkschaften auf das Niveau der amerikanischen Gewerkschaften herabsinken.

In den Sitzungen des Generalrates der Amsterdamer Internationale hat die rote Gewerkschaftsinternationale viel abgekriegt. Die Sünden der RGI. sind längst bekannt — die Hauptsünde ist, daß sie Amsterdam nicht ähnlich ist. Wir überlassen den Oudegeests, unsere „Sünden" aufzuzählen. Die ununterbrochenen Angriffe auf die RGI., die Darstellung, als sei die RGI. eine Organisation, die ausschließlich aus Minderheiten bestehe — wenn die Amsterdamer es könnten, sie würden auch Sowjet-Rußland ebenfalls zu den Minderheiten zählen —, ist sogar einigen englischen Genossen peinlich. Uns lassen diese ununterbrochenen Angriffe auf die Rote Gewerkschaftsinternationale kühl. Diese ständigen Attacken bewessen am allerwenigsten unsere Schwäche. Wäre die RGI. schwach, dann hätten die Führer der Amsterdamer Internationale nicht ständig ununterbrochen hartnäckig zu wiederholen brauchen, daß Amsterdam die Rote Gewerkschafts-Internationale nicht fürchtet, daß die RGI. keine Kraft habe usw.

Der politische Sinn des gefaßten Beschlusses erhielt in der englischen bürgerlichen Presse die gebührende Einschätzung. Die Russen sind in Belagerungszustand versetzt — das ist der einmütige Widerhall in der gesamten Presse, die endlich die Revanche für Scarborough erlebt hat. Die englische Bourgeoisie kann zufrieden sein. Die Beschlüsse der Amsterdamer Internationale sind ein offener Angriff nicht nur auf die russischen, sondern auch auf die englischen Gewerkschaften. Vergeblich bemüht sich Oudegeest zu versichern, daß der Beschluß lediglich gegen die russischen Gewerkschaften gerichtet ist. Der gefaßte Beschluß richtet sich gegen die englische und die internationale Arbeiterbewegung. Die Amsterdamer haben wieder einmal „gesiegt", aber je mehr sie solche Siege erringen, desto näher rückt ihre Niederlage heran. Wegen diese Politikanten sich an die Rockschöße des Nachfolgers Gompers hängen, mögen sie sich über die „Niederlage" der russischen und englischen Gewerkschaften freuen — derjenige lacht am besten, der zuletzt lacht.

Uebernahme der Regierungsbildung durch den Demokraten Koch

Berlin, 15. Dezember.

Der demokratische Parteiführer Dr. Koch hat gestern vormittag nach Unterredung mit dem Reichspräsidenten den Auftrag zur Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition übernommen.

•

Der Demokrat Koch wird heute den Parteien, die sich voraussichtlich der Großen Koalition beteiligen, ein fertig ausgearbeitetes Arbeitsprogramm vorlegen und wird heute eine gemeinsame Besprechung mit den Fraktionsführern der Partei abhalten, an der als offizieller Sachverständiger auch Reichsarbeitsminister Dr. Braun sich beteiligen will. An Stelle der sozialdemokratischen Bedingungen, die dem Volksparteiler „verdächtig" erschienen, wird Koch eigene Vorschläge bringen; hauptsächlich will er die sozialpolitischen Forderungen der SPD. durch eigene ersetzen. Die demokratische Presse ist darüber erfreut. So hofft die „Vossische Zeitung", daß so „sachliche Bedenken, die das wirtschaftliche und sozialpolitische Programm betreffen, überwunden werden können". Der „Vorwärts" hält heute früh noch wie gestern abend an den Punkten der SPD. fest und schreibt: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat keine agitatorischen Forderungen aufgestellt, sondern hat ihr Programm mit Absicht maßvoll gehalten. Es ist aber auch ihre Absicht, ihr Programm mit Entschiedenheit zu vertreten, und es ist nun an den anderen Parteien, mit voller Klarheit Stellung dazu zu nehmen."

Man wird abwarten müssen, wie lange die Entschiedenheit vorhält!

Erste Besprechung Dr. Kochs

(TU.) **Berlin**, 14. Dezember.

Der Abgeordnete Koch empfing heute mittag die Abgeordneten Fehrenbach und Marx vom Zentrum zu einer vorläufigen Aussprache und verhandelte in den ersten Nachmittagsstunden mit den Vertretern der Sozialdemokraten, den Abgeordneten Müller-Franken, Wels und Dittmann. Nach dieser ll nterredung soll eine Besprechung mit dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, stattfinden. In der um 2 Uhr beginnenden Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion wird Koch Bericht erstatten.

Eintritt Luthers und Stresemanns in ein etwaiges Kabinett Koch?

(TU.) **Berlin**, 15. Dezember.

Wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, soll bei den gestrigen Besprechungen Kochs bereits die Personenfrage gestreift worden sein. Dr. Luther und Dr. Stresemann sollen sich bereit erklärt haben, in ein Kabinett Koch einzutreten.

SPD.-Blätter gegen die Große Koalition

Die sozialdemokratische Presse nimmt zu einem großen Teil weiter Stellung gegen die Große Koalition. Die „**Dresdener Volkszeitung**" verweist darauf, daß nach ihrer Auffassung die SPD. überhaupt niemals mit der Deutschen Volkspartei zusammen regieren dürfte, sie erinnert daran, was selbst der „Vorwärts" im November 1924 (allerdings in Wahlzeitungen) über die Volkspartei schrieb: „**Die Deutsche Volkspartei, dieses verlogene, zweideutige, unehrliche Gebilde, ist die wahre politische Gefahr in Deutschland. Kampf gegen diese Partei, Kampf gegen die verkörperte Doppelzüngigkeit, das ist das Erfordernis dieses Wahlkampfes. — Darum nieder mit der Volkspartei!**"

Auch die „**Leipziger Volkszeitung**" schlägt in ihrer letzten Nummer Alarm, endlich mit der Bildung einer Regierung der Großen Koalition Schluß zu machen. Sie schreibt: „Während so mancherlei Anzeichen dafür sprechen, daß die Große Koalition dennoch zustandekommen könnte, haben sich am Sonnabend Vorgänge ereignet, die freilich wenig **geeignet scheinen, der Großen Koalition die Wege zu ebnen.** Zunächst das **Diktat des Reichskanzlers zur Frage der Erwerbslosenunterstützung.** Dr. Luther hat sich ultimativ durchgesetzt. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beharrte neben den anderen Forderungen auf seinen 50 Prozent. Im Reichshaushaltsausschuß fand Dr. Luther dennoch eine Mehrheit, und alle Einwendungen, die im Plenum gemacht worden sind, **waren außerstande, das Haus zu bewegen, den 50 Prozent des Sozialpolitischen Ausschusses beizustimmen.** Insbesondere die außerordentlich aggressive Rede des Genossen Aufhäuser gegen die Mitverantwortlichkeit des Reichskanzlers wurde im Reichstage lebhaft diskutiert. Dies um so mehr, als sich der **Redner des Zentrums, Andre, ebenso lebhaft für das Ultimatum des Reichskanzlers verwandte.** Der Zentrumsabgeordnete Andre, **der dem linken Flügel angehört, ist Arbeitersekretär, und wenn schon diese Teile des Zentrums nichts für die Erwerbslosen übrig haben,** dann ist naturgemäß von dem rechten Flügel unter **Führung der Thassen und Klöckner** gleich gar nichts zu erwarten. Jedenfalls ist die Behandlung der Erwerbslosenfrage im Reichstage nicht geeignet gewesen, die Große Koalition zusammenzukitten. Wie wir schon am Freitag zeigten, ist gerade **die Behandlung dieser Frage das kleinstädtische Beispiel dafür, daß die Große Koalition zurzeit völlig untragbar ist.**" Diese Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung" müßten logischerweise nicht nur zu einer Ablehnung der Großen Koalition, sondern der Koalitionspolitik schlechthin führen, denn wenn man am linken Zentrum die „Verständnislosigkeit" in der Erwerbslosenfrage demonstriert, dann kann man doch mit demselben Demonstrationsobjekt nicht gut in die Koalition eintreten? Allerdings ist **die Konsequenz nie das Kennzeichen der linken SPD.** gewesen.

Sehr bescheiden — hoffnungslos bescheiden

Das kleinlaute „Volksblatt" und die Große Koalition

Am 11. Dezember, als die SPD.-Presse ihr Regierungsprogramm, das wir gestern im einzelnen analysierten, veröffentlichte, warf sich das hiesige „**Volksblatt**" in die Pose des stolzen Mannes und verkündete hochtrabend: „**Die Fraktion fordert! . . . eindeutig und klar.**" Sätze wie: „Damit erweist sich **wieder einmal, daß die Sozialdemokratie von allen Parteien im höchsten Maße als politischer Machtfaktor** betrachtet wird, während die Kommunisten eine mehr als kläglich Rolle spielen", unterstrichen diese **politische Schauspielerei und Großsprecherei** bis zu einem Grade, daß sie ins Lächerliche umschlug. Nun — das „Volksblatt" hat sich an seiner Großsprecherei den politischen Magen verdorben, und der Katzenjammer ist bereits in der gestrigen Nummer geradezu handgreiflich geworden. Nichts mehr von Bedingungen, nichts mehr von Forderungen, ganz kleinlaut meckert das Blättchen:

„Die Sozialdemokraten haben dem Reichspräsidenten **ihre Leitsätze** überreicht, die als **Grundlage** für die **Diskussion** über **ein Arbeitsprogramm** einer Regierung auf breiter Basis dienen **können.**"

Aber der Katzenjammer geht noch weiter. Das „Volksblatt" klagt, daß zuerst die zentrümlichen und demokratischen Beauftragten (Fehrenbach und Koch) sich die Zähne auszubeißen hätten, als **Vorläufer für Herrn Luther, der sich Augenweise noch in Reserve halte, bis „man ihn als Retter aus der Not herbeirufen müsse"**. Ganz ohnmächtig wie eine schmachtende Jungfrau ruft das „Volksblatt" aus:

„Das ist zwar sehr schlau, aber nicht sehr verantwortungsbewußt gehandelt. Denn es droht (o Gott doch. Die Red. d. „Kl.") die Gefahr, daß auf solche Weise nicht nur der Reichspräsident (welche liebende Mütterlichkeit für Herrn Hindenburg. D. Red.), sondern auch das parlamentarische System diskreditiert werden."

Wir hatten gestern von dem „kaudinischen Joch" der Deutschen Volkspartei geschrieben, die in ihrer Presse, besonders in der „Täglichen Rundschau", forderte, **daß die SPD.-Presse sich endlich zu erklären habe, daß von Bedingungen und Forderungen keine Rede sein könne, sondern daß nur Erörterungen** über das Regierungsprogramm zulässig seien. Das „Volksblatt" hat den Wink der Volkspartei begriffen und den Canossagang bereits angetreten. Gestern noch auf stolzen Rossen, heute auf den Bauch gefallen, morgen in die Große Koalition (mit Herrn Luther als Reiter an der Tete).

Ob die sozialdemokratischen Arbeiter auch bereit sind, sich so dem kaudinischen Joch der Trustgewaltigen der Volkspartei zu beugen, wie es das „Volksblatt" tut?

Wer kämpft gegen die Reaktion?

Das Volksbegehren auf Auflösung des Mecklenburgischen Landtages

In der Woche vom 6. bis 13. Dezember wurde in Mecklenburg-Schwerin ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtages durchgeführt. Der direkte Anlaß war ein von den Einwohnern der Stadt Bützow gestellter Antrag, der in drei Stunden 1900 Unterschriften von 3000 Wahlberechtigten erhielt und sich gegen das neue Gesetz der faschistischen Brandenstein-Regierung wandte, **das die bestehenden 17 Aemter** (die den Preußischen Provinziallandtagen gleichzusetzen sind) **auf 10 reduziert und die Wahl eines Amtshauptmanns von einer juristischen Prüfung oder einer vierjährigen Verwaltungstätigkeit in Mecklenburg abhängig macht.**

Dieser Angriff gegen die letzten Reste der Weimarer Verfassung haben den **energischsten Protest und Kampfwillen** nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch weiter Kreise des Kleinbürgertums hervorgerufen. **An der Spitze dieser Protestbewegung steht die Kommunistische Partei Mecklenburgs.** Die Sozialdemokratie, die soweit es die mecklenburgische Organisation anlangt, zuerst gemeinsame Sache mit der KPD. machen wollte, **wurde durch die Instanzen in Berlin daran gehindert.** Dadurch ist eine **vollkommene Zerreißung der mecklenburgischen SPD.** in dieser die mecklenburgische Politik zurzeit **beherrschenden Frage** eingetreten. Während die **mecklenburgische „Volkszeitung"**, das Organ des Bezirksvorstandes in Rostock, offiziell erklärt, **sie empfehle nicht die Eintragung in die Listen und wolle lieber eine bessere Situation abwarten**, tritt das **„freie Wort", das SPD.-Organ in Schwerin, für die Eintragung ein.** Auch das **Schweriner Ortskartell** des ADGB. unter sozialdemokratischer Führung, erläßt **für das Volksbegehren Aufrufe, die von vielen Kartellen unterstützt werden.**

Der ganze Kampf in Mecklenburg zeigt in prächtiger Weise, **die Einheitsfront aller Arbeiter**, ob sie nun der KPD. oder SPD. angehören. **Die Führer der SPD.** dagegen liegen sich in den Haaren und **werfen sich gegenseitig in ihren Zeitungen Verrat und Disziplinlosigkeit vor.** In den letzten zehn Tagen hat die Kommunistische Partei in Mecklenburg **über 150 Versammlungen** im ganzen Ländchen organisiert, die fast ohne Ausnahme **glänzend besucht waren.** In diesen Versammlungen **fanden sich die kommunistischen und die sozialdemokratischen Arbeiter zusammen** im gemeinsamen Kampf gegen die Regierung Brandenstein, deren reaktionäre Politik in Verbindung mit der Unterstützung der Fememörder die weitesten Volkskreise in Mecklenburg in die größte Empörung versetzt hat. Jeder sozialdemokratische Arbeiter in Mecklenburg hat es in diesen Wochen bestätigt gesehen, daß **die KPD. die einzige Partei ist**, die wirklich gegen die Fememordregierung Brandenstein zu kämpfen imstande ist. Jeder sozialdemokratische Arbeiter erkennt, daß **der größte Teil der SPD.-Instanzen in Mecklenburg diese Regierung Brandenstein unterstützt, und zwar mit Hilfe und auf Veranlassung der Berliner Hauptinstanzen der SPD.** Die Parole der KPD. bei diesem Volksbegehren ist der Sturz der Brandenstein-Regierung und die Arbeit **für eine Arbeiter- und Kleinbauernmehrheit in Mecklenburg.**

Das Resultat des Volksbegehrens wird erst im Laufe der nächsten zwei Wochen bekannt werden, **aber schon heute kann gesagt werden, daß das Vertrauen zur KPD. in Mecklenburg stark gewachsen ist und daß bei einer eventuellen Neuwahl des Landtages mit einem glänzenden Erfolg der Partei gerechnet werden kann.**

Bis heute hat weder das „Volksblatt" noch der „Volksbote" zu diesen Ereignissen in Mecklenburg Stellung genommen. Man kann zwar in großspaltigen Ueberschriften von „**Musses Mörderchen**" und Brandensteins Mordtumpanen sprechen, aber die Bindung an diese Herren der übelsten Reaktion scheint doch noch stärker zu sein als ein Zusammengehen mit der KPD., **als der Zusammenschluß zu einer Arbeitermehrheit.**

Ob die beiden SPD. Zeitungen des hallischen Bezirks einmal auf diese heiße Frage in Mecklenburg eingehen werden?

Reichsbanner Hamburg zur Fürstenabfindung

(TU.) **Hamburg**, 14. Dezember.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Sonntagvormittag im großen Saal des hiesigen Gewerkschaftshauses eine Protestkundgebung gegen die Abfindung der deutschen Fürstenhäuser. Im überfüllten Saale hatten sich mehrere tausend Menschen zusammengefunden. Nach Reden des Polizeioberleutnants Friedrichs und Rechtsanwalts Dr. Eichholz wurde folgende Entschließung angenommen: „Tausende von Reichsbannerleuten und Republikanern, am 13. Dezember im Gewerkschaftshaus in Hamburg versammelt, erheben auf das schärfste Protest gegen die Versuche, den ehemaligen Fürsten Deutschlands Millionen als Abfindungswerte zuzuweisen. In einer Zeit der größten wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes ist eine solche Absicht ein Schlag gegen den Geist der Weimarer Verfassung, nach der das Gemeinwohl in der deutschen Republik höchstes Gesetz sein soll. Die versammelten Republikaner fordern die Regelung der Abindungen durch ein Reichsgesetz, das den Lebensnotwendigkeiten unseres so tief darniederliegenden Volkes in gerechter Weise entspricht."

„Abfindung in gerechter Weise" — ist ein sehr dehnbarer Begriff. Wir warnen die Klassengenossen im Reichsbanner, sich auf solche Unklarheiten einzulassen. Die Proletarier des Reichsbanners gehören nicht zu den bürgerlichen Demokraten und Zentrumsleuten, die im Reichsbanner für Wilhelms „Abfindung" nach bestehender bürgerlicher „Gerechtigkeit" sind, **sondern zu der roten Klassenfront, die die entschädigungslose Enteignung der Potentaten verlangt.**

Max Hölz soll zur Verzweiflung getrieben werden

Die Quälereien und Schikanen gegen Max Hölz werden in immer verstärkterem Maße fortgesetzt. Seit etwa vier Wochen wird auch seiner Ehefrau jeder Besuch verweigert. Durch diese und andere Quälereien ist Max Hölz naturgemäß in begreiflicher Erregung geraten und hat seinen Peinigern in deutlicher Weise seinen Haß und seine Verachtung zum Ausdruck gebracht.

Die Direktion der Anstalt verhängte nun eine mehrwöchige Arreststrafe über Hölz, durch die er körperlich und seelisch in schwerster Weise getroffen wurde, zumal er auch in Breslau viele Wochen in der Marterzelle sitzen mußte.

Wir fragen, wie lange das Justizministerium zu diesem Skandal noch schweigen wird? Die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands wird es nicht dulden, daß man Max Hölz in provokatorischer Weise zu Verzweiflungsakten treibt.

Partei in Not

Bisher quittiert	1 961,70 Mark
Ortsgruppe Unterwiederstedt für Marken . . .	20,— „
Ortsgruppe Zickortau für Marken	3,— „
Ortsgruppe Zahna für Marken	14,— „
Ortsgruppe Weißenfels für Marken	110,— „
Ortsgruppe Halle, Distrikt 10, für Marken . .	52,— „
Ortsgruppe Wolfen für Marken	24,— „
Ortsgruppe Halle, Distrikt 12, für Marken . .	14,— „
Ortsgruppe Halle, Distrikt 11, für Marken . .	35,— „
Ortsgruppe Schlendig für Marken	25,— „
Ortsgruppe Gerbstedt für Marken	15,— „
Ortsgruppe Friedersdorf für Marken	15,— „
Ortsgruppe Pfiesteritz für Marken	73,50 „
Verband der ausgeschl. Bauarbeiter, Ortsgr. Halle	100,— „
Arbeiterkorrespondent Delitzsch	1,— „
Ortsgruppe Halle, Distrikt 7, für Marken . . .	25,— „
Ortsgruppe Halle, Distrikt 9a, für Marken . .	43,— „
Ortsgruppe Halle, Distrikt 12, für Marken . .	19,— „
Ortsgruppe Halle, Distrikt 18, für Marken . .	88,— „
Ortsgruppe Ammendorf für Marken	90,50 „
Ortsgruppe Lettin für Marken	13,— „
Ortsgruppe Spickendorf für Marken	8,— „
Ortsgruppe Helbra	31,— „
Ortsgruppe Torgau für Marken	33,— „
Ortsgruppe Theißen für Marken	30,— „
Sa.:	2 846,70 Mark

Wir ersuchen alle Ortsgruppen, für verkaufte Marken Altontozahlungen möglichst jede Woche an den Bezirk zu leisten. Die Einzahlungen haben auf das **Postscheckkonto Leipzig Nr. 107001, Arthur Sämisch, Halle**, zu erfolgen. Auf dem Zahlkartenabschnitt ist der Vermerk: **„Partei-in-Not"-Marken** zu machen.

Enttäuscht Eure Klassenfeinde, indem Ihr für das Parteinotopfer spendet!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0002

Reichstagsdebatte über die Not der Beamten

Die Reichsregierung verhöhnt die Beamten

Auf der Tagesordnung der Montagsitzung des Reichstags stehen die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung des Beamtenbesoldung sowie eine Entschließung des Haushaltsausschusses, der eine Erhöhung des allgemeinen Teuerungszuschlages von 12½ Prozent auf 25 Prozent für die Gruppen I bis V und auf 20 Prozent für die Gruppen V bis VI vorschlägt. Die Bayrische Volkspartei hat außerdem einen Gegenantrag eingebracht, der als einmalige Notmaßnahme noch vor Weihnachten den Gruppen I bis IV ein Viertel, den Gruppen V bis VI ein Fünftel des Dezembergehaltes gewähren will. Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sollen ein Viertel des Dezemberbezuges erhalten.

Der Berichterstatter des Haushaltsausschusses teilt mit, daß die Regierung im Ausschuß erklärt hat, daß sie dem Reichsrat die Anträge der Parteien nicht vorlegen könne. Der Ausschuß habe deshalb die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und die obenerwähnte Erhöhung des allgemeinen Teuerungszuschlages beschlossen.

Reichskanzler Luther (zugleich stellvertretender Finanzminister) gibt in einer äußerst brüsken Tonart eine Erklärung der Regierung ab, die sich gegen den Beschluß des Haushaltsausschusses wendet. Die geschäftsführende Regierung halte sich nicht befugt, einem Antrag zuzustimmen, der ein Vorgreifen auf eine künftige grundsätzliche Regelung einschließe. Er fordert den Reichstag auf, den Antrag der Bayrischen Volkspartei anzunehmen, der auch bessere Aussicht auf eine Zustimmung des Reichsrates habe (kommunistischer Zwischenruf: Das ist eine Verhöhnung der Beamten.).

Der Sozialdemokrat Bender wendet sich gegen die Regierungsmethoden, die gegen eine Erhöhung der Beamtengehälter durch Androhung eines schärferen Steuerdruks scharf macht und kritisiert die Zahlenangaben der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums, in der als durch Steuern aufzubringender Betrag für Beamtengehälter 8 Milliarden angegeben sind, trotzdem tatsächlich bloß ein Fünftel dieser Summe aus Steuereinnahmen für Beamtengehälter ausgegeben werden. Er gibt die Erklärung ab, daß die Sozialdemokratie für den Antrag des Haushaltsausschusses stimmen werde.

Lauerkreuz (DNL) spricht dem Ex-Finanzminister Schieber unter einem Sturm von Entrüstungsrufen der Kommunisten und Sozialdemokraten seinen Dank für das Verständnis aus, das Schieben den Beamtenfragen entgegengebracht habe. Er erklärt, die Erhöhung der Grundgehälter, die zur Abhilfe der Not der Beamten vorgeschlagen wurde, für unmöglich, und wendet sich auch gegen den von der Bayrischen Volkspartei eingebrachten Antrag, da er fordert, aus „psychologischen Gründen" bei der Gewährung der Beihilfe auch die Gruppen von VII bis XII zu berücksichtigen.

Morath (Deutsche Volksp.) wendet sich gegen die „Bevorzugung" der Gruppen von I bis VI. Es dürften nicht immer soziale Gründe in Betracht gezogen werden, man müsse auch den Beamten in den höheren Gruppen auf Grund ihrer Leistung (lebhafte Unruhe) die vorgeschlagene Beihilfe gewähren. Das jetzige System, sie leer ausgehen zu lassen, bedeute eine Gefahr für die ganze Staatsverwaltung.

Erfing (Zentrum) bedauert es angesichts der demagogischen Haltung der Deutschnationalen, daß die Beamten nicht bei den Beratungen des Haushaltsausschusses anwesend sein konnten, wird aber durch kommunistische Zwischenrufe daran erinnert, daß der kommunistische Antrag auf Zulassung von Beamtenabordnungen in den Ausschuß auch vom Zentrum abgelehnt worden ist.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums gibt noch einmal eine Erklärung ab, in der die Ausschußbeschlüsse als unannehmbar für die Reichsregierung hingestellt werden.

Genosse Torgler

beginnt seine Rede mit dem Zitat:

„Wir fühlen uns dem Beamtentum, der unentbehrlichen Stütze des Staatsgedankens englisch verbunden und sind entschlossen, uns für seine gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung einzusetzen."

Einige Deutschnationale und Volksparteiler, die nach diesem Satz Bravo rufen, werden sehr schnell still, als Genosse Torgler ihnen vorhält, daß dieser Satz aus der Erklärung der Luther-Regierung vom 19. Januar d. J. stammt, und als er ihnen unbarmherzig die Anträge wiederholt, die die Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten im Laufe des Jahres 1925 zu Agitationszwecken gestellt und dann selbst im Stich gelassen und sogar niedergestimmt haben. Großer Tumult entsteht unter den Rechtsparteien, als sie daran erinnert werden, daß sie den Beamten goldene Berge versprochen haben, um bei der Dezemberwahl 1924 ihre Stimmen zu bekommen.

Im Januar erklärte der deutschnationale Finanzminister Schieber, daß er sich selbstverständlich für die neue Regelung der Beamtengehälter einsetzen werde. Aber schon im März erklärte er rundweg den Beamten, für ihre Forderungen sei kein Geld da, in demselben Augenblick, wo ein Ueberschuß aus Massensteuern in der Höhe von 2 Milliarden Mark vorhanden war.

Selbst der bescheidene Antrag auf Erhöhung des Zuschlages von 12,5 Prozent auf 20 Prozent für die Gruppen I bis VI wurde am 4. April abgelehnt. Dafür versprach man den Beamten, daß man am 28. April der Frage einer Neuregelung der Besoldung nähertreten würde — weil man nämlich am 26. April die Beamtenstimmen zur Reichspräsidentenwahl brauchte. Im Sommer haben aber die bürgerlichen Parteien nochmals gegen ihre eigenen Anträge gestimmt, wieder mit der Begründung, daß kein Geld da sei, trotzdem das Finanzministerium noch einen Ueberschuß von 456 Millionen zugab. Dafür beschloß man die ungeheure Massenbelastung durch Zölle und Steuern und lehnte weiterhin die immer dringlicher werdenden Forderungen der Beamten durch den Hinweis auf den kommenden Preisabbau, der besser als Gehaltsaufbesserung sei, ab.

Infolge der dauernden Hinhaltung der Beamtenforderungen, denen man seit über einem Jahr trotz der fortschreitenden Teuerung keinen Pfennig Aufbesserung gegeben hat, ist unerhörtes Elend in die Kreise der unteren Beamtenschaft eingezogen.

Bei Monatsgehältern von 100 oder 110 Mark ist es kein Wunder, daß die unteren Beamten bis über die Ohren in Schulden stecken

und keine Aussicht haben, diese jemals wieder abtragen zu können. Die Lohnzettel aus den unteren Lemenzgruppen sprechen dieselbe Sprache. Da gibt es mehrere Beispiele dafür, daß ein Hilfsschaffner oder Postschaffner am Monatsende von seinem Gehalt noch 65 oder 66 Mark bar ausbezahlt bekommt, weil ihm die übrige Hälfte für Steuern, Kleiderkasse und vor allen Dingen für Schulden und Vorschüsse abgezogen wird. Und wenn man bedenkt, wieviel Schulden die kleinen Beamten noch bei Privaten, beim Krämer und Bäcker haben, dann versteht man es, warum man jeden Tag von Selbstmorden z. B. in der Schupo liest, die deswegen erfolgen, weil die Beamten bei ihrem schweren Dienst vor Not nicht mehr aus noch ein wissen.

Der Reichskanzler Luther hat wohl die katastrophale Not in Worten anerkannt, aber er schlägt vor, mit Krediten zu helfen, durch die die Beamten noch fester gebunden werden, durch die sie abgehalten werden sollen, Forderungen auf Gehaltserhöhung zu stellen.

Die kommunistische Fraktion hat eine Entschuldungsbeihilfe von 300 Mark für die Gruppen I bis VII und eine Zuschlagserhöhung auf 20 Prozent gefordert.

Das ist das Mindestmaß dessen, was heute notwendig ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich gegen unseren Antrag auf Wirtschaftsbeihilfe gewendet. Auch wir sind für die alte Gewerkschaftsforderung, daß keine Beihilfen, sondern ausreichende Löhne zu gewähren sind. Außergewöhnliche Zeiten verlangen aber außergewöhnliche Maßnahmen — und im übrigen hat die sozialdemokratische Fraktion im Preußischen Landtag ebenfalls einen Antrag auf Wirtschaftsbeihilfe gestellt.

Im Haushaltsausschuß ist man in einer geradezu schamlosen Weise mit unseren Anträgen umgesprungen. Dieselbe Regierung, die den Ruhrindustriellen 700 Millionen Mark gegeben hat, die Hunderte von Millionen zur Stützung wackliger Konzerne übrig hatte, die unglaublich hohe Beträge den Fürsten in den Rachen wirft, erklärte, kein Geld für die Beamten zu haben. Die Rumpfregierung versteckte sich dahinter, daß sie keine Forderungen von derartiger finanzieller Tragweite bewilligen könne und ihre Parteien benutzten die Frage der Beamtenbesoldung als ein Pressionsmittel für die Bildung der neuen Regierung, um die Sozialdemokratie in die Große Koalition einzuladen, damit sie dann „unter der Last der Regierungsverantwortung" ihre eigenen Anträge niederstimmen kann.

Auch anderwärts hat man genug Ausreden zur Verweigerung der Gehaltserhöhung gefunden. Der preußische Finanzminister hat die Gehaltserhöhung abgelehnt, weil sie automatisch Lohnforderungen in der Privatindustrie nach sich ziehen müßte, die jetzt nicht getragen werden könnten. Zu einer Zeit, wo im Etat der Reichspost noch 66 Millionen Reichsmark für Beamtenbesoldungen vorhanden waren, lehnte der Reichspostminister die geforderte Gehaltserhöhung mit der Ausrede ab, man könne nicht aus der Reihe tanzen. Die 66 Millionen Mark, die ausgereicht hätten, um jedem der 200 000 Reichspostbeamten eine Entschuldungsbeihilfe von 300 Mark zu gewähren, sind jetzt für andere Zwecke verausgabt worden.

Im Haushaltsausschuß sind die kommunistischen und sozialistischen Anträge niedergestimmt worden. Wir haben trotz allerschwerster Bedenken schließlich für den Zentrumsantrag gestimmt, damit die Beamten überhaupt vor Weihnachten noch etwas bekommen. Der Antrag der Bayrischen Volkspartei ist aber unter allen Umständen für uns unannehmbar, er ist nichts als eine Verhöhnung der Beamtenschaft — denn:

Was können die Beamten mit 25 Mark von ihrer Schuldenlast abtragen?

Die Beamten haben bisher Lammesgeduld bewiesen. Die Demonstrationen in der letzten Zeit haben aber bewiesen, daß die Beamten erklären, daß etwas anderes als Petitionen und Resolutionen notwendig sind. Schon beginnen sie einen Weg zu gehen, der ihnen wirklich aus ihrem Elend helfen kann. Im Beamtenjahrbuch des Deutschen Beamtenbundes sieht ein Postinspektor, der als Mitglied einer Beamtendelegation in Sowjet-Rußland war, Schlüsse über die Verhältnisse hier und dort, die wahrlich vernichtend für Deutschland ausfallen. Auch für die deutschen Beamten bleibt nur der Weg übrig den ihre Kollegen in Rußland gegangen sind: gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten diesen bürgerlichen Staat zu zerbrechen und einen Staat aufzurichten, in dem die werktätige Bevölkerung, d. h. die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Macht haben. (Lebhafter Beifall b. d. Komm.)

Nachdem noch Schulz (Dem.) die Beamtenfreundlichkeit seiner Partei betuert hat, wird von der sozialdemokratischen Fraktion der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Trotzdem die Gefahr besteht, daß die Hilfsmaßnahmen für die Beamten nicht mehr rechtzeitig vor Weihnachten in Kraft treten können, wird sodann trotz des kommunistischen Antrages, die Beratung zu Ende zu führen, die Sitzung abgebrochen und auf Dienstag nachmittag 1 Uhr vertagt.

Jede Lohnerhöhung für die Eisenbahner abgelehnt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

Die am 14. Dezember zwischen den Tariforganisationen der Eisenbahner und der Hauptverwaltung der Reichsbahn stattgefundenen Verhandlungen sind gescheitert. Die Vertreter der Reichsbahn erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, auch nur eine Forderung der Gewerkschaften zu erfüllen. Eine Lohnerhöhung im gegenwärtigen Augenblick komme nicht in Frage. Die Verwaltungsvertreter gaben noch die Erklärung ab, daß das einzige, was die Reichsbahn den Organisationen sagen könne, sei, daß die jetzt bestehenden Löhne nicht abgebaut werden sollen. Die Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften kamen gestern zu einer Besprechung zusammen, in der sie die weiteren Schritte festlegten. Wie wir erfahren, soll das Reichsarbeitsministerium als Vermittlung angerufen werden.

Diese Woche — Gewerkschaftswoche der Jugend

Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale

Die Offensive des Kapitals gegen die Arbeitslöhne und den Achtstundentag dauert fort. Die Lage der Arbeiterschaft, vor allem der jugendlichen Arbeiter, verschlechtert sich von Tag zu Tag in allen kapitalistischen Ländern.

Die Arbeitslosigkeit wächst ständig. Millionen hungern, weil die Bourgeoisie nicht imstande ist, die inneren Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft zu beseitigen.

Die systematische Blockade Sowjet-Rußlands mit seinen 130 Millionen Einwohnern und unermeßlichen Naturreichtümern wirkt sich bedrohlich für die gesamte Weltwirtschaft aus.

Genossen! Brüder!

Die Bourgeoisie hat ihre Einheitsfront im Kampfe für die Lohnerniedrigung, für die Verlängerung der Arbeitszeit, für einen neuen Krieg gegen Sowjet-Rußland im internationalen Maßstabe hergestellt. Andererseits drohen die inneren Gegensätze der Bourgeoisie, der Konkurrenzkampf, die Welt in neue blutige, imperialistische Kriege zu stürzen. Wieder droht der Arbeiterjugend die Gefahr, in absehbarer Zeit als Kanonenfutter für die Interessen des Kapitals zu dienen.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Kommunistische Jugendinternationale ruft Euch zum energischen revolutionären Kampf

gegen Hungerlöhne,
gegen die Verlängerung der Arbeitszeit,
gegen die Auflösung der Gewerkschaften in Italien,
gegen Reaktion und weißen Terror,
gegen neue imperialistische Kriege!

Der Kampf der jungen Arbeiter kann aber nur erfolgreich sein, wenn er durch die gesamte Arbeiterklasse und ihre Kampforganisationen, die Gewerkschaften, getragen wird. Deswegen rufen wir Euch zu:

Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen — hinein in die Gewerkschaften!
Schafft die Einheitsfront der jungen und der erwachsenen Arbeiter!

Die Kampffähigkeit der Gewerkschaften ist durch die reformistische Spaltungspolitik der Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale außerordentlich geschwächt. Die Vorbedingungen für einen erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse ist die Einheit der Gewerkschaften.

Das Millionenheer der englischen Arbeiterschaft hat das erkannt und ein Kampfbündnis mit der russischen und durch diese mit allen revolutionären Gewerkschaften geschlossen.

Die jungen Arbeiter der ganzen Welt müssen dieses Bündnis mit allen Kräften unterstützen.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Kommunistische Jugendinternationale organisiert

vom 14. bis 20. Dezember 1925 eine Gewerkschaftswoche der Arbeiterjugend der ganzen Welt.

In dieser Woche müssen die Millionen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen für den Kampf um die Gewerkschaftseinheit und für die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterjugend mobilisiert werden.

Wir rufen Euch alle auf, Euch den kämpfenden Reihen der Kommunistischen Jugendverbände anzuschließen, um mit gemeinsamen Kräften zu erreichen, daß diese erste internationale Gewerkschaftswoche der Arbeiterjugend der Ausgangspunkt eines andauernden, energischen und erfolgreichen Kampfes wird:

Für die internationale und nationale Einheit der Gewerkschaften!
Für die Verbesserung der Lage der Arbeiterjugend!
Für die kräftigste Unterstützung des englisch-russischen Einheitskomitees!
Für die gewerkschaftliche Organisierung aller jungen Arbeiter!

Moskau, den 27. November 1925.

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Jugendinternationale.

Die Lage der Landarbeiterschaft

Aus der Rede des Genossen Hoernle am 3. Dezember

Sehr viel wird jetzt das Schlagwort von der notwendigen Intensivierung der Produktion, der Rationalisierung der Betriebe verwandt. Wir Kommunisten sind selbstverständlich für die weitgehendste Intensivierung der Landwirtschaft, aber nicht auf Kosten der Landarbeiter, wie Sie (zu den Deutschnationalen) es durchzusetzen wünschen, der Landarbeiter, die durch die Maschinen bereits gemacht werden, deren Arbeitskraft durch Ihre Landerbeitsforschung und Landarbeitslehre, d. h. durch die von Ihnen gewünschten Rationalisierungsmethoden noch schärfer ausgebeutet wird.

Die Lohnverhältnisse der deutschen Landarbeiter sind wahrlich kümmerlich genug. Ich verweise nur auf den Schiedsspruch vom 3. Oktober in Hannover, wonach der Stundenlohn eines Arbeiters ohne Deputat, über 20 Jahre, auf 35 Pfennige festgesetzt wurde. Das macht einen Wochenlohn von 10,80 Mark. Für eine Arbeiterin über 18 Jahre ohne Deputat ist der Lohn auf 23 Pfennige festgesetzt. Das macht einen Wochenlohn von 8,10 Mark. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) In demselben Lohnelend wie die Landarbeiter befinden sich auch die Forstarbeiter. In Thüringen muß z. B. ein Forstarbeiter über 21 Jahre schon drei Jahre im staatlichen Forstbetrieb tätig gewesen sein, ehe er den Spitzenlohn von 49 Pfennigen verdienen kann. In Thüringen verdient eine Waldarbeiterfamilie mit vier Köpfen in 14 Tagen ganze 47 Mark. Das macht mit der sozialen Zulage 55,64 Mark. Unter Abzug der Kranken-, Invaliden- und Erwerbslosenbeiträge kommen dann 50,93 Mark für 14 Tage heraus. Dabei muß der Waldarbeiter sich Arbeitskleidung, Arbeitsschuhe und Werkzeuge selber beschaffen.

In sämtlichen Zeitungen der Rechtsparteien und der Großagrarier stimmt man jetzt ein Klagelied über die wachsende Landflucht an. Diese Klagen verdichten sich bereits zu allerlei Anträgen und Forderungen auf Wiedereinführung von Bestimmungen, die sehr an die alte preußische Gesindeordnung erinnern, z. B. auf Wiedereinführung des Rechts zum Einbehalten eines Lohnteils. Woher kommt denn die Landflucht? Die Ursachen der Landflucht liegen in den miserablen Lohn- und Wohnungsverhältnissen der Landarbeiterschaft, auch in der miserablen Kost, die die Landarbeiter bekommen.

(Lebhafter Widerspruch rechts.)

— Ich habe Material darüber; Sie können es einsehen. (Abg. Weidenhöfer: Wenn Ihre Frau so gut kochte wie die Landarbeiterfrauen, würden Sie besser aussehen!) — Ich rate Ihnen, die Landarbeiterkost in Ostpreußen zu essen. Sie würden sehr bald magerer werden.

Dazu kommt die Tatsache, daß auch Mißhandlungen von Landarbeitern nicht zu den Seltenheiten gehören. Das hat erst vor wenigen Wochen ein Prozeß vor dem Schöffengericht in Zielenzig gezeigt, wo ein gewisser Hofbrauer einen Landarbeiter, der ihm kündigte, derartig blutig geschlagen und mit der Mistgabel bearbeitet hat, daß er neun Tage im Krankenhaus zubringen mußte.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Dieser feine Herr, dieser Kulturträger, hat ganze 300 Mark Strafe bekommen.

(Erneute Rufe bei den Kommunisten: Hört! Hört!)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch den Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei und vom Deutschen Landarbeiterverband einiges sagen. Der Deutsche Landarbeiterverband hat an das preußische Ministerium eine Beschwerdeschrift gerichtet, weil das preußische Ministerium eine Umfrage und eine Untersuchung über die Landflucht anstelle, ohne die berufenen Vertreter der organisierten Landarbeiterschaft zu hören. Er hat vollkommen recht; aber wir vermissen, daß in dieser Beschwerdeschrift auch Forderungen zur Behebung der Landflucht aufgestellt werden, wie Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes, Sicherstellung des Koalitionsrechtes und des Streikrechtes der Landarbeiter. Wir vermissen, daß endlich die praktische Durchführung des Betriebsrätegesetzes auf dem Lande verlangt wird.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Heute gibt es Tausende von Gutsbetrieben, auf denen keine Betriebsräte, keine Obleute vorhanden sind. Wir vermissen, daß in dieser Beschwerdeschrift die Forderung erhoben wird, man möge die Werkwohnungen verstaatlichen, damit es den Agrarunternehmern nicht mehr möglich ist, die Werkswohnungen als ein Druckmittel auszunützen, um den Landarbeitern das verfassungsmäßige Koalitionsrecht illusorisch zu machen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Ich möchte daran erinnern, daß die Sozialdemokratische Partei sozusagen die Mutter der „Vorläufigen Landarbeitsordnung" ist. Schon in dieser vorläufigen Landarbeitsordnung vom Januar 1919, wenn ich nicht irre, ist ein Passus enthalten, wonach der Unternehmer bis zu einem Viertel des Lohnes einbehalten kann. Das ist also eine jener Forderungen, die heute in erweitertem Maße von den Deutschnationalen aufgestellt werden. Ich habe weiter vermißt eine Stellungnahme des Deutschen Landarbeiterverbandes zu den Forderungen, die von der agrarischen Seite erhoben werden, zu der Forderung eines Entlastungsscheins, zu der Forderung eines Schadenersatzpflicht — das ist eine äußerst wichtige Frage für die Gewerkschaften — und vor allem zu der Frage der schwarzen Listen in der Landwirtschaft.

Ich will hier nicht auf verschiedene Beispiele von Landarbeitermißhandlungen eingehen, die mir zugegangen sind. Da die Zeit knapp ist, werfe ich nur kurz darauf hin. Aber ein Wort muß doch gesagt werden zu der Frage der ausländischen Landarbeiter. Heute wird wiederum, um die deutschen Landarbeiter einzufangen und sie von einem wirklichen Kampf gegen ihre Ausbeuter abzuhalten, eine Hetze gegen die polnischen Wanderarbeiter veranstaltet, die doch auf Veranlassung der Herren Gutsbesitzer nach Deutschland geholt worden sind.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Auch in dieser Beziehung ist es so, daß der Deutsche Landarbeiterverband und die Sozialdemokratische Partei nicht klipp und klar Stellung nehmen, daß sie nicht dieser Hetze entgegentreten und sich nicht für die polnischen Wanderarbeiter, für die ausländischen Arbeiter überhaupt unter der Forderung einsetzen: Gleiche Löhne, gleiche Arbeitsbedingungen, ob sie nun Deutsche oder Ausländer sind!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kass. Dorotheenstr. 14 Fernruf 1479 – Postscheckkonto Leipzig 197 001 Unter 6 u. 14 Bezirks-Sekretär. Geschäftsstd.: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 3237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Bezirk 4. Die Funktionäre werden ersucht, die Mitgliedsbücher einzuziehen.
Oberbezirk Lieben. Wichtige Funktionärsitzung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gemütlichen Ort", Kleine Brauhausstraße.
Bezirk 23. Bitte Kassenversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im Alumnen-Kaffee. Alles muß erscheinen.
Bezirk 4. Bezirksversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, bei Kappich, Mansfelder Straße. Funktionäre treffen sich eine halbe Stunde früher.
Freiroda-Siebefeld. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent von der BL ist anwesend.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Querfurt. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dez., 8 Uhr, „Schützenhaus".

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Leutzschenthal. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im „Mückenhof". Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Bitterfeld. Mitgliederversammlung der gesamten Stadtorganisation Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Parteilokal. Alles muß zur Stelle sein.
Gräfenhainichen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Café Eger. Erscheinen ist Pflicht.
Kolpin. Mitgliederversammlung Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof „Grüne Tanne". Jedes Mitglied hat zu erscheinen.
Delitzsch. Mitgliederversammlung Mittwoch, 16. Dezember, abends 7½ Uhr, im „Rindenhof". Thema: Gewerkschaftsfragen. Referent von der BL ist anwesend.

Unterbezirk Torgau-Eilenburg

Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, beim Genossen Graf.
Bennewitz. Funktionärsitzung Donnerstag, 17. Dez., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Alle Gemeindevertreter haben zu erscheinen. Tagesordnung: Erwerbslosenfrage.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Gewerkschaftsfragen. Referent v. d. BL
Naumburg. Funktionärsitzung Mittwoch, 16. Dez., abends 8 Uhr, b. Gen. Gipner
Nasberg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Brühl". Alles hat zu erscheinen.
Teuchern. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, im Grünen Baum". Tagesordnung: Gewerkschaftsfragen. Referent von der BL.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gauleitsekretariat: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Laden) Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Mittwoch und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle
Jungturm

Weiterkurse und Werbemitglieder Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volksport" Sitzung. Abrechnung der Lose mitbringen.

Untergau Merseburg

Merseburg. Dienstag u. Freitag, 8 Uhr, in „Stadt Leipzig" Lieder der Spielleute. Donnerstag, abends 8 Uhr in „Stadt Leipzig" Mitgliederversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 16. Dez., 8 Uhr, bei Arendsberg, Pflichtversammlung.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, „Herberge", Jungkurnversammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, den 16. Dezember, 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Karten mitbringen. Alles erscheint.
Hohenmölsen. Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, bei Fuchs Funktionärsitzung.

Bund der Freunde der IAH

Internationale Arbeiterhilfe

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr 1 pt. Telephon 9150

Halle. Mittwoch, den 16. Dezember, abends 6 Uhr, Unterkassierer-Einsammlung im „Volksport". Anschließend daran (7 Uhr) Sitzung aller Sammlerinnen. Sammelbücher und gesammelte Gelder sind mitzubringen.
Halle. Mittwoch, den 16. Dezember, 8 Uhr, im Mittelzimmer des „Volksparks" Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Rühl (Moskau).

Konsumverein für Ammendorf u. Umg.

e. G. m. b. H.

Bermögen — Rechnungsabschluß vom 30. Juni 1925 — Verbindlichkeiten

	M		M
An Kassenkonto	2857,34	Per Mitgliederguthabenkonto	4330,07
„ Warenkonto	90000,—	„ Aufwertungskonto	16578,94
„ Anteilkonto GGS, Hamburg	5251,55	„ Konsolidierungskonto	25325,39
„ Anteilkonto Verlagsgesellschaft, Hamburg	502,90	„ Dispositionsfondskonto	1001,—
„ Bankkonto GGS, Hamburg	85,35	„ Erneuerungsfondskonto	1001,—
„ Gebäudekonto I, Ammendorf	19200,—	„ Reservefondskonto	1266,27
„ Gebäudekonto II, Ammendorf	8600,—	„ Girokonto Kreisverband des Saalekreises, Rabenstein-Ammendorf	17510,—
„ Geschäftskonto Ammendorf-Rabenstein	12000,—	„ Hypothekenkonto	2040,—
„ Geschäftskonto	1,—	„ Rückvergütungskonto	21300,—
„ Maschinen- u. Utensilienkonto	1,—	„ Sparkonto der Mitglieder	28270,30
„ Gironkonto GGS, Hamburg	5546,26	„ Wechselkonto	20910,—
„ Hypothekenkonto	2300,—	„ Unkostenkonto	624,50
		„ Reinerträgnung	7168,03
	147345,50		147345,50

Verluste — Erübrigungs- und Verlustkonto — Erübrigungen

	M		M
An allgemeine Unkosten	82623,05	Per Bruttoerübrigung	90066,43
Abschreibungen:		„ Grundstücksertragskonto	574,65
An Grundstückskonto I, Ammendorf	400,—		
„ Grundstückskonto II, Ammendorf	200,—		
„ Grundstückskonto Ammendorf-Rabenstein	250,—		
„ Reinerträgnung	7168,03		
	90641,08		90641,08

Der Vorstand
R. Poeiche — R. Rothe — R. Sauer

Vorstehenden Abschluß, bestehend aus dem Bilanz-, Erübrigungs- und Verlustkonto, haben wir geprüft und mit den Geschäftsbüchern übereinstimmend gefunden
Ammendorf, den 14. August 1925 *4370

Der Aufsichtsrat
Haring Lösche Berger Gwiadowsky Otto Böhme

Mitgliederbewegung

Mitgliederbestand am 1. Juli 1924		2028
Eingetreten im Laufe des Jahres		19
		2047
Ausgeschieden durch Ausschluß	344	
„ „ Kündigung	28	
„ „ Tod	18	390
Bestand am 30. Juni 1925		1657

Die Gesamtsumme der Mitglieder betrug am 30. Juni 1925 . . . 49710,— M
Die Mitgliederguthaben betrugen am 30. Juni 1925 . . . 4330,07 M

Rodelschlitten in großen Mengen wieder eingetroffen
Eisenschlitten 5,65 3,95 3,25
Rodelschlitten 8,75 7,50 5,85
Steinweg 45 **Sobel** Neustraße 1 Gr. Ulrichstraße 9
Zweigniederlassungen Köthen, Ammendorf, Könnern

Merkblatt bill. u. portofrei Schmidt, Leipzig, Zeitzerstr. 28

Die Neumann-Nähmaschinen genießen Weltruf. Die besten Markenräder, wie Germania, Brennabor, Miele 2048 in größter Auswahl. Alles Zubehör und alle Reparaturen. Alleinvertretung **Emil Schneider** Zeitz, Kaiserstr. 1

Taschentücher

in großen Sortimenten enorm billig!

Kindertücher

Kinder-Batisttücher weiß, mit bunter Kurbelkante . Stück **9 ₰**
Kindertücher mit hübschen Bildern . . . . . Stück **10 ₰**
Kinder-Linontücher weiß und kariert . . . . . Stück **12 ₰**
Bilder-Kindertücher in Mappen, Serie „Spiel und Sport" Mappe 3 Stück **75 ₰**
Bilder-Kindertücher in Mappen, Serie „Max u. Moritz" Mappe 6 Stück **1,50**

Damentücher

Damen-Linontücher weiß, mit bunter Kante . . . . Stück **15 ₰**
Damen-Batisttücher auslangentiert u. m. gestickt. Ecke . Stück **22 ₰**
Damen-Batisttücher weiß, mit Hohlsaum . . . . . Stück **25 ₰**
Damen-Makotücher weiß, mit bunter Kante und Hohlsaum Stück **45 ₰**
Batisttücher weiß auslangentiert, mit gest. Ecke, in Geschenkpackung . . . . . 3 Stück **98 ₰**

Herrentücher

Herren Linontücher weiß mit Rispkante . . . . . Stück **20 ₰**
Herren-Zephirtücher n schönen Mustern . . . . Stück 65 **60 ₰**
Herrentücher weiß, aus bestem Halbleinen . . Stück **80 ₰**
Reinlein. Herrentücher weiß, ganz vorzügl. Qualität . Stück **1,00**

Ziertücher

Ziertücher aus Seide hübsche Muster . . . . . Stück 95 75 **50 ₰**
Ziertücher aus Seide weiß, mit Hohlsaum . . . . . Stück **90 ₰**
Spitzentücher Plauener Fabrikat, in großer Auswahl . Stück **50 ₰**
Crêpe de chine-Spitzentüch. sehr elegant . . . . . Stück **1,85**

Buchstabentücher

Buchstabentücher f. Dam. weiß Batist m. bunt. Kurbelkante, 6 Stck. **85 ₰**
Buchstabentücher n. Dam., weiß Batist, bunt gestickt, 3 Stck. **95 ₰**
Buchstabentücher f. Herr. gutten f. 6 Stück **1,95**
Buchstabentücher f. Damen Batist, m. Hohlsaum, bes. reich gestickt, 6 Stck. **3,50**

Wegen Aufgabe der Bijouterie-, Bilder- und Kleinmöbel-Abteilungen verkaufen wir die Restbestände zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen

Wir verteilen umsonst
bei entsprechenden Einkäufen
einen prachtvollen Kalender!

Bei Einkäufen in mehreren Abteilungen bitten wir eine Sammelkarte zu fordern. Die Bezahlung hat damit nur an einer Kasse zu erfolgen

NUSSBAUM

Halle-Saale — Das Kaufhaus für Alle — Gr. Ulrichstr. 60-61

WALHALLA
Direktor: Paul Blüthgen
Anfang pünktl. 8 Uhr Tel. 8385

Ab morgen, Mittwoch der neue große **Hartstein-Schlager**
Er oder Er
Eine tolle Burleske mit dem unverwüstlichen
Hartstein
in den Titelrollen
Außerdem: Neue Attraktionen
9 Abdullalis 9
Arabische Riffkahnlen in ihren tollen Leistungen
3 Cartellas höchste Jongleurkunst
usw. usw. *437
— Tageskasse ab 11 Uhr —

Stadt-Theater
Heute Dienstag 7½ Uhr **Ingeborg** Ende nach 10 Uhr
Mittwoch 7½ Uhr **„Intermezzo"** Ende n. 10 Uhr
Donnerstag 7½ Uhr **Rosmersholm** Ende 10½ Uhr

Kaffee- u. Eßlöffel
empfiehlt in mehr als hundert verschiedenen Mustern von während 40 Jahren erprobten Fabrikaten **in Alpaka Alpaka-Silber und echt Silber** und zwar 7a **Kaffeelöffel** 1½ Dtz. v. 3–45 M **Eßlöffel** 1½ Dtz. v. 6–90 M
Juwelier Tittel Schmeerstraße 12
Größtes Besteckhaus Mitteldeutschlands Gold. Medaillen 1921 und 1922

Modernes Theater Wettiner Platz
Vom 16. bis 23. Dezember, täglich, abends 8 Uhr:
Zwangseinquartierung mit 4371 Schmitz & Weißweiler in den Hauptrollen
Der größte Schlager der Theaterwelt
Eintritt 50 ₰ bis 2 M
Nach der Vorstellung:
Tanz

Erklärung
Hierdurch nehme ich die Beleidigung gegen Frl. H. Grätzitz zurück.
S. Eberlein

Walhalla Trauring-Ecke.
Massiv goldene **Trauringe** 333, 585, 750 oder 900 Feingold 18 bis 50 M.
Juwelier Tittel Trauringecke Schmeerstraße 12

Staunend billige Möbel
Bettstellen Matratzen Chaiselonques Sofas Schränke Tische, Stühle Spiegel und Schlafzimmer Küchen in enorm großer Auswahl
Auch Sonntags zu besichtigen
S. Rosenberg Geiststr. 21, 1 Tr.

Donnerstag, 17. Dezbr., abds. 8 Uhr, im „Volksport", Halle (kleiner Saal)
Vortrag über: 4382
Arbeiterkapital, Arbeiterbank und Volksfürsorge
Referent Instruktor Deitrich-Essen
Die Funktionäre der Gewerkschaften u. Genossenschaften sind freundl. eingeladen
Ortsausschuß des ADGB., Halle

Sie kaufen erstklassige Lederjacken für Herren, Damen und Kinder, beste Grubenkerzen, Brand ohne Leder u. Lache Croupons, sowie alle Schuhmacher-Bedarfsartikel, Aktentaschen aller Größen als Weihnachtsgeschenke **am billigsten** bei
J. M. Molinau Lederhandlung früher Richard Heckert
Weißenfels an der Saale Klosterstraße 35

Für den **Weihnachtstisch** in reicher Auswahl Schlafdecken, Bettücher und Stricklacken, Sportwesten für Damen und Herren, Trikotagen, Strümpfe und Taschentücher
Theodor Freytag Inhaber Wm. J. Freytag Tel. 610 Merseburg Rathmarkt 1

Nähmaschinen Sprechmaschinen Wringmaschinen Taschenlampen 218 empfiehlt
Max Schneider Merseburg, Schmalestraße 19

Zuverlässiger Zeitungsträger für Raundorf (bei Körbisdorf) gesucht. Meldungen **Filiale Gehäfte** b. Mücheln, Gewerkschaftshaus (A. Haubenreißer)

Zuverlässiger Zeitungsträger für Lösau gesucht. Meldungen beim Genossen **Gustav Degen, Lösau**

Treibriemenleder gebraucht, in verschiedenen Zwecken geeignet, sowie Arbeiterschuhe u. Schaftstiefel, meist Handarbeit, aus prima Leder, verkauft billig
J. Sternlicht, Alter Markt 15 (Goldene Kette)

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlungen** Harz 24/44 und Leuchtenfeldstr. 14

Für die vielen Beweise herzlich. Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Tochter und Schwester
Else Danziger
sag ich mit allen unseren Dank. Besonders Dank der Gemeindeverwaltung Ammendorf und Hrn. Pastor Godenstein für seine Worte am Grab. 4374
Familie Danziger Ammendorf, Silberhöhe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Kommunistischer Sieg im BAV. Eisleben

Erfolg unserer Zellenarbeit

Die am Sonntag in Eisleben stattgefundene Zahlstellenversammlung des BAV. erfreute sich eines guten Besuches. Den Bericht von der letzten Lohnverhandlung gab der Kollege Lange, da es die Zahlstellenleitung sowie der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Kieser vorgezogen hatten, in Helbra zu bleiben. Die Diskussion zeigte, daß man um in der Lohnfrage **gegen die Mansfeld A.-G.** vorwärts zu kommen, mehr denn je die Unorganisierten in die Organisation zurückzuführen sich bemühen müsse. Die **Ortsverwaltungswahl** zeigte, daß die Genossen begriffen haben, welchen Wert die Ortsverwaltung hat, und daß tüchtige Zellenarbeit Erfolg bringt, das sagt auch schon der Ausspruch eines Reformisten: **„Heute ist die KPD. auf dem Posten!“** Die Ortsverwaltung wurde von 6 **KPD.-Genossen und zwei Parteilosen** besetzt.

Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde ein Antrag auf die unerhörte Abfindung der Hohenzollern eingereicht. Der Reformist Morgenstern verlachte, den Antrag abzuwürden, weil dieser nicht unterschrieben sei und weil derartige Anträge in den politischen Parteien zu behandeln wären. Der Antrag wurde zurückgezogen und von neuem mit Unterschrift eingereicht. Und selbst der Sozialdemokrat Buselleі betonte, daß wir als Gewerkschafter das größte Interesse an der Verhinderung der Abfindung hätten, worauf der Antrag dann einstimmig angenommen wurde. (Siehe politischen Teil der heutigen Zeitung.)

Arbeiter von Eisleben! Die erste Position ist genommen! Seien **wir weiter** eingedenk, daß **75 Prozent Gewerkschaftsarbeit** zu leisten ist, und wir werden erleben, daß wir weiter vorwärts kommen in der Arbeiterbewegung. Setze ein jeder **seine ganze Kraft** ein, den letzten Mann in die freien Gewerkschaften zurückzugewinnen, damit Mansfeld wieder eine Hochburg des klassenbewußten Proletariats wird.

15. 12. 25

Schwere Arbeiter-Mißhandlung

Ein Roheitsakt sondergleichen

Der Tiefbauunternehmer Emil Becker aus Halle beschäftigt seit Jahr und Tag zehn bis zwölf Mann auf Krügershall, wofür er in Otto Rosse aus Langenbogen einen Vorarbeiter gefunden hat, den er schwer missen würde. Auf Grund seiner körperlichen Kraft ist dieser in der Lage, für zwei Mann zu arbeiten. Selbstverständlich müssen die anderen mit, und wehe dem, der aufmuckt! Der kann auf der Stelle wandern und von Glück sagen, wenn er mit heilen Knochen davonkommt. In den letzten Monaten sind **fünf Fälle von Mißhandlungen** Rosses gegenüber seinen Arbeitern vorgekommen. Der schwerste Fall davon ist der letzte, der sich folgendermaßen zutrug:

Am Donnerstag, dem 3. Dezember, mußten sechs Mann vom Unternehmer Becker einen Rohrbruch an der Wasserleitung von Langenbogen nach Krügershall beheben. Da das Funktionieren der Leitung eine Betriebsnotwendigkeit ist, so glaubte Herr Becker den Fehler am ehesten zu beheben durch Verabreichung einer großen Pulle Schnaps, wahrscheinlich eingedenk der Parole: „Proleten, sauft Schnaps, Eure einzige Rettung!“ Bei der einen soll es nicht geblieben sein, und so kamen die Kumpels in eine Verfassung, die sie trotz Schlamm und Wasser die grimmige Kälte nicht spüren ließ. Der Arbeiter Max Heinl hatte die Aufgabe, das nötige Zubehör zu beschaffen und mußte dazu den Weg von Krügershall nach Langenbogen dreimal hin und zurück machen. Als am Nachmittag alles soweit besorgt war und Heinl zurück nach dem Werk wollte, mußte er auf Befehl von Rosse zurückbleiben, bis auch alle Nebenarbeiten erledigt wären. Gegen 9 Uhr abends schaffte man dann alles Werkzeug, Rohre extra auf zwei Handwagen zurück nach Krügershall. Kurz vor der Siedlung Krügershall merkte Heinl, daß sich mit dem einen kleineren Wagen nur ein Mann abmühte. Heinl ging mit den Worten: „Na, den Kleinen wollen wir nicht sich allein quälen lassen“ hin, um zu helfen. Sofort sprang der Vorarbeiter Rosse hinzu, **faßte Heinl bei der Kehle, betäubte ihn mit einigen Schlägen auf Kopf und Nase, so daß Heinl hinfiel, und schlug mit einer Schaufel auf ihn ein.** Ein schwerer Schlag auf den linken Oberschenkel und ein noch schwererer auf die linke Brustseite waren das Resultat. Heute noch liegt Heinl unter furchtbaren innerlichen Schmerzen zu Bette, hilflos in allem. Auch seine Familie hat auf Grund dessen schwer zu leiden.

Viele langjährige „Klassenkampf“-Leser werden sich beim Lesen dieser Zeilen an den Falle Rosse 1921 erinnern, wo Paul Rosse zu acht Jahren Zuchthaus und Otto Rosse zu fünf Jahren verurteilt wurden. Während Paul Rosse trotz der schwersten Schicksalsschläge (während seiner Haft sind ihm Frau und ein Kind gestorben) heute noch kein Bitten und Betteln gegenüber seinen Feinden kennt, hat es Otto Rosse verstanden, nach zwei Jahren Haft Fürsprecher zu finden, die seine Freilassung erwirkten. Natürlich ist er heute im „Kricherverein“. Es ist gut, wenn sich der Prolet den Klauen der finsteren Kerkermauern entziehen kann. Wenn er das aber nur erreichen kann durch Verrat an seinen Klassen- und Kampfgenossen, dann schon gehandelt nach den Worten des Genossen Urahns: **„Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der Demokratie versaulen.**

Ueberarbeit eines Gewerkschafts„führers“ bei der Mitteldeutschen Bauzentrale

(Arbeiterkorrespondenz.)

Die Erwerbslosigkeit und das damit verbundene Massenelend steigen von Tag zu Tag. **Der größte Teil der Bauarbeiterschaft liegt auf der Straße,** auch die Bauunternehmer suchen an ihrem Teil der Arbeiterschaft zu weiterem Lohnabbau mürbe zu machen. Auch die Gewerkschaften nehmen allmählich zu diesen Dingen Stellung, und es muß um so mehr an den Pranger gestellt werden, was sich zurzeit bei der **Mitteldeutschen Bauzentrale in Halle** zuträgt.

Das Vorstandsmitglied des BGB. Halle, **Moritz Müller,** zugleich Mitglied der SPD. und des Reichsbanners, dazu auch Berichterstatter für interne Belegschaftsangelegenheiten der Mitteldeutschen Bauzentrale bei deren Geschäftsleitung, der dort sogar beinahe einmal Betriebsrat geworden wäre, dieser prominente „Führer“ arbeitet trotz der eben geschilderten Verhältnisse **fast jede Woche 60—70 Stunden.** Mit Karbidlampen bewaffnet, arbeitet er bis spät abends auf den Bauten. In der vergangenen Woche ist es auch vorgekommen, daß er am Sonntag gearbeitet hat und mit **106,75 Mark** nach Hause ging.

Als freigewerkschaftliche Arbeiter fragen wir hier auch in aller Oeffentlichkeit den Kollegen Brauns vom BGB., ob ihm diese Dinge bekannt sind und ob er diesen Dingen nicht ein Ende zu machen gedenkt. Der „liebe Moritz“ wird wahrscheinlich sagen, daß er im Interesse der „sozialen Bauhütte“ arbeitet, aber wir alle sagen ihm ins Gesicht, daß er nur an seine Brieftasche denkt, und **daß so keine Arbeiterinteressen gewahrt werden.**

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht versäumen, den Herrn Betriebsleiter Hunger auf einige kleine Dinge aufmerksam zu machen: Lassen Sie sich nicht durch die schön gesprochenen Worte einzelner Personen beeinflussen! Schaffen Sie lieber durch eine offene Aussprache alle Differenzen beiseite und jenes von Ihnen so oft gewünschte „frühere Vertrauensverhältnis“ wieder. Gerade die Bauhütten haben dem Unternehmertum zu beweisen, daß sie in **konsequenter Weise die heiligsten Forderungen der Arbeiterschaft vertreten** und den Kampf fördern.

Kollege Brauns, Du hast jetzt das Wort!

•

Soeben, kurz vor Redaktionsschluß, erfahren wir, daß der saubere Herr Moritz Müller gestern in der Mitteldeutschen Bauzentrale entlassen wurde, weil er in übelster Weise eine Kollegin mißhandelt hat. Deshalb ist natürlich die Angelegenheit weder für den Kollegen Brauns, noch für die Mitgliedschaft im BGB. erledigt. Sie haben jetzt doch wohl dafür zu sorgen, daß ein solcher Mensch nicht Funktionär in der Gewerkschaft bleibt.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise

(Von unserem Deligischer Arbeiterkorrespondenten)

Die gewaltige Wirtschaftskrise, in der sich die Industrie befindet, beeinflußt die Spitzen der **SPD. und die Gewerkschaftsführer** zu ungunsten der gesamten Arbeitnehmerschaft. Häufig kann man von derartigen Führern z. B. hören, **daß Lohnkämpfe im jetzigen Augenblick undurchführbar seien,** weil die Industrie vollständig darniederliege. Einen solchen Standpunkt kann nur jemand einnehmen, der von der tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Lage keine Ahnung hat oder aber bewußt die Geschäfte der Unternehmer besorgt. Denn **die jetzige Krise** ist keine vorübergehende Erscheinung, sie ist vielmehr die Fortsetzung eines bankrotten Ausbeutungs- und Betrugssystems, das mit Hilfe sozialdemokratischer Führer im Jahre 1918 in Deutschland vor der Vernichtung bewahrt und weitergepäppelt worden ist. Jedem Menschen muß doch einleuchten, daß, wenn die Arbeiterschaft mit dem Lohn knapp gehalten wird, so daß es noch nicht einmal für die notwendigen Lebensmittel reicht, Bedarfsartikel auch nicht mehr genügend gekauft werden können. Aber dieser von der SPD. selbst immer in den Vordergrund geschobene Gesichtspunkt ist nicht die einzige und Hauptursache der tiefen Krise des kapitalistischen Systems. Die kapitalistische Produktion ist auf den Weltmarkt, auf den Absatz in anderen Ländern eingestellt, und auch dort fehlen die Absatzmöglichkeiten, nicht nur wegen der auch dort vorhandenen Massenverelendung, sondern, weil die Welt unter den kapitalistischen Staaten so gut wie aufgeteilt ist und einer dem anderen gerade die Konkurrenz abzulaufen sucht.

Ein bedeutender Unterschied zwischen den heutigen Krisen und denen vor dem Krieg ist auch folgendes: Mußten in den Vorkriegsjahren Betriebe wegen Absatzstockung geschlossen oder eingeschränkt werden, dann drohte der betreffenden Firma gewöhnlich der Bankrott, denn jeder Tag Betriebseinschränkung fehlte an der notwendigen Verzinsung des Betriebskapitals und der technischen Einrichtung. Um solchen Störungen aus dem Wege zu gehen, wurden die Preise für die Fabrikate auf ein bestimmtes Minimum herabgesetzt, um dadurch die Kaufkraft und den Absatz zu steigern. Umgekehrt ist es heute:

Die Preise steigen und die großen Trusts und Konzerne machen ungeheure Gewinne, und die Direktoren führen ein Prasserleben, wie sie es vor dem Kriege zum Teil noch gar nicht kannten. Natürlich herrscht auf der Gegenseite Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend. Diese Parasiten machen sich zum Teil ein richtiges Vergnügen daraus die Betriebe zu schließen, um dadurch den **Lohn weiter abzubauen und „rationeller“,** d. h. unter verschärftem Raubbau an der Arbeitskraft, den Betrieb nach einiger Zeit wieder zu öffnen. Die Krise wird durch die Vertrustung der Industrie nicht behoben, sondern verschärft. Die einzelnen Industriezweige haben sich zu Kartellen zusammengeschlossen, zu dem Zwecke, die Preise für ihre Fabrikate so hoch wie möglich auf den Markt zu bringen. Es sind **Preise** festgesetzt worden, welche **in keinem Verhältnis zum Selbstkostenpreis mehr stehen.** Ein Aus-der-Reihe-Tanzen ist dabei so gut wie ausgeschlossen. Einer solchen Firma würden sofort von den übrigen Fabriken die nötigen Rohstoffe gesperrt werden und dergleichen mehr. Es herrscht also ein Terror und Betrug schlimmster Art, die bürgerlichen Regierungen greifen nicht ein und können es auch nicht, weil sie ja von dieser Schieberbande abhängig sind.

Durch die Inflationszeit sind auf Kosten der Reichsbank die Betriebe schuldenfrei geworden. Von den Betriebseinnahmen wird erst ein ansehnlicher Betrag zum Schwelgen beiseite gebracht und das andere zur Erweiterung der Produktion aus den Knochen der Arbeiter herausgeholt. Man scheut sich nicht und prellt den Staat um die Zuschüsse. Diesem betrügerischen Zustand ein Ende zu machen ist die heiligste Pflicht der gesamten Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft muß sich in den Gewerkschaften fest zusammenschließen, sie muß die Betriebsschließungen verhindern, indem sie sich Einfluß in der gesamten Betriebsführung verschafft. Sie muß die Gewerkschaften genau so nutzbar machen wie es die Unternehmer mit ihren Vereinigungen tun. Gewerkschaftsführer, welche diese Ziele sabotieren, müssen beseitigt und durch Kampfgenossen ersetzt werden. Denn fest steht, daß die jetzige trostlose Lage nur durch Verlagen der SPD.-Gewerkschaftsführer überhaupt möglich ist.

Entlassungen auf Grube Alwine

(Arbeiterkorrespondenz)

Jetzt sind auch auf **Grube Alwine** bei Bruckdorf Entlassungen vorgenommen: 45 Mann vom Abraum 65 Mann von der Ziegelei und auch solche auf dem Werk. Betriebsingenieur Koch ist hierbei der Obermacher und begründet die Entlassungen mit „notwendiger Betriebseinschränkung“. Dieser Herr Koch spielt seit dem letzten Streik auf der Grube eine große Nummer, seit ihn damals die Generaldirektion gegen den Willen der Arbeiterschaft im Werk behielt mit dem Bemerken, daß lieber das ganze Werk zum Teufel gehen könne, als daß sie diesen Betriebsingenieur entlassen würde. Er hat auch wahrlich zusammen mit seinem Busenfreund, Werkmeister Werner, der sich stets für das Ueberstundenschuften eingesetzt hat, die Profitinteressen der Besitzer wahrgenommen! Er hofft dadurch, wohl selber noch einmal Direktor zu werden und ist aus diesem Grunde wohl auch mit Herrn Blau und anderen im Stahlhelm. Selbst ein Teil der Beamten sagt, daß es viel besser stände, wenn dieser Betriebsingenieur nicht da wäre.

Von den auf dem Abraum entlassenen Arbeitern schickte man einige in die **Kohlengruben,** wo der Oberfeiger Köppe den einen Kollegen mit Schlägen bedrohte, wenn er nicht in das Wasser treten würde. In derselben Weise gebärdet sich der Faschistenhäuptling, Steiger Winter. Diese können sich soviel herausnehmen, weil ein Teil der Belegschaft sich nicht zur Wehr setzt und die klassenbewußten Kameraden im Stich läßt. Es gibt Arbeiter, die wimmern geradezu, daß sie bloß nicht mit entlassen würden, die wollen noch immer nicht begreifen, daß kein Wimmern, sondern **nur die geschlossene Macht der Arbeiterklasse** hilft. Solche Leute geben sich auch immer zu Spitzeldiensten her. Das muß anders werden, Kollegen! Setzt Euch geschlossen zur Wehr! Kämpft in der roten Front, dann ist der Sieg auch unser!

War das Betriebszellen- und 75prozentige Gewerkschaftsarbeit?

(Fortsetzung)

Mit Unorganisierten wird nicht mehr gearbeitet

Nun hieß es für uns **aufpassen, um die erworbenen Rechte auch vollständig zur Durchführung zu bringen.** Auf Veranlassung der „Zelle“ wurde innerhalb der Belegschaft gewühlt, daß man mit Unorganisierten auf der Baustelle nicht arbeiten solle. Und eines Morgens um 8 Uhr begannen sämtliche Sympathisierende und Genossen auf der Baustelle den offenen Kampf gegen die drei Stahlhelmer. Eine Stunde später konnte der Delegierten-Ausschuß dem Arbeitgeber melden, daß die drei innerhalb zwei Stunden die Baustelle zu verlassen haben, andernfalls der Betrieb vollständig ruhe. Da nun der Obmann verpflichtet war, „Ruhe und Ordnung“ auf der Baustelle aufrechtzuerhalten, wurde in den Verhandlungen erzwungen, daß **die in Frage kommenden drei Mann sofort entlassen wurden.** Zu gleicher Zeit wurde eine Vereinbarung getroffen, daß **sämtliche Neueinstellungen nur mit Zustimmung des Obmannes** vor sich gehen sollten. Der zweite Sieg der „Zelle“!

Der Delegierten-Ausschuß erzwingt Tariflöhne

Die Schachtmeister und Poliere waren nicht organisiert und bekamen eine Löhnung, die alles andere war, als eine tarifmäßige Bezahlung. Der Obmann setzte sich mit deren Berufsorganisationen in Verbindung und schaffte es, daß sich sämtliche Meister und Poliere gewerkschaftlich organisierten. Auf diesem Wege holte er dann in persönlichen Verhandlungen auch die tarifmäßige Bezahlung heraus. Eine Klausel, die sich in dem Bauarbeitertarif befand, wonach nur diejenigen Kollegen vollen Lohn bekamen, die mindestens sechs Monate im Baufach tätig seien, wurde durch den Obmann örtlich beseitigt. Durch diese Vorkommnisse gewann der Delegierten-Ausschuß großes Vertrauen bei den Kollegen und Respekt bei den Vorgesetzten. Bei einer Streitigkeit, die durch den Arbeitgeber heraufbeschworen wurde, kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen dem Delegierten-Ausschuß, hauptsächlich dem Obmann und der Bauleitung, und der Obmann sollte fristlos entlassen werden. In einer Zeit vom kaum einer halben Stunde hatten sämtliche Kollegen ihren Arbeitsplatz verlassen und stellten sich **solidarisch hinter ihren Obmann.** Nach den Verhandlungen des Bauarbeiter-Verbandes mit der Bauleitung wurde der Streik nach sieben Stunden zugunsten des Obmannes geregelt, er wurde wieder eingestellt und die sieben gestreikten Stunden wurden der Belegschaft restlos bezahlt. An diesem Streik beteiligten sich auch sämtliche Meister und Poliere. Nach dieser Solidaritäts-Kundgebung der Belegschaft für den Obmann konnte der Obmann noch etwas schärfer gegen die Betriebsleitung vorgehen, um so sämtliche Rechte und Forderungen der Belegschaft zu wahren.

Die auf der Baustelle vorkommenden Unglücksfälle veranlaßten den Delegiertenausschuß sehr bald, sich genau um die **Schutzvorrichtungen** innerhalb des Betriebes zu kümmern. Ein Schreiben des Obmannes an die Berufs-Genossenschaft hatte den Erfolg, daß die Firma einen Unfall-Vertrauensmann einsetzen mußte, der den Betrieb in bezug auf Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen hatte. Die Firma befragte denn ausgerechnet unseren Obmann, ob er gewillt sei, das Amt mit zu übernehmen. Freudig im Interesse der Kollegen schloß der Obmann eine dementsprechende Vereinbarung ab, in der die Rechte für den Unfall-Vertrauensmann laut Unterfall-Verhütungsvorschrift spezifiziert wurden. Es wurde u. a. vereinbart, daß der Unfall-Vertrauensmann von der Arbeit befreit werden mußte.

Inzwischen wuchs die Belegschaft auf zirka 250 Mann an. Es machte sich daher notwendig, erneut Stellung zu nehmen, um weiteren Kollegen den Eintritt in den Delegiertenausschuß zu ermöglichen. In einer Betriebsversammlung, welche, wie üblich, während der Arbeitszeit stattfand, wurden **11 Kollegen als aktive Mitglieder und 11 als Ersatzleute in den Betriebsrat gewählt.** A. war Spitzenkandidat. Die 22 Gewählten waren aus allen Branchen, auch aus Kreisen der Meister und Poliere. Sie wählten unter sich nun wieder den engeren Ausschuß, in den zwei Genossen der KPD., ein politisch Unorganisierter und ein Meister kamen. Dieser Körper tagte von nun an auf Antrag des Obmannes geschlossen während der Arbeitszeit jede Woche zweimal. Der Betriebsrat stellte jetzt den gesamten Betrieb dahingehend um, daß er in jede einzelne Arbeiterkolonne, die sich mit der Zeit auf eine Strecke von zirka 10 Kilometer verteilten, je einen Kollegen des Betriebsrates setzte und in die übrigen Kolonnen, ohne Wissen der Belegschaft einen guten Kommunisten als Vertrauensmann. Dadurch war es dem Betriebsrat möglich, zu jeder Minute **mit sämtlichen Arbeitern auf der Baustelle Verbindung** zu haben. Drei politische Vertrauensleute wurden von der Belegschaft gewählt, in jeder Schicht einer.

Der Arbeitgeber, der nun merkte, daß der Wind aus einer anderen Ecke wehte, versuchte von Zeit zu Zeit, den Betriebsrat bei einzelnen Kollegen in Mißkredit zu bringen, was aber nicht gelang. Auf der anderen Seite machte er dem Betriebsrat allerlei Vorwürfe, daß der Obmann sein Amt nicht dem Betriebsrätegesetz gemäß ausfülle usw. Dies war das Zeichen, daß man erneut versuchen wollte, den Obmann, den man als „Macher“ bezeichnete, auf die Straße zu werfen. Tatsächlich wurde seitens der Bauleitung wieder eine Streitigkeit heraufbeschworen, und der Obmann sollte zum zweiten Malen entlassen werden. Ehe das dem Obmann selbst mitgeteilt wurde, hatte einer unserer Vertrauensleute einen Wink erhalten und durch das **fest entschlossene schnelle Auftreten der ganzen Belegschaft** sah sich der Arbeitgeber gezwungen, von der erneut geplanten Entlassung Abstand zu nehmen. Er versuchte jetzt aber, die Rechte des Obmannes bzw. des ganzen Betriebsrates zu beschneiden. Auch das gelang ihm nicht.

Der Cuno-Streik

Inzwischen war der Juli 1923 herangekommen, und die Belegschaft hatte unter wirtschaftlichen Verhältnissen der Inflation furchtbar zu leiden. Es gab zu dieser Zeit nicht nur jede Woche eine Verhandlung zwischen Bauleitung und Betriebsrat, sondern Tag für Tag, ja manchen Tag zwei- bis dreimal. Wie alle Firmen, so behauptete auch unsere Firma, daß sie nicht mehr in der Lage sei, den Lohn so prompt und sicher wie an früheren Lohntagen zu zahlen. Weiter weigerte sie sich, die tarifmäßigen Zuschläge für Wasserarbeiten usw. zu zahlen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Die Arbeiter fordern den Volksentscheid!

Arbeiterbriefe an den „Klassenkampf"

Die unerhörten Forderungen der Großfürsten und die ebenso unerhörte Stellungnahme der Reichsregierung wie der Regierungen der Länder zur Fürstenabfindung ruft von Tag zu Tag mehr die Massen der Werktätigen Arbeiterstadt auf den Plan. Die Arbeiter und Arbeiterinnen über die Fürstenabfindung und speziell über den Offenen Brief der KPD. betreffs Volksentscheid werden, scharen uns zahlreiche Briefe solcher Arbeiter und Arbeiterinnen an die Redaktion des „Klassenkampf". Einige wenige dieser Briefe übergeben wir hiermit heute der Oeffentlichkeit.

Red. „K."

„Uns Arbeitslose läßt man verhungern . . ."

Halle, 12. Dezember 1925.

An die Redaktion des „Klassenkampf", Hier.

Werte Kollegen!

Ich bin seit drei Monaten arbeitslos, habe Frau und zwei Kinder. Auch meine alte Mutter, die ebenfalls nichts mehr verdienen kann, wohnt bei uns, so daß ich noch mit ernähren muß. Aber ich muß schon sagen: **Uns Arbeitslose läßt man langsam, aber sicher verhungern.** Die paar Mark, die man uns in der Woche gibt, sind zum Leben zu wenig, zum Sterben aber ein bißchen zu viel. Daß ich seit zwei Monaten meinem Hauswirt die Miete schulde, kann ich leider nicht ändern. Sachen, die ich vielleicht verpfänden könnte, besitze ich nicht. Wir fünf Personen müssen aber von den paar Mark Arbeitslosenunterstützung und den paar Groschen, die meine Frau bei ihrer Aufwartungsstelle verdient, leben.

Nun las ich neulich, wie stets, mit noch mehreren arbeitslosen Kollegen auf dem Arbeitsnachweis den „Klassenkampf". In der betreffenden Nummer war viel von der Fürstenabfindung die Rede. Ich kann Euch nur sagen, daß wir alle wahnsinnig empört gewesen sind über diese neueste Schweinerei. Auf der einen Seite will man den Deferiteuren von Fürsten viele Hunderte von Millionen bares Geld und große Reichstümer in den gierigen Schlund werfen, auf der anderen Seite hat man für uns nur elende Bettelpfennige übrig. Das kann und darf doch nicht durchkommen. **Ich hatte ebenfalls, obwohl ich nicht gerade der KPD. als Mitglied angehöre, aber immer kommunistisch gewählt habe und auch sonst für diese Propaganda mache, den Weg, den die Kommunisten vorschlagen, für den richtigen. Man muß einen Volksentscheid durchführen.**

Allerdings fürchte ich, daß man, selbst wenn der Volksentscheid käme und eine Mehrheit brächte für **vollständig entschädigungslose** Enteignung aller ehemaligen Fürsten, doch irgendwelche Umschweife machen wird, um den Willen der Massen zu umgehen. Ich glaube sogar, daß man das mit Erfolg tun würde. Aber damit würden sich diese Herren auch wiederum entlarven, und es würde sich zeigen, daß in Wahrheit nichts an ihrer ganzen Demokratie dran ist.

Ich hoffe, daß die KPD. und der „Klassenkampf" auf dem beschrittenen Wege des Kampfes für den Volksentscheid weiter gehen werden.

Mit proletarischem Gruß! M., Ankerstraße.

Was war Eure Abfindung, ihr Kriegsteilnehmer?

Dem Brief eines Kriegsbeschädigten entnehmen wir folgende Stellen:

Werte Genossen!

Auch ich hätte etwas zum Offenen Brief der KPD. betreffend den Millionenraub, den die ehemaligen Fürsten vom deutschen Volke als Entschädigung verlangen, zu sagen.

Diejenigen, welche uns in das grausame Massenmorden 1914 bis 1918 trieben, rissen 1918, als dem Morden ein Ende gesetzt wurde, nach Holland oder sonst irgendwohin aus. Heute, da sie sich wieder obenauf fühlen, verlangen sie für ihr Tun und Treiben eine Abfindung, die geradezu als eine Provokation gewertet werden muß. So kann man den Schritt, den die einzige Partei, die für die Interessen der werktätigen Massen überall und immer eintritt (die Kommunistische Partei) eingeleitet hat, nur begrüßen, und ich glaube, daß alle Arbeiter, Angestellten **und auch die Beamten dem Ruf der KPD. folgen werden.**

Ich möchte alle die, die draußen im Völkermorden an der Front gelegen und ihre gesunden Glieder geopfert haben, einmal fragen: **Was für eine Abfindung habt Ihr erhalten?** Ich antworte: **den Hungertod!**

Auch erinnere ich Euch daran, was mit Euch geschah, wenn Ihr die Fahne verließet, als Ihr das Morden für die Kapitalisten nicht mehr mitmachen wolltet. Ihr wurdet zu Festung oder gar zum Tode verurteilt. **Das war Eure Abfindung!**

Ich möchte von mir selbst etwas erzählen. Im Jahre 1917 wurde ich verschüttet. Wegen schwerer Lungenquetschung, häufig eintretenden Blutsturzes usw. wurde ich aus dem Heeresdienst entlassen. Ich verzichtete auf die Rente, da ich die Auswirkungen meines Leidens noch nicht ermessen konnte und nur froh war, vom Militär frei zu sein. Ich wollte arbeiten. Da sich aber mein Leiden von Tag zu Tag verschlechterte und ich keine Arbeit verrichten konnte, stellte ich beim Versorgungsamt Anspruch auf Rente. Das wurde aber abgelehnt mit dem Bemerken, ich sei zu faul zur Arbeit. Vier Tage später bekam ich eine Zustellung, mich beim Bezirkskommando zu stellen. **Halbtot wurde ich l. v. geschrieben.** Ich stellte mich, da ich dachte, doch meine Pensionierung zu bekommen, da man mich jedenfalls bald wieder würde entlassen müssen. Aber es kam anders, als ich gedacht hatte. Sofort nach Antritt sollte ich schweren Dienst verrichten, den ich jedoch verweigerte. Ich meldete mich krank. **Wegen Dienstverweigerung wurde ich zu drei Wochen strengem Arrest verurteilt.** Als ich Antrag auf Urlaub stellte, da mein Vater nach drei Jahren auf Urlaub gekommen war, wurde mir dieser verweigert. So begab ich mich ohne Erlaubnis auf Urlaub. Nach 24 Stunden schon wurde ich in meinem Wohnort verhaftet. Da ich mich aber selbst der Truppe stellen wollte, was man mir verweigerte, flüchtete ich. Beim Sprung auf den Zug glitt ich ab und zog mir einen Knöchelbruch zu. Durch schlechte Behandlung von seiten der Aerzte im Lazarett **mußte mir mein rechter Fuß vier Wochen später abgenommen werden.** Als ich von neuem einen Antrag **auf Rente** stellte, wurde dieser mit der Begründung **abgewiesen**, ich hätte meinen Fuß bei Fahnenflucht verloren. Ebenso wurden alle Ansprüche wegen der Verschüttung zurückgewiesen. **Bis heute klage ich ohne Erfolg und muß mit meiner Familie (Frau und vier Kinder) durch den Verkauf von Hetzplaiker existieren. Seht, das ist meine Abfindung.**

So gibt es tausend ähnliche Fälle. Von der Hindenburg-Republik sollen nun den Wilhelm & Cie. Hunderte von Millionen als Abfindung gegeben werden. **Ich sehe die Schritte, die von der KPD. unternommen werden, als richtig an und hoffe, daß sie einen Erfolg bringen werden.**

Mit Gruß! K. R., Innovalide, Grafeweg 10.

In den nächsten Tagen werden wir weitere Arbeiterbriefe, die den Volksentscheid fordern, veröffentlichen.

Proletarier-Weihnachten

Ein sozialdemokratisches Geschenk an die Flugplatzbewohner

Eine schöne Ueberraschung erlebten dieser Tage die Bewohner des ehemaligen Flugplatzes. Der Pächter der Kolonie sandte jedem Bewohner ein Schreiben, nachdem jeder Mieter rückwirkend ab 1. Oktober 1924 (neunzehnhundertvierundzwanzig!) Miete nachzuzahlen hätte. Für eine Wohnung von 42,84 Quadratmeter Fläche einschließlich Korridor sind nachträglich nicht weniger als 72,70 Mark zu entrichten. Des weiteren soll die Miete ab 1. Oktober 1925 für dieselbe Wohnung 155,50 Mk. betragen. Bei einem anderen Mieter sind 133,45 Mk. nachzuzahlen. Vom 1. Oktober dieses Jahres ab kostet die Wohnung 393,86 Mk.

Diese Handlungsweise des Vermieters, der Sozialdemokrat und Vorsteher der Mitteldeutschen Bauzentrale ist, die bekanntlich der Altenburger Bauhütte angeschlossen wurde, ist ein Skandal. Man sandte das obengenannte Schreiben an die Frauen, da die Männer am Tage nicht zu Hause sind. Weiter verlangte man bis zum 14. Dezember eine Erklärung, **in welchen Raten man die Nachzahlung bis Ende Juni tätigen wolle.** Das ist ein starkes Stück, das sich da die Sozialdemokraten leisten, zumal sie wissen, daß die meisten Mieter Bauarbeiter und jetzt zum größten Teil arbeitslos sind.

Doch noch ein anderer Fall. Am „Schwarzen Brett" erscheint eine Zuschrift, in der sämtliche Mieter aufgefordert werden, **ihr reflektierendes Lichtgeld sofort zu bezahlen, da das Elektrizitätswerk sonst das Licht sperren wolle.** An und für sich kann man gegen eine solche Aufforderung nichts haben; aber die Sache sieht doch ein wenig anders aus. Es ist festgestellt worden, daß das zu bezahlende Lichtgeld beim Elektrizitätswerk etwa 700—750 Mark ausmacht. Das bedeutet so viel, daß sämtliche Mieter seit einem halben Jahre kein Lichtgeld bezahlt hätten. Die Mieter vom Flugplatz haben indes festgestellt, daß **höchstens 10 Prozent der Mieter mit einem oder zwei Monaten Lichtgeld hängen. Wo kommt also diese hohe Summe her?** Daß hier etwas nicht stimmt, beweist folgendes: Die Mitteldeutsche Bauzentrale hatte am neuen Elektrizitätswerk in Trotha Arbeiten übernommen. Vor nicht langer Zeit wurde von seiten des Elektrizitätswerkes auf Zahlung des Lichtgeldes gedrungen. Und was machte die Bauzentrale? Sie erklärte, daß doch durch die Ausführung der Arbeiten für das Elektrizitätswerk eine Sicherheit gegeben wäre und daß dann von dieser Summe das Geld bezahlt werden könne. Es kam aber anders. **Der Bauzentrale wurden diese Arbeiten entzogen.** Soweit wir festgestellt haben, übertrug man sie einem anderen Dachdeckermeister. **Sollen die Flugplatzmieter vielleicht zu Weihnachten ohne Licht sein? Wo ist das bezahlte Lichtgeld hingekommen?**

Zu der Erhöhung der Miete möchten wir auch noch ein Wort sagen. Wer hat die Kolonie gekannt, als die Mieter in diese Notwohnungen zogen. Damals war alles noch ein einziger Schutthaufen. Es fehlte an einem Hof, den Schutt haben die Mieter selbst abfahren müssen. Die Straßen sind in einem Zustande, daß das allein schon ein Skandal ist. Wenn man aber heute versucht, die Mieten um nicht weniger als 140 Prozent zu steigern, so ist das doch zu stark. Es ist höchste Zeit, daß das Hoch- und Tiefbauamt dort einmal nach dem Rechten sieht. Denn es muß festgestellt werden, daß die Gebäude, Dächer usw. schon große Schäden aufweisen.

Die oben charakterisierte Handlungsweise der sozialdemokratischen Bauzentrale aber zeugt davon, wie es mit dem „sozialen Denken" der Herren von der SPD. in Wirklichkeit aussieht.

Der Lehnert-Prozeß im Spiegel der hallischen Presse

Am schuftigsten benahm sich das „Volksblatt"

Wer Gelegenheit gehabt hat, den Verhandlungen im Lehnert-Prozeß selbst beizuwohnen und hinterher die Berichte der bürgerlichen Presse verfolgt hat, dem wird es aufgefallen sein, daß alle diese Blätter mehr oder weniger einseitig berichtet haben. Die Beweisaufnahme durch die Zeugenvernehmung hat den Angeklagten glänzend entlastet. Wenn diese Tatsache auch hier oder mehr noch von den bürgerlichen Zeitungen zu umgehen war und anerkannt werden mußte, so finden wir in ihren Berichten aber doch hauptsächlich nur die ungünstigsten Momente festgehalten, während entlastende Beweise mit einigen undefinierbaren Worten umgangen sind.

Die „Hallesche Zeitung" bringt in ihrer Freitag-Ausgabe einen gesonderten Bericht mit der Ueberschrift: „Widersprüche im Lehnert-Prozeß". Wer selbst den Verhandlungen beiwohnen konnte, muß feststellen, daß Lehnert auf jede Frage des Vorsitzenden genauestens Auskunft geben konnte. Wenn ihm nicht geglaubt wurde, so ist das noch lange kein Widerspruch. Die „Hallesche Zeitung" schreibt z. B.:

„Ferner erzählt Lehnert zum ersten Male, daß er dem Zeugen Heidenreich, der nach der Tat erschien, seine Schlüssel gegeben habe" usw.

Diese Behauptung der „Halleschen Zeitung" ist vollkommen unzutreffend und an Hand des Protokolls konnte festgestellt werden, daß Lehnert diese Aussage auch schon während seiner Vernehmung in der Voruntersuchung gemacht hat. Auch der Zeuge Heidenreich hat diese Angaben in der Voruntersuchung ohne Einschränkung gemacht. Lehnert wäre also danach gefragt, hätte aber diese Angaben in der Voruntersuchung verschwiegen. Weiter heißt es:

„Lehnert hat ferner nach dem Protokoll vom September und nach seinem ersten Bericht sofort nach dem Schuß auf seine Frau um Hilfe gerufen. Jetzt schildert er den Vorgang so, daß er erst den Tätern nachgelaufen sei, dann nach seiner Frau gesehen, ihr auf die Bade geklopft und festgestellt habe, daß das Herz noch schlägt, und dann erst habe er um Hilfe gerufen."

Lehnert gab in der Hauptverhandlung an, daß er sofort, das heißt nach wenigen Augenblicken, um Hilfe gerufen habe. Tatsächlich sagt ein Zeuge aus, daß zwischen dem Schuß und dem ersten Hilferuf eine Pause von knapp einer Minute gelegen habe. Aehnlich äußern sich auch alle anderen Zeugen:

„Lehnert ist nach Zeugenaussagen auffällig häufig in letzter Zeit mit seiner Frau am Abend spazieren gegangen, was der Angeklagte aber bestreitet. Als ein Zeuge mit einem Hunde zum Tatort gekommen ist, hat sich Lehnert höchst besorgt gezeigt und das Tier nicht an seine Frau herangelassen. Wie er aussagt, sei das deswegen gewesen, weil der Hund die Frau etwa hätte beißen können."

Auch diese Stelle der „Halleschen Zeitung" entspricht nicht den Tatsachen. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß Lehnert auch früher mit seiner Frau häufig ausgegangen ist. Außerdem hat er den Zeugen Schreiber gebeten, den Hund an die Leine zu nehmen, aus Pietät, um die Tote vor dem Beschnuppern durch den Hund zu schützen. Von Beißen ist gar keine Rede gewesen. Die Widersprüche liegen also ganz auf seiten der „Halleschen Zeitung".

„Allgemeine Zeitung". Der Berichterstatter dieses Blattes schildert eingangs seines Berichtes Lehnert als einen Mann mit kurzgeschorenem Haar. In Wirklichkeit ist das Haar Lehnerts sogar auffällig lang und man konnte oft beobachten, daß er es nach hinten strich. Es ist dies zwar nur eine nebensächliche Unrichtigkeit. Sie zeigt aber, daß auch in Hauptsachen ebenso entstellt und den Tatsachen widersprechend berichtet wird. Das Gutachten der beiden medizinischen Sachverständigen wird von der „Allgemeinen Zeitung" eingezogen und in Fettdruck gebracht. Logisches Denken scheint diesen Berichterstatter fremd zu sein, sonst hätten auch die merken müssen, daß das Gutachten des Professors Schulz und die daraus gezogenen Schlüsse unmöglich sind.

Das „Volksblatt" macht sich mit seinen gehässigen Berichten über den Lehnert-Prozeß selbst zu einem Winkel- und Sensationsblättchen allerübelster Sorte. In fetten Lettern verkündet es in der Ueberschrift: „Gattenmordprozeß Lehnert". Dann folgt eine Gemeinheit der anderen, alles ist entstellt und verdreht, und wir müssen ehrlich sagen, daß sich die bürgerlichen Berichterstatter einer weit größeren Objektivität befleißigt haben, als es das „Volksblatt" für notwendig hielt. Aus Kasparets Augen leuchtete deutlich der Wunsch, den Angeklagten schuldig des Gattenmordes zu sprechen. Man hätte dann wieder so schön mit Dreck schleudern können. Versuche hierzu sind ja genügend von dieser Seite unternommen, so daß sogar der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Fackenheim, diese traurige Tatsache anprangerte. In der Freitagausgabe schreibt das „Volksblatt" unter anderem:

„Von besonderer Bedeutung waren die Bekundungen der Zeugin Stolze, die einige Tage nach der Bluttat mit der Straßenbahn an dem Tatorte vorbeigekommen sei. Bei dieser Gelegenheit hätten sich zwei Frauen darüber unterhalten, daß sie unmittelbar nach der Tat an den Angeklagten herangetreten und ihn als denjenigen erkannt hätten, der schon einige Tage lang und immer um dieselbe Zeit diesen Weg gegangen sei. Leider haben sich diese beiden wichtigen Zeugen bis jetzt noch nicht gemeldet."

„Herr Kasparek! Geht der moralische Dreck wirklich schon bis an die Ohren, daß Ihnen ein richtiges Hören nicht mehr möglich ist? Die zwei Frauen, von denen die Zeugin Stolze erzählt, haben nicht den Angeklagten als denjenigen erkannt, der sich schon tagelang vor der Tat in der Nähe des Tatortes aufgehalten hat, sondern vielmehr drei junge Burschen, die mit denen vom Angeklagten beschriebenen identisch sein könnten. Es scheint doch wahr zu sein, was böse Zungen von Ihnen behaupten, nämlich, daß Ihnen das Denunzieren in Fleisch und Blut übergegangen sei. Dann ist allerdings eine Rettung nicht mehr möglich. Sie sind wirklich zu bedauern."

*

Pfui Teufel über solches Gesindel!

Die vorstehenden Zeilen waren bereits geschrieben, als das „Volksblatt" vom gestrigen Montag in unsere Hände geriet. War schon die Berichterstattung des Herrn Gottlieb Kasparek in den ersten beiden Tagen des Lehnert-Prozesses nicht anders als schmierig, berechnet für ein sensationslüsternes Publikum, zu bezeichnen, so jetzt er seiner Schmierigkeit am gestrigen Montag die allerhöchste Krone auf.

Wir würden es verstehen, wenn die Leute von den offiziell bürgerlichen Sensationsblättern gemein, ja schmierig gewesen wären. Aber — wie auch schon oben betont — die bürgerlichen Tintenkulis berichteten bedeutend objektiver als das „Volksblatt". Gewiß versuchten auch sie überall, wo es nur möglich schien, politisch sein sollende Schiebereien an den Mann zu bringen; aber der Gipfel der Gemeinheit, den das „Volksblatt" mit seinem, bei der hallischen Arbeiterschaft übelst berüchtigten Lokalredakteur Kasparek mit seiner Berichterstattung im Prozeß gegen den Genossen Lehnert erklomm, vermochten die anderen bürgerlichen Reporter dennoch nicht zu erreichen.

Wenn die hallische Presse den Freispruch im Lehnert-Prozeß im allgemeinen mit der objektiven Ueberschrift „Freispruch im Lehnert-Prozeß" meldete, überschreibt das „Volksblatt" den Bericht vom dritten Verhandlungstag knallig „Haarscharf am Schafott vorbei. — Freispruch im Lehnert-Prozeß wegen nicht restlos (!!) erbrachten Schuldbeweises." Wie die Ueberschrift, so der Text. Herr Kasparek tobt sich aus. Man merkt ihm förmlich an, welch teuflische Freude er hatte, evtl. den Kommunisten eins auswischen zu können. Wahrlich, man muß schon sehr tief gesunken sein, wenn man versucht, auch aus solchen Dingen noch politisches Kapital zu schlagen. Ersieht der Leser schon aus der von uns zitierten Ueberschrift die ganze Gemeinheit der „Volksblatt"-Berichterstattung, so kann er sich auch ungefähr vorstellen, wie der Text aussieht. Und dem Text wiederum entspricht auch die journalistische „Aufmachung".

Hinzugefügt sei fernerhin, daß die SPD. bekanntlich „prinzipiell gegen die Todesstrafe" ist. Wie es mit diesen „Prinzipien" in der Tat steht, kann man mit Leichtigkeit aus dem — man kann geradezu sagen — blutrünstigen Bericht Kasparek ersehen. **Das „Volksblatt" forderte den Kopf Lehnerts!**

Weiter sei in aller Sachlichkeit festgestellt: Wenn das „Volksblatt" einerseits schreibt:

„daß aber . . . seine (Lehnerts) Beziehungen zu dem verstorbenen Fräulein Franke vertrauter gewesen seien, als er selbst eingestanden habe. Dies sei erwiesen durch die völlig glaubhaften Aussagen des Fräulein Kuhne und mehrerer voneinander ganz unabhängiger Zeugen."

und wenn es andererseits in seinem Bericht über die Urteilsbegründung gleich darauf anschließend schreibt:

„Zur Ehre des Fräulein Franke sei festgestellt, daß nichts erwiesen ist, was gegen ihre Ehre geht",

so ist das, ganz abgesehen davon, daß das „Volksblatt" diese bürgerliche Auffassung ganz kritiklos hinnimmt und wiedergibt, ein so ungeheuerlicher Widerspruch in sich, daß er selbst dem dornierstesten, verbohrtesten „Volksblatt"-Leser aufgestoßen sein dürfte. Wenn weiterhin das „Volksblatt" durch besonderen Druck aus der Urteilsbegründung hervorhebt, daß „von den 100 Prozent der Wahrscheinlichkeit seiner (Lehnerts) Täterschaft etwa 2 Prozent fehlen", so wollen wir darauf verweisen, daß selbst jeder Bürgerliche, der dem Prozeß beigewohnt hat, wird zugeben müssen, daß das Verhältnis gerade umgekehrt war.

Im übrigen lehnen wir jede Diskussion mit derart schmierigen Gesellen ab.

*

Noch eine „Volksblatt"-Lumperei

Von einigen Zuhörern, die in unserer Redaktion im Laufe des heutigen Vormittags vorsprachen, wird uns mit Empörung mitgeteilt, daß die Behauptung des „Volksblatt", Rechtsanwalt Dr. Fackenheim habe in seiner Verteidigungsrede den Passus gebraucht, „daß es Lehnert wohl leicht möglich gewesen wäre, in den vier Tagen zwischen der Mordtat und seiner Verhaftung mit Hilfe der KPD. nach Rußland zu entfliehen", eine unerhörte Fälschung ist. Rechtsanwalt Fackenheim hat zwar von der Möglichkeit einer Flucht nach Rußland gesprochen, er hat aber nicht gesagt „mit Hilfe der KPD."

Mieter, aufgepaßt!

Die hallischen Hauspaschas fordern weitere Mieterhöhung und Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft — Januarmiete 88 Prozent?

Wie die „Hallische Zeitung" in ihrer gestrigen Abendausgabe berichtet, fand am Sonnabend im „Stadtschützenhaus" eine Versammlung des **Haus- und Grundbesitzervereins, E. V., Halle,** statt. In dieser Versammlung wurde nach einem Referat des ersten Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, des Stadtrats Joseph Humar, München, eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Miete bewegt sich, im Gegensatz zu allen sonstigen Wirtschaftsverhältnissen, auch heute leider noch immer auf derart niedrigen Bahnen, daß ihre Beträge nicht im entferntesten für die tatsächlichen Bedürfnisse des deutschen Haus- und Grundbesitzes ausreichen."

Zum Schluß besagt die genannte Resolution wörtlich folgendes:

„. . . Im übrigen fordern wir für uns wie für jeden anderen Wirtschaftsbetrieb alsbaldige Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, sowie Wiederherstellung der Rechtsbegriffe: Eigentum und Miete."

Den Herren Hauspaschas schwillt der Kamm. Nachdem man ihnen bereits die ungeheuerlichsten Rechte eingeräumt hat — wir erinnern in diesem Zusammenhang nur noch einmal an den Exmittierungs-Erlaß des sozialdemokratischen preußischen Innenministers Severing! —, versuchen sie, den Mietern auch die letzten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0006

härlichen Rechte zu nehmen, indem sie die völlige Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft fordern. Wir haben seit langem bereits die Mieterschaft darauf vorbereitet, daß der **Austurm der Hausbesitzer** immer stärker werden würde und daß daher **die Mieter ihren Zusammenschluß beschleunigen müßten**, um den Angriffen der im Haus- und Grundbesitzerverein organisierten Hauspaschas trotzen zu können. Das, was wir seit langem vorausgesagten, ist heute zur Tatsache geworden: **Die Herren Hausbesitzer fühlen sich stark genug, um der Mieterschaft alles bieten zu können.** Was man früher verschleiert und zum Teil unbürschtig forderte, wird heute brutal und offen ausgesprochen. Jeder proletarische Mieter weiß, was die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft für ihn **bedeutet.**

Auf der anderen Seite wird eine „den tatsächlichen Bedürfnissen **des deutschen Haus- und Grundbesitzes** entsprechende **Miete** mit äußerster **Energie**" gefordert. Wir verstehen voll und ganz die **Nöte und Sorgen des kleinen, proletarischen Hausbesitzers, der unter der Steuerlast** schier zusammenbricht. Wir kämpfen aber in **einer Front mit den Massen der proletarischen Mieter** gegen jede **weitere Belastung der Mieterschaft.**

Von Monat zu Monat ist die Miete gestiegen. **Und als in den letzten Monaten die Miete** dieselbe blieb, da knüpften wir daran **die, wie sich jetzt herausstellt,** nur allzu berechtigte Bemerkung, daß **einzig und allein mit Rücksicht auf die** bevorstehenden Provinzial**landtags- und Kreistagswahlen** einer Erhöhung der Mieten vorläufig nicht stattgegeben würde.

Die Wahlen sind nunmehr vorüber. Jetzt stellt es sich heraus, daß wir recht hatten mit unserer oben noch einmal wiederholten Behauptung. Dieser Tage geht durch die Presse folgende Meldung:

„Januarmiete: 88 Prozent.

Ab 1. Januar 1926 ist in Preußen mit einer **weiteren Erhöhung der gesetzlichen Miete um 6 Prozent auf 88 Prozent der Friedensmiete zu rechnen, bei Uebernahme der Schönheitsreparatur durch den Mieter auf 84 Prozent.** Von dem Mehrbetrag werden 2 Prozent dem Hausbesitzer verbleiben; die restlichen 4 Prozent wird der Staat beanspruchen."

Alle diese Tatsachen sprechen dafür, daß die Mieterschaft auf dem Posten sein muß!

Die Ammendorfer „Kindesmißhandlung" und die Regierung

Man wird sich noch des furchtbaren Geschreies erinnern, das die Schwarzweißroten, Deutschnationale und Stahlhelm, über die Ammendorfer roten Frontkämpfer anstimmten, deren politische Aktivität ihnen ein Dorn im Auge war. Sie verbreiteten damals das Gerücht, die roten Frontkämpfer hätten ein Kind furchtbar mißhandelt und dann ins Wasser geworfen. Schon damals war sonnenklar, daß diese Behauptung eine Erfindung war, demagogisch aufgezogen zu dem Zweck, noch mehr Schutzpolizei nach Ammendorf zu verlegen. Diesen Zweck hatten sie erreicht, obgleich schon damals von amtlicher Seite, nämlich von dem Amtsvorsteher, schriftlich bekundet wurde, daß an der Kindesmißhandlungsgeschichte kein wahres Wort sei.

Nun beschäftigt sich das preußische Ministerium des Innern mit dieser Angelegenheit und hat nach dem Amtlichen preußischen Pressedienst folgende Feststellung getroffen:

„Ueber angebliche Mißhandlungen von Kindern durch rote Frontkämpfer oder Kommunisten ist nichts ermittelt worden. Der angeblichen, in einer gleichzeitig von einigen deutschnationalen Landtagsabgeordneten eingebrachten Anfrage erörterten Ueberfall auf den 14jährigen Arbeitersohn Jankowski — nicht Jankowski — hat dieser aus Furcht vor Strafe erdichtet."

Wenn schon die Regierung, von der man wahrhaftig nicht behaupten kann, daß sie für den RFB. irgendwelche Sympathien hege, feststellen muß, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort ist, so wird um so trotzer das demagogische Geschrei der Reaktionäre beleuchtet, die auf jegliche Art und Weise die rote Klassenfront zu schwächen versuchen.

Das aber wird ihnen nicht gelingen. Gerade die nächsten Wochen, in denen der Kampf **gegen die Fürstenabfindung, gegen das Zustandekommen der Großen Koalition gegen Hindenburg und gegen die Deutschnationalen** härter denn je geführt wird, finden die mitteldeutsche Arbeiterschaft, insbesondere auch die roten Frontkämpfer, auf ihrem Kampfposten.

Geringe Nachfrage nach Wohlfahrtspflegerinnen

In einem Runderlaß des preußischen Unterrichtsministers wird auf die Möglichkeit hingewiesen, daß sich Schulamtsbewerberinnen, die eine Verwendung in der Jugendwohlfahrtspflege anstreben, durch zweijährigen Besuch einer staatlich anerkannten Wohlfahrtsschule auf die staatliche Prüfung von Wohlfahrtspflegerinnen vorbereiten können. Während ihrer Ausbildung können sie, wie die übrigen Schülerinnen, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit Unterstützungen erhalten, wenn sie ihre besondere Eignung für den Beruf dargetan haben. Der Minister weist jedoch, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, darauf hin, daß auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage nach Jugendwohlfahrtspflegerinnen nicht sehr rege ist. Sie werden in geringem Umfange nur von den Jugendämtern der größeren Städte verlangt. Der Minister warnt also zur Vermeidung von Enttäuschungen, Schulamtsbewerberinnen in größerer Anzahl in Jugendwohlfahrtspflege zuzuführen. — Auskünfte erteilt im übrigen die Stellenvermittelung des Landesarbeitsamts Berlin, Fachabteilung für die Wohlfahrtspflege und für weibliche Angehörige geistiger Berufe in Berlin W 9, Eichhornstraße 1. Anfragen, die sich nicht auf Stellenvermittelung beziehen, beantwortet die von der Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände für Wohlfahrtspfleger und -pflegerinnen unterhaltene Auskunftsstelle in Charlottenburg, Goethestraße 22.

Ferienordnung für das Schuljahr 1926/27

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die Ferien des Schuljahres 1926/27 für alle Schulgattungen in den Orten mit höheren Schulen und Aufbauklassen nach folgender Ordnung bestimmt:

Osterferien 14 Tage, von Mittwoch, 31. März, bis Donnerstag, 15. April.

Pfingstferien 10 Tage, von Freitag, 21. Mai bis Dienstag, 1. Juni.

Sommerferien 31 Tage, von Freitag, 2. Juli, bis Dienstag, 3. August.

Herbstferien 16 Tage, von Sonnabend, 2. Oktober, bis Dienstag, 19. Oktober.

Weihnachtsferien 14 Tage von Mittwoch, 22. Dezember 1926, bis Donnerstag, 6. Januar 1927.

Zusammen 85 Tage.

Schluß des Schuljahres 1926/27: Mittwoch, 6. April 1927.

Am Mittwoch, 31. März, finden nur Abschlußfeier und Zeugnisverteilung statt, am 21. Mai wird der volle Unterricht durchgeführt, am 2. Juli, 2. Oktober und 22. Dezember dauert der Unterricht nur 3 Stunden.

Hallische Tageschronik

Verkehrsunfälle

Am 12 Dezember, gegen 10 Uhr vormittags, stieß in der Reilstraße ein Fuhrwerk mit dem Handwagen eines Milchhändlers zusammen. Der Handwagen wurde umgeworfen, wobei etwa 20 Liter Milch ausflossen.

Am 12. Dezember, gegen 12 Uhr mittags, stießen in der Reilstraße ein Fuhrwerk und ein Straßenbahnwagen zusammen. Durch den Zusammenstoß wurde eine Fensterscheibe des Straßenbahnwagens zertrümmert.

Am 13. Dezember, gegen 1 Uhr mittags, stieß an der Ecke Alte Promenade und Große Ulrichstraße ein Personenkraftwagen mit einem Radfahrer zusammen. Der Radfahrer wurde zu Boden geworfen, kam aber ohne Verletzungen davon. Das Fahrrad wurde erheblich beschädigt.

Selbstmordversuch

Am 12. Dezember, gegen Mitternacht, wurde ein junger Mann aus Ammendorf am Wasserturm in der Magdeburger Straße in hilflosem Zustande aufgefunden und der Klinik zugeführt. Nach Feststellung des Arztes hatte er Gift zu sich genommen. Lebensgefahr liegt nicht vor.

Blinder Feueralarm

Am 12. Dezember in den Abendstunden und in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember wurden die Feuermelder in der Mühlpforte und am Großen Sandberg von unbekannten Tätern unbefugt in Tätigkeit gesetzt.

* **Ueber Arbeiterkapital, Arbeiterbank und Volksfürsorge** spricht am Donnerstag, dem 17. d. M., Instruktor Deitrich, Essen, in einer im „Volkspark", um 8 Uhr abends stattfindenden Versammlung, zu der die Funktionäre der hallischen Gewerkschaften und der Genossenschaften eingeladen sind.

* **Freifahrtkarten der städtischen Straßenbahn.** Mit dem 31. Dezember 1925 verlieren alle bisher benutzten Freifahrtkarten der städtischen Straßenbahn ihre Gültigkeit. Anträge auf **Wiedergewährung** von Freifahrtkarten **für das Jahr 1926** sind bis zum **20. d. M. zu stellen.** Die von Zeit zu Zeit zu erneuernden Freifahrtkarten für Kriegsbeschädigte werden hiervon nicht berührt.

Neuausgabe des amtlichen Fernsprechbuches. Das amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Halle (Saale) soll neu **aufgelegt werden. Es empfiehlt sich deshalb für jeden Fernsprechteilnehmer, zu prüfen, ob die bisherige Eintragung seines Anschlusses zu ändern sein wird. Dringend erwünscht ist, daß immer noch angewendete vermeidbare Fremdwörter durch deutsche Wörter ersetzt werden. Die künftig gewünschten deutschen Bezeichnungen sowie alle sonst erforderlichen Anderungen sind unverzüglich, spätestens bis zum 31. Dezember, dem zuständigen Postamt, in Halle dem Telegraphenamt, schriftlich mitzuteilen. Nach diesem Zeitpunkt können Anträge auf Aenderung bestehender Eintragungen nur berücksichtigt werden, wenn die Aenderung drucktechnisch ohne besondere Kosten durchführbar ist. Ueber die Bedingungen für die Eintragung von Fernsprechanschlüssen an mehreren Stellen des Buches sowie über alle sonstigen einschlägigen Fragen erteilen die genannten Dienststellen Auskunft. Kostenpflichtige Eintragungen, deren Wegfall oder Aenderung nicht bis spätestens den 31. Dezember beantragt wird, werden unter Anrechnung der bestimmungsmäßigen Gebühr in die neue Auflage übernommen.**

Theater und Konzerte

Kurt Goetz: Erstaufführung im Thaliatheater

Tante Ottilie ist in diesem Lustspiel der Ansicht, daß Stückeschreiber nicht dichten, und Dichter keine Stücke schreiben können. Kurt Goetz ist keines von beiden, sondern er ist Schauspieler und weiß deshalb genau, was dem Theater gebührt, um zu belustigen. Er schafft also ein Stück mit lauter Bombenrollen, das erwähnenswert ist, weil es dem im Zuschauerraum sitzenden Publikum einen Spiegel vorhält. Statt sich dessen bewußt zu sein und ihre sonst so gehütete Moral zu verteidigen, lachen sie darüber. Das ist ihre Ausflucht. Aber sie lachen ja auch bei Wedekind, der ihnen das noch ganz anders sagt.

So wirkte zum Beispiel wiederum die Tante Ottilie — eine alte Jungfer, die aus trostlosester Spießigkeit und erschlagendem Zynismus besteht — ungeführt. Wenn eine Frau zwei Männer liebt, die zu anständig sind, einander zu betrügen, dann geht sie mit einem dritten durch. Man glaubt, dieser dritte sei der Diener Konjunktiv, der von sich sagt, daß er außer seinen geschickten Redewendungen nichts leisten kann. Da dies nicht geschieht, ist der Diener ein bißchen gewaltsam in das Stück hineinkombiniert, von wegen dem Bombenröllchen. Man muß schon sagen, die Kurt Goetzschen Lustspiele lösen auch bei den Schauspielern alle Bande frommer Scheu, besonders bei der Tante Ottilie, die von Halka Heller gespielt wird, die sowohl das Altjüngferliche wie das Zynische im Kern getroffen hatte auch bei Fritz Hensel, der besonders im ersten Akt sehr greifbare Energien auf das Spiel und die zu erwerbende Ingeborg (Ortrud Wagner) wandte. Diese allerdings spielte das Püppchen, von dem man manchmal nicht weiß, wie sie zu ihren etwas unter der Oberfläche liegenden Entschlüssen kommt. Aber das ist zu diese Art Frauen, die nichts zu tun haben und aus Langeweile Gebrüche begehen. Das Verdienst Ortrud Wagners ist es nicht. Just Scheu, der Ehemann, hatte ein paar flache Pedanterien ausgedrückt in den hochgeschminkten Augenbrauen und beim Suff, wo er dem Nebenbuhler in die Arme fällt, ohne ihm in den Arm fallen zu können. Der Diener Konjunktiv war Fritz Genschow. Bei Wedekind wäre vielleicht die Tante Ottilie mit ihm davongegangen. So beweist er ihr und ihrer Sippe nur, daß er, was die sachgemäße Bildung anfangt, sie noch alle in die Tasche steckt. Was daraus folgen konnte, hat Kurt Goetz zu sagen vergessen.

Dis.

Volksbühne. Als 3. Werk für die Theatergemeinde E wird am 19. Dezember „Triefaugi" gegeben. Für die 2. Reihe sitzen als 4. Werk folgende Vorstellungen statt: Theatergemeinde E am Dienstag, den 28. Dezember, „Triefaugi" (Einlösungstermin bis 19. Dezember). Für Theatergemeinde H am Mittwoch, dem 29. Dezember, „Internezzo" (Einlösungstermin bis 16. Dezember). Für Theatergemeinde J am Mittwoch, dem 30. Dezember, „Fiesko" (Einlösungstermin bis 21. Dezember). Für Theatergemeinde L am 6. Januar 1926 „Internezzo" (Einlösungstermin bis 29. Dezember. — Für die Kulturfilm-Theatervorführung am Mittwoch, dem 16. Dezember, nachmittags 3½ Uhr im Saale der „Loge zu den fünf Türmen" sind noch Karten zu 40 Pfennigen in der Geschäftsstelle zu haben. — Das Weihnachtsmärchen „Das gewandelte Zweifelchen" wird am Dienstag, dem 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Stadttheater gegeben.

Volksbühne. Zu unserer Kaiser-Theater-Aufführung am Mittwoch, dem 16. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, im Saale der Loge zu den 5 Türmen, Albrechtstraße 9, sind noch Karten am Saalesingang zu haben. Saalöffnung 3 Uhr.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute abend ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft **Theaterprobe.** Alle Genossen, welche dazu verpflichtet sind, müssen unbedingt erscheinen. Sprechchorprobe fällt aus.

Mittwoch, abends ½8 Uhr, in der Jugendherberge **Funktionärsitzung.** Alle Funktionäre und Fraktionsobleute müssen erscheinen.

Zehnerschaftsführer müssen die **„Junge Garde" Nr. 7 abholen.** — Genossen, welche noch Zeitungsgelder abzurechnen haben, müssen das unbedingt im Jugendsekretariat tun.

*

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Ammendorf

Dienstag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im Jugendheim **Mitgliederversammlung.** Alles hat zu erscheinen. Mitgliedskarten mitbringen!

Arbeiter-Sport

Sportvereinigung Achilles v. 1899, Halle. Der angesetzte Sportkampf im Ringen, Achilles — Germania-Zellerfeld, findet Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der Mengersdorfschule statt. Die hierzu bestimmten Kampfrichter sowie die Mannschaften wollen dies zur Kenntnis nehmen. Die Mannschaft von Achilles sowie die Ersatzleute treffen sich 7,7 Uhr in der Turnhalle zu einer kurzen Besprechung.

TV. „Die Naturfreunde". Mittwoch fällt die Gesamtveranstaltung aus, dafür Vorstandssitzung.

Werbt für den „Klassenkampf"!

Deutschlands revolutionäre Matrosen

7]

Von Anti-Nautilus

In Rüstersiel hielten die Demonstranten in einem Wirtshaussaale eine Versammlung ab. Als in dieser Versammlung der Genosse Cöbes sprach und die Demonstranten aufforderte, so lange für ihre Forderung, der Beseitigung des militärischen Dienstes in der Freizeit, zu kämpfen, bis sie tatsächlich durchgesetzt sei, betrat ein Kapitänleutnant das Lokal. Cöbes stand auf einem Tisch und sprach sehr eindringlich zu den Demonstranten. Der Kapitänleutnant forderte nach Beendigung der Rede Cöbes, gestützt auf eine mit ihm gekommene Schiffswache, die Demonstranten auf, auseinanderzugehen, widrigenfalls er sie mit Waffengewalt auseinandertagen werde.

Einmütig erhoben sich die Demonstranten und erklärten, daß sie es ablehnten, unter dem Schutze eines Kapitänleutnants zu tagen und auseinanderzugehen. Wann und in welcher Form sie sich wieder an Bord begeben würden, das sei ihre Sache, sie selbst lehnten jegliche Einmischung durch Schiffspolizei und Offiziere ab. Sollte der Kapitänleutnant doch noch auf seiner Forderung beharren, so wären sie gezwungen, ihn mitsamt seinen Mannschaften zu entwaffnen. Ob dieses energischen Auftretens der Demonstranten gab der heldenmütige Kapitänleutnant sofort nach und zog unverrichteter Dinge von dannen.

Das Heizerpersonal führte in aller Ruhe die Versammlung zu Ende und nahm am Schlusse derselben noch eine Resolution an, die den russischen revolutionären Matrosen ihre Sympathien ausdrückte, und bei gab sich in geschlossenem Zuge an Bod des Schiffes. Dort stellten sie sofort ihre Forderungen dem Schiffskommando zu.

Sobald der Geschwaderchef des dritten Geschwaders, zu dem das Schiff „Prinzregent Luitpold" gehörte, die Meldung erhielt, daß die Heizermannschaft wieder vollzählig an Bord war, befahl er „Gefechtsalarm". Auf Grund dieses Befehls mußten alle Schiffe des dritten Geschwaders binnen sechs Stunden den Hafen verlassen.

Die Heizer des „Prinzregent Luitpold" erkannten den tatsächlichen Sinn dieses Manövers und lehnten es so lange ab, vor die Kessel zu gehen, bis alle ihre Forderungen bewilligt seien. Ihre Forderungen bestanden erstens in der sofortigen Freilassung aller inhaftierten Mannschaften, die infolge der Vorgänge der letzten drei Tage an Bord in Haft genommen waren, zweitens in der Abschaffung des militärischen Dienstes für die Heizer und reguläre Freizeit am Tage.

Der Kapitän und der Geschwaderchef sahen die Tragweite ein, die ein augenblicklicher Kampf gegen diese Forderungen im Hinblick auf die Stellung des Personals auf den anderen Schiffen haben mußte, und gaben den Forderungen statt. Infolge dieser Bewilligungen konnten die Heizer sofort an die Arbeit gehen.

Noch während wir im Geschwader die Schiffe fahrdienstbereit machten, meldete uns der Verbindungsmann an Land, daß der Plan des Flottenkommandos dahin gehe, sobald die Schiffe auf Schußweite seien, die Meuterei von „Prinzregent Luitpold" zur Rechenschaft zu ziehen und nach den Kriegsgesetzen abzuurteilen.

Wir besprachen uns sofort, um an die übrigen Schiffe entsprechende Anweisungen nach rechtzeitig ergehen lassen zu können, wie wir im Falle einer kriegsgerichtlichen Aburteilung der Kameraden von „Prinzregent Luitpold" (erschießen!) geschlossen vorzugehen gedachten. Soweit es möglich war, sandten wir vor dem Auslaufen noch Kuriere auf die übrigen Schiffe mit ausgearbeiteten Direktiven.

Trotz seiner Verspätung infolge der Arbeitsverweigerung der Heizer verließ „Prinzregent Luitpold" als erstes Schiff den Hafen. Hans Bockers, unser Verbindungsmann zwischen Zentralkomitee und „Prinzregent Luitpold", gab noch im letzten Moment vor der Ausfahrt unserem Pinassenführer jenen Zettel mit, auf dem die eingangs erwähnten Worte standen.

Es war ihnen also auf ihrem Schiffe klar, um was es ging. Es galt deshalb, alles einzusetzen, um ein Blutbad des Flottenkommandos an unseren revolutionären Matrosen zu verhindern.

Wir fuhren als letztes Schiff aus dem Hafen und langten nach etwa zwei Stunden auf Schillgrieede an. Dort wurde Anker geworfen. Sobald unsere Wache ablöste, begaben wir uns auf das Vorderdeck, um Ausschau zu halten nach „Prinzregent Luitpold". Wir waren um unsere Genossen dort ernsthaft besorgt. Auf der Wack trafen wir den Führer der Matrosen. Er teilte uns mit, daß man vergeblich nach „Prinzregent Luitpold" suche, derselbe müsse weiter in See gegangen sein. Wir gingen zu den Genossen Funkentelegraphisten und versuchten, mit ihrer Hilfe eine Verbindung mit „Prinzregent Luitpold" zu bekommen. Nach längerer Zeit bestand die Möglichkeit, auf funkentelegraphischem Wege mit dem Schiff in Verbindung zu treten. Soweit überhaupt Nachrichten zu erreichen waren, konnten wir feststellen, daß man ernsthaft daran dachte, an unsere Genossen mit militär-juristischen Mitteln heranzugehen. Geschlossenes Handeln unsererseits war da allerdings erforderlich.

Abends nach „Klar bei Hängematten" beriefen der Führer der revolutionären Matrosen und ich eine Sitzung aller Schiffsfunktionäre nach den Mittelschiffsbunkern des dritten Heizraumes ein. Punkt 10 Uhr abends waren alle Genossen zur Stelle. Wir entwickelten ihnen an Hand der Meldungen und der Vorgänge auf „Prinzregent Luitpold" unseren Plan, um den Genossen auf „Prinzregent Luitpold" im Falle der Gefahr zu Hilfe zu kommen. Wir schlugen ihnen vor, sobald auch nur ein Heizer auf „Prinzregent Luitpold" angeruhrt würde, sofort in den allgemeinen Mannschaftsstreik einzutreten um eine Maßregelung dieser Genossen zu verhindern und den Geschwaderchef zu zwingen, sein gegebenes Wort zu halten. Denn unserer Auffassung nach hielten es die Herren Seeoffiziere für notwendig, den Begriff „Ehrenwort" nur unter sich anzuwenden, uns gegenüber, den „dreckigen Schweinen", wie man zu den Heizern sagte, war ein Offizierswort — kein gegebenes Wort. Als praktische Maßnahme schlugen wir vor, sofort auf irgend welche Art und Weise Verbindung mit „Prinzregent Luitpold" zu suchen und dann die Durchführung der Aktion dem engeren Kopf im Zentralkomitee, also dem Genossen, der den Vorsitz für die Matrosen führte, und mir, zu übertragen. Als Kampfmaßnahmen waren vorgesehen: den Dienst vor den Kesseln zu verweigern und an den Geschützen jegliches Geschützexerzieren abzulehnen.

Es war eine sehr erregte Sitzung. Die Genossen herieten hin und her, und führten Argumente und Gegenargumente ins Feld. Ausschlaggebend für unsere Stellung war, daß wir die Bestimmungen der Kampfmaßnahmen abhängig machen mußten von der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in der Heimat selbst. Denn ohne Unterstützung unserer Bewegung durch die Industriearbeiterschaft mußte sie von vornherein eine Revolte ohne größere, praktische revolutionäre Erfolge bleiben.

Bei der Abstimmung stand unserem Antrage der eines Genossen aus der Matrosendivision gegenüber, der dem Sinne nach besagte, daß im Falle einer Mißhandlung oder Erschießung auch nur eines Kameraden auf „Prinzregent Luitpold" sofort in der Nacht von uns Offiziersgeiseln festzunehmen seien, um an ihnen in gleichem Sinne zu handeln, wie man es da mit unserem Genossen getan hatte. Unser Antrag ging mit 16 gegen 5 Stimmen gegenüber diesem letzteren Antrage durch.

1.30 Uhr nachts wurde Gefechtsalarm geschlagen. Wir begaben uns auf unsere Gefechtsstationen. Ich stand am Verbindungstelephon, das nach den Heizräumen ging, im Zwischendeck zur Lecksicherung.

Im Trubel der Befehlsgebung, wie solche bei Gefechtsalarm immer auftreten, gelang es unseren Genossen in der Funkstation, Verbindungen mit „Prinzregent Luitpold" aufzunehmen und herzustellen. Wir erfuhren dadurch so ungefähr, was los war. Tatsächlich hatte man bereits einige von unseren Leuten dort verhaftet; es war höchste Eile geboten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0007

Um die Erwerbslosenunterstützung

Der Kampf geht weiter

S. K. Nach dreiwöchigem Kampf in den Ausschüssen des Reichstags um eine ausreichende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und um die Zahlung der Unterstützung an alle Erwerbslosen, trat der Reichstag am Sonnabend, dem 12. Dezember, dem Standpunkt der Regierung bei, die Unterstützungssätze um 20 Prozent, die Familienzuschläge um 10 Prozent, die Höchstgrenze ebenfalls um 10 Prozent heraufzusetzen. Die kommunistische Fraktion gab die Erklärung ab, daß sie einer solchen Verhöhnung der Erwerbslosen nicht zustimmen könne.

Und in der Tat, **ein Hohn ohnegleichen ist es**, was die Regierung und was die Parteien des Reichstages den Arbeitslosen anzubieten wagen. Dieselbe Regierung, die mit großen Worten eine Aktion für die Preissenkung ankündigte, den Widerstand der Preistreiber aber nicht brechen konnte und wollte, dieselbe Regierung, die kaltblütig jede Verschwendung von Steuergeldern an die Industrie- und Agrargewaltigen rechtfertigt, dieselbe Regierung, die allmonatlich an Wilhelm den Letzten 50 000 Goldmark schickt und bereit ist, demselben, nachdem der Oberfauleuzer von Doorn bereits 50 Goldmillionen erhalten hat noch weitere Millionen zuzuschanzen, dieselbe Regierung scheut sich nicht, einem Erwerbslosen bei den gegenwärtigen Lebensverhältnissen 6,30 Mk. pro Woche anzubieten. Im allergünstigsten Falle, nämlich im Wirtschaftsgebiet II, Ortsklasse A, wird die Hauptunterstützung gemäß den am Sonnabend gefaßten Beschlüssen pro Woche 9,72 Mk. betragen. Dabei muß derjenige noch glücklich sein, der diese jämmerliche Unterstützung überhaupt bekommt. Hunderttausende Erwerbslose bekommen gegenwärtig überhaupt keine Unterstützung, ja, es steht fest, daß es gegenwärtig **über eine Million Erwerbslose gibt, die keinerlei Unterstützung beziehen.**

Die kommunistische Fraktion hat einen energischen Kampf geführt um die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an alle Erwerbslose. Kaltblütig hat sich der Reichstag über die von den Kommunisten geschilderten Elendstatsachen hinweggesetzt. Leichtfertigerweise versicherte die Regierung wieder und immer wieder, daß die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen gar nicht so hoch sei, wie die Kommunisten sie angeben. In welchem Verhältnis sich die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen zu den unterstützten Erwerbslosen gegenwärtig befindet, das haben die Vertreter der Kommunistischen Partei der Regierung an Hand von Beispielen bewiesen. Die Regierung erklärte auf die Darlegung der Kommunisten, daß die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen weit über die Hälfte aller Erwerbslosen ausmache, das sei eine Uebertreibung. Am Abend desselben Tages jedoch, an dem der Reichstag durch seine Beschlußfassung die Forderungen der nichtunterstützten Erwerbslosen vollkommen ignorierte, brachte ein bürgerliches Blatt eine alarmierende Meldung, die in vollem Umfange die von den Kommunisten gemachten Angaben bestätigte.

Regierung und Reichstag helfen nicht. Die kapitalistische Krise wird von einem Massensterben begleitet sein, wenn der Kampf um die Versorgung der Opfer des Kapitalismus nicht mit allen Kräften fortgesetzt wird. Die Beschlüsse des Reichstags bedeuten **keine Hilfe**; das Wort hat jetzt die Arbeiterschaft. **Es wird und muß weiter gekämpft werden!**

Auch die jämmerlichen 20 % für die Erwerbslosen sollen am 15. Dezember noch nicht ausgezahlt werden!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

Die durch den Reichstag beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 20 Prozent wird am 15. Dezember noch nicht ausgezahlt. Das ist eine ungeheure Sabotage der Luther-Regierung, die die Nichtauszahlung auf mangelnde Unterstützung des Reichsrates zurückführt. Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner Sitzung mit zahlreichen Vorlagen, so auch mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag, hatte aber für die Erwerbslosen keine Zeit.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Willy Bornack Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Hallo!!

Sie haben es nicht nötig mehr als **110** Pfennig für ein Stück reine gutschmeckende **Naturbutter** auszugeben 4370

Kaufen Sie meine Muschel-Butter

F. H. KRAUSE

IN ALLEN FILIALEN

Achtung! Gewerkschafts- u. Genossenschafts-Funktionäre in Merseburg

Mittwoch, 16. Dezbr., abds. 8 Uhr, im Restaurant „Kasino":

Vortrag über Arbeiterkapital, Arbeiterbank und Volksfürsorge

Referent: Instruktor Deitrich, Essen

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Ortsausschuß d. ADGB., Merseburg

★ **Inseratenannahme** ★

für die Mansfelder Lande für

„Klassenkampf"

Eisleben, Rathausstr. 7

Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten

Lichtspiel-Theater Wittenberg

beehrt sich für **Dienstag bis Donnerstag** darauf zu treten: 2083

Gefahren der Großstadtstraße

Ein Kabinett-Film in 6 Akten

Die Sensation v. New-York

Neuer Kampf um die Weltmeisterschaft im Boxen mit **Reginald Denny** in der 6 Akte Hauptrolle 6 Akte

Anfangszeiten: 5.30 Uhr und 8.15 Uhr

Wiener-Lichtspiele Piesteritz 2082

Dienstag bis Donnerstag das große Doppel-Programm:

Das Licht um Mitternacht

5 Akte mit **Max Landa** in d. Hauptrolle

Die sterbende Stadt

6 Akte mit **Gedd Gobwin, Margarete Schlegel, Friedr. K hne** u. a. m.

Anfang 8 Uhr Anfang 8 Uhr

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr

Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Zum Weihnachtsfeste

Zuckerwaren, Schokoladen und Südfrüchte

Eig. Fabrikat Täglich frische Ware

Baumbehang . . . . . ¼ Pfd. 0,20
Frische Kokosflocken . ¼ Pfd. 0,15

Größte Auswahl in Schokoladen Pralinen, Marzipan, Honigkuch.

Südfrüchte, Sultaninen . 1 Pfd. 1,—
Rosinen . . . . . 1 Pfd. 0,60
Grasbeller Kokos . . . 1 Pfd. 0,80
Haselnüsse . . . . . 1 Pfd. 1,—
Walnüsse . . . . . 1 Pfd. 0,70
Neue Ernte Neue Ernte

Raum Tanaskowitsch & Co.

Collegienstr. 69 **Wittenberg** Collegienstr. 69

Jugendschriften

empfiehlt

Volksbuchhandlung

Gute und preiswerte

Unterkleidung

Woll- u. Kurzwaren

2084 sowie

sämtl. Manufaktur- u. Modewaren

finden Sie in reichhaltiger Auswahl bei

Erich Rosenhagen

Piesteritz, Coswiger Straße

Für Weihnachten der gute Baumbehang vom Naverma-Haus!

G M B H HAUS

Gold- u. Silberbonbon 1 Pfd.	65	Weihnachtsblätter m. Schokol. ¼ Pfd.	45 Pf.
Tannenbaumkets, schlicht .. ¼ Pfd.	15 „	Brillant-Baumkonfekt, gem. ... ¼ Pfd.	50 „
Tannenbaumkets, halb gedeckt ¼ Pfd.	22 „	Reliefschokoladen-Behang ... ¼ Pfd.	50 „
Gnadauer Brezeln .. ¼ Pfd.	25 „	Apollo-Baumbehang, gem. .... ¼ Pfd.	50 „
Spekulatius ¼ Pfd.	30 „	Extra-Zierde-Konfekt, gem. ... ¼ Pfd.	60 „
Schokol.-Kekbehang ¼ Pfd.	40 „	Staniol-Baumbehang ¼ Pfd.	100 „
Fondant, bunt ¼ Pfd.	20 „	Marzipan-Baumbehang ¼ Pfd.	100 „
Fondant, halb gedeckt ¼ Pfd.	25 „	Bessere Sort. Baumbehang ¼ Pfd. bis	100 „
Creme-Ringe ¼ Pfd.	25 „	Tannenzapfen in Staniol .. Stck.	4, 8, 10 „
Likör-Ringe ¼ Pfd.	25 „	Nüsse in Staniol Stck.	4, 10 „
Likör-Ringe, halb gedeckt ¼ Pfd.	25 „	Eiszapfen in Staniol 2 Stck.	25 „
Gelee-Ringe ¼ Pfd.	25 „	Spitzkuchen I ¼ Pfd.	30 „
Schokol.-Baumbehang, glatt ¼ Pfd.	30 „	Spitzkuchen Extra ¼ Pfd.	40 „
Handwerksjezeg-Baumbehang .. ¼ Pfd.	30 „	Pflasterkirne ¼ Pfd.	15 „
Schokol.-Baumbehang, bestr. .. ¼ Pfd.	30 „	Marzipankartoffeln ¼ Pfd.	50 „
Braunschweiger Ringe ¼ Pfd.	35 „	Weihnachtsmänner .... Stck. 4 bis	200 „
Körbchen m. Schokolade ¼ Pfd.	40 „	in jeder Größe und Ausführung	
Sterne m. Schokolade ¼ Pfd.	40 „	Weihnachts-Schokol. 100-g-Taf.	25, 30, 35 „
Buchstaben m. Schokolade ¼ Pfd.	40 „	Burkbraun-Weihnachtshappen . Riegel	30 „
Rosenringe m. Schokolade ¼ Pfd.	45 „		

Honigkuchen, äußerst preiswert in verschiedenen Größen und Preislagen

Marzipan: Würste, Wurstenden, Obst, Gemüse, Schweine, Erdbeeren, Torten, **hochfein!**

Bonbonieren: von Sarotti, Burkbraun, Sprengel, Hildebrandt, Gaedtke, Falter, Mignon

Füllartikel für Kaufläden: Kaffeebohnen, grün und schwarz, Liebesperlen, Bohnen,

Kaufläden-Artikel: Stück 5 und 10 Pf.

Geschenkartikel aller Art, in größter Auswahl: Hunde, Puppen, zerlegbare Schokoladen-Artikel, Zapfen, Nüsse, Pantoffeln, Tiere in verschiedenen Größen

Schokoladen-Blumen : Knickebein-Figuren

Kels : Waffeln : Kakao : Tee : Kaffee

Naverma-Haus

*4375 Großhandels-G. m. b. H., Magdeburg

Verkauf: Halle a. S., Zwingerstr. 29, Gr. Klausstr. 19

Herren-Stärkewäsche u. Familienwäsche liefere sauber u. billig Oberhemd plätten 30 ₰ U.-Jacken . 10 ₰ Kragen . 5 ₰ Waschen das Doppelte

M. Hammer, Rathausstr. 17, H. I

Nähmaschine

bill. zu verkaufen, evtl. Teilzahlung 4367 **Spitze 15,** III r.

Druck sachen

aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossensch. e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unseres Vertreters

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Süßigkeiten, Schokolade, Pralinen, Kakao, Zuckerwaren, Bonbon

Baumbehang

enorme Auswahl, billigster Einkauf

Bei 2 Mark Einkauf ¼ Pfd. Baum-Behang gratis

nur bei 2086

Paul Thiele, Wittenberg

Collegienstraße 52 und 74 und Piesteritz

Programm

Verkaufsstellen dieser Produktivgenossenschaft, Halle a. S., Gr. Ackerstraße 14

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Stadtverordneten-Versammlung

am Donnerstag, dem 17. Dezember 1925 nachmittags 5 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaale des Rathauses

I. Oeffentliche Sitzung:

1. Einführung und Verpflichtung eines Stadtverordneten
2. Entscheidung über die Gültigkeit der Stadtverordneten-Ersatzwahl
3. Mitteilungen
4. Wahl der Mitglieder der Wohnungszuteilungskommission
5. Wahl der Beisitzer und der Stellvertreter für das Siedelungsamt
6. Ersatzwahl eines Vormundschaftspflegers für den 22. Bezirk
7. Anfrage der Arbeitsgem. der Mitte über den Stand der Wohnungsfrage
8. Uebersicht über die finanzielle Lage der Stadt, hierzu liegt ein Antrag der Arbeitsgem. der Mitte vor
9. Uebereignung des Luther-Geburtshauses an die evangelische Landeskirche
10. Luthersstadt Eisleben
11. Nothandelsbeihilfen an Beamte, Angestellte und Arbeiter, hierzu liegt ein Antrag der Komm. Fraktion vor
12. Antrag der Sozialdemokr. Fraktion betr. Gewährung von Unterstützungen an Erwerbslose, an Klein-, Sozial- und Kriegsrentner, hierzu liegt eine Eingabe der Erwerbslosen vor

II. Geschlossene Sitzung:

1. Eingabe auf Umwandlung einer Unterstützung in ein Darlehn
2. Verleihung einer Beförderungsstelle an einen Lehrer
3. Zustimmung zu einer Prozeßführung
4. Ankauf von Baugelände am Bauhof
5. Versetzung von zwei städt. Beamten in den Ruhestand
6. Antrage der Arbeitsgem. der Mitte in der Bodenangelegenheit von Magistratsmitgliedern
7. Eingabe eines Einwohners wegen Unterstützung

Eisleben, den 14. Dezember 1925

Der Stadtverordneten-Vorsteher

gez.: Meßlitz. [*4372

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0008

GOLGATHA

„Noch ist der Golgatha-Weg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht."
Karl Liebknecht, 24 Stunden vor seiner Ermordung.

2. Jahrgang | Halle, Dienstag, den 15. Dezember | Nr. 17

Nach Hindenburg-„Amnestie" — Hindenburg-Weihnacht

Viele Monate sind nun bereits ins Land gezogen, seit als Nachfolger Friedrich Eberts **Paul von Beneckendorf und Hindenburg**, der „Retter", seinen pompösen Einzug in das Reichspräsidentenpalais zu Berlin hielt. Seit langen Monaten schon betreibt der „Retter" sein grausiges „Rettungs"werk, das die

deutsche Arbeiterklasse nur immer tiefer und tiefer im Elend versinken läßt. Unerhörte, kaum je gekannte Dimensionen nehmen Hunger und Not im zweiten Dawes-Winter an, und schon läuten in der Ferne die Glocken das „Fest der Liebe" ein, wie man die Weihnacht getauft hat.

Fest der Liebe? — Zur selben Zeit, da die Bourgeoisie noch mehr prassen wird als sonst schon, just in denselben Stunden, da das Großbürgertum wahnwitzige Orgien feiern wird, am selben „Heiligen Abend", an dem bei den Kindern der Reichen eitel Freude, Jubel und Trubel herrschen, an dem die Sprößlinge der Bourgeoisie mit kostbaren Geschenken überhäuft werden — zur selben Zeit schmachten Tausende und aber Tausende der besten Kämpfer des deutschen Proletariats hinter den hohen, kalten Gefängnis- und Zuchthausmauern der Republik des kaiserlich-königlichen Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg, während ihre Frauen und Kinder in der deutschen demokratischen „Freiheit" der grausamsten Hungerpeitsche preisgegeben sind. —

Hindenburg hatte für den Fall seiner Wahl am 26. April eine umfassende **Amnestie für die politischen Gefangenen** in Aussicht gestellt; sie ließ lange auf sich warten. Im August endlich zeigte es sich, wie „umfassend" die Hindenburg-„Amnestie" war: wohl kamen die faschistischen Mordbanditen, soweit sie sich überhaupt noch in Haft befanden, frei; aber von den mehr denn 7000 politischen Gefangenen der deutschen Arbeiterklasse erblickten nur einige wenige Hundert das Licht der republikanischen „Freiheit", während zu gleicher Zeit neue und immer wieder **neue Schreckensurteile** gegen revolutionäre Arbeiter gefällt wurden. Tausende und aber Tausende blieben weiterhin lebendig begraben, preßten auch fernerhin ihre bleichen, abgemagerten Gesichter an die kalten, festen Gitterstäbe der Gefängnisse und Zuchthäuser der „Retter"-Republik. Und Herr Niedner vom „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" wiederum wußte die schmähliche August-Amnestie auszulegen, wie er sie auffaßte.

Die erste **„Retter"-Weihnacht** ist in greifbare Nähe gerückt. Hindenburgs „Retterei" ist in all und jeder Beziehung zu einer bitteren Ironie auf die Tatsachen geworden. Das **proletarische Massenelend** wächst von Monat zu Monat, von Woche zu Woche, von Tag zu Tag. Leiden schon die Millionen des deutschen Proletariats, die da **arbeitslos** auf dem Straßenpflaster liegen, die unaussprechlichste Not, so ist das noch in unendlich gesteigerter Form bei den **proletarischen politischen Gefangenen und ihren Angehörigen** der Fall. Schier grenzenloses Elend wütet in den Familien der eingekerkerten proletarischen Klassenkämpfer. Die Kinder und Frauen unserer Besten hungern und darben, leiden bitterste Not, gehen elend zugrunde.

Während am „Heiligen Abend" die Pfaffen in den Kirchen von den Kanzeln herab heucheln werden vom „Fest der Liebe", während sie schwulstig verkünden werden „Christus, der Retter ist da!", krallen sich verzweifelt die Hände der Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz um die Gitterstäbe ihrer Zellen, hocken hungernd und frierend ihre Frauen und Kinder in ihrer Elendsbude, wenn nicht **aktivste proletarische Klassensolidarität**, organisatorisch verankert in der **Roten Hilfe**, dieser einzigen Organisation, die sich der politischen Gefangenen der Arbeiterschaft und ihrer Angehörigen tatkräftig annimmt, helfend eingreift und so über die gefährlichsten Klippen hinweghilft, die Frauen und Kinder unserer im revolutionären Befreiungskampfe gefallenen und eingekerkerten Klassengenossen zu vernichten drohen. —

Fest der Liebe? — Es gibt kein Fest der Liebe, es kann kein Fest der Liebe geben, solange eine brutale, kleine Minderheit die unendlichen Millionenmassen des Proletariats unterjocht. Nur eines kann es geben: Klassenhaß der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, Klassenliebe unter den Unterdrückten.

Einst aber, wenn das Millionenheer der Sklaven sich erhoben hat, wenn die Festen der Herrschenden erstürmt und die Kerkermauern gesprengt wurden, wenn ein neues Reich erstanden ist, dann werden **wahrhafte** Feste der Liebe gefeiert werden: **Die Feste der siegreichen Arbeit!**

S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0009

Weihnachtsschnee

Von Andor Gabor

Deine Seele lechzt nach Festen: wird die Weihnacht Dir gesendet.
Im Kalender siehst Du sie schon, ach wie sie Dir Ruhe spendet!
Werde wieder fromm und bieder, unterhalt' Dich nett und heiter.
Domino ist sehr empfohlen, Bridge und Poker . . . und so weiter.
Was nur schön und freudebringend, herzdurchdringend, brustbezwingend,
Heilend alle alten Wunden tönt des Festes Glocke klingend.
Gott auch lächelt auf den Menschen hilfsbereit von seiner Höh' . . .
Flatternd fällt der ewiggleiche wunderweiche, bleiche Schnee.

Auf den Fenstern eis'ge Blumen, so des Frostes Finger schnitzen;
Weißer Mantel auf den Bergen, auf den Aesten weiße Spitzen.
Gibt es etwas, was so liebreich? Herz und Blicke so berückend?
So entzückend? So beglückend? alle Welt so niedlich schmückend?
Alter Sorgen Falten schwinden, trübe Stirne wird geglättet;
Seht die weiße, feine Leinwand, drauf der liebe Gott uns bettet!
Schön und lieblich ist das Leben, heute schöner noch denn je . . .
Flatternd fällt der ewiggleiche, wunderweiche, bleiche Schnee.

In der besten aller Welten fügt sich alles schön zusammen;
Nur den Toren bangt zuweilen, daß noch Brände sich entflammen.
Ausgebrannter Gluten Asche schläft in dumpfer Grüfte Grotte,
Weiß, wie Schneefall, sei die Weihnacht, so gefällt's dem weisen Gotte.
Glück und Frieden schenkt der Himmel Dir, mein Freund, und mir nicht minder,
Stückchen Fleisch harrt der Erwach'nen, Schlückchen Milch der kleinen Kinder.
Wahrlich, alles ist in Ordnung, komme jeder, daß er' seh' . . .
Flatternd fällt der ewiggleiche, wunderweiche, bleiche Schnee.

Wirbelnd schneit es . . . und am Ofen rösten Aepfel sich die Knaben . . .
Der Revolten Leichenhaufen ist schon tief im Schnee begraben . . .
Die da etwas andres wollten sind beschwichtigt hinter Gittern . . .
Ruhig denkt der gute Bürger seines Morgens, ohne Zittern.
Ruhig schaut er aus zum Fenster: Schnee und Schönheit schweben nieder . . .
Drinnen watet das Gesindel, Lumpenbündel, krumme Glieder.
Hungerpflöcke, wie's auch sein soll, mürb gemacht von stummem Weh . . .
Flatternd fällt der ewiggleiche, wunderweiche, bleiche Schnee.

Ja, es gibt unnütze Leute, die für Weihnacht wenig taugen,
Hie und da gibt's leere Magen, hie und da gibt's wilde Augen.
Hie und da macht noch das Elend seine Runden, ruft zu Waffen,
Um die Welt, die so geraten, einmal wieder neuzuschaffen.
Hie und da wird noch gerüttelt an den Säulen dieses Himmels,
An dem Sonn- und Sterngekreisel dieses faulen Weltgewimmels.
Wird gerüttelt, bis es wackelt, stürzt und kollert, laut und jäh . . .
Und verreckt im ewiggleichen, wunderweichen, bleichen Schnee.

Der Rote-Hilfe-Funktionär

Die Arbeit eines Rote-Hilfe-Funktionärs ist wohl eine der schwersten, aber auch der schönsten zugleich in der Arbeiterbewegung. Ein Rote-Hilfe-Funktionär muß einmal ein gutes Herz und Gefühl für die Leiden seiner Klasse und der gefangenen Klassengenossen haben. Ebenso eine klare Erkenntnis der Notwendigkeiten des Klassenkampfes in allen seinen Formen. Vor allem aber, und das ist das Wichtigste, muß er eine große Zähigkeit und Ausdauer in seiner Arbeit besitzen.

Bei seinen schwierigen Arbeiten unter den Parteilosen und SPD.-Arbeitern in Betrieben und Vereinen muß er sich manche Anfeindung, Abweisung und Enttäuschung gefallen lassen. Er kann und darf auf diese Erschwerung seiner Arbeit im Interesse der gefangenen Klassengenossen keine Rücksicht nehmen.

Immer und immer wieder muß er versuchen, Boden und Erfolge durch seine Arbeit zu gewinnen.

Mit einer beispiellosen Zähigkeit verteidigt er die Interessen derjenigen, die ihr ganzes Leben der Arbeiterklasse opferten und heute aus dumpfen Kerkern nicht zu ihren Klassengenossen sprechen können.

In Mitteldeutschland haben wir bis jetzt nur eine sehr kleine Zahl prächtiger Rote-Hilfe-Funktionäre, die es durch Arbeit und unermüdlichen Fleiß Schritt für Schritt vorwärts zu bringen suchen.

Ihre Erfolge bringen ihnen die genußreichsten Stunden in ihrem harten Kampfe um den Aufbau der Roten-Hilfe-Organisation. **Welche gewaltige Bedeutung** für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse hat ein Funktionär der R.-H.-Organisation, der jeden Monat einige neue Anhänger unserer Bewegung zuführt.

Er verkleinert auf der einen Seite das große Millionenheer der Indifferenten der Arbeiterschaft und vergrößert auf der anderen Seite die unüberwindliche Kraft der Solidarität der Arbeiterklasse. Damit erfüllt er eine der wichtigsten Voraussetzungen zum endgültigen Siege der Arbeiterklasse.

Was für herrliche Stunden bringt es unseren Kassierern in den Ortsgruppen ein, **wenn** sie ihre Einnahmen von Monat zu Monat steigern können.

Es ist ein erhabenes Gefühl, wenn sie wissen, daß ihre Einnahmen entweder eine Familie eines ihrer Klassengenossen in dem Zuchthaus vor den schlimmsten Nöten bewahrt, oder daß ihr Geld dazu dient, einen ihrer Klassengenossen, der sich in den Klauen der Klassenjustiz befindet, einen Rechtsbeistand zu stellen. Vor allem weiß er auch, daß seine Einnahmen nur die Schaffung und Erhaltung der Kinderheime „Mopr" in Elgersburg und Worpswede ermöglicht. **Welche Freude bereitet es unseren Rechtsschutz- und Gefangenen-Obmännern,** wenn sie durch ein Gesuch an ein Gericht oder Behörden einem ihrer Klassengenossen etwas Aufschub oder Erleichterung seiner Strafe erwirkt haben

Wenn sie durch einen Brief oder eine Sendung dem in dem Kerker schmachtenden Klassengenossen einen Lichtstrahl gebracht haben. Wenn sie den Gefangenen in dunklen Kerkern spüren lassen das befreiende Gefühl der Klassensolidarität.

Das sind herrliche Früchte, welche unsere Funktionäre für ihre aufopfernde Arbeit ernten.

Das Bestreben der Vorsitzenden muß sein, wenigstens drei Funktionäre zu gewinnen, die den Vorstand der Ortsgruppe bilden.

Was sind die Aufgaben der drei Genossen?

1. **Der Vorsitzende** muß darüber wachen, daß jede Gelegenheit im Ort zu einer Agitation und Mitgliederwerbung für die Rote Hilfe benutzt wird. Er muß vor allem auf einen hohen Mitgliederstand und Markenumsatz der Ortsgruppe sehen.

Er muß die Vorstands- und Mitgliederversammlungen gut vorbereiten. Insbesondere muß er darauf achten, daß alle Betriebe und Vereine im Orte der Roten Hilfe sich korporativ anschließen.

Er muß zu diesem Zweck mündliche Verhandlungen mit den Vertrauensmännern und den Organisationsvorständen sowie den Betriebsbelegschaften anknüpfen.

Er muß die Arbeit der übrigen Funktionäre im Orte beachten und beim Versagen sofort für Ersatz sorgen. Er muß jeden Monat einen Bericht an den Bezirksvorstand einschicken.

2. **Der Kassierer** verwaltet sämtliches Marken-, Karten- und Propagandamaterial. Er hat mit dem Vorstand gemeinsam für hohe Einnahmen zu sorgen. Sein ganzes Sinnen und Trachten muß darauf gerichtet sein, die Einnahmen von Monat zu Monat zu steigern.

Die Buchung über ausgegebene und abgerechnete Materialien müssen recht übersichtlich und gewissenhaft erfolgen. Für jeden Materialabnehmer (Unterkassierer) ist ein besonderes Spezialkonto zu führen.

Ueber freiwillige Sammlungen und Beiträge muß er öffentlich in der Zeitung quittieren. Alle Einnahmen sind dem Bezirkskassierer zu übermitteln.

Alle örtlichen Ausgaben werden von der Bezirkskasse getragen, welche die Beiträge vorher bewilligen muß. Der Kassierer muß die Mitgliederregistratur sorgfältig führen und darauf achten, daß sie regelmäßig kassiert werden. Ebenso muß er die Abholung der Korporativbeiträge gewissenhaft erledigen.

3. **Der Gefangenen-, Familien- und Rechtsschutzobmann** muß für die körperliche und geistige Pflege der revolutionären Gefangenen und ihrer Familien Sorge tragen, sowie ihren Rechtsschutz übernehmen. Er muß versuchen, mit den Gefangenen am Ort in dauernder Verbindung zu sein, um ihre Wünsche kennen zu lernen und nötigenfalls dem Bezirksvorstand mitteilen.

Der Gefangenenobmann muß sich von der Uebermittlung von Lebensmittelpaketen und Literatur von seiten des Bezirksvorstandes überzeugen.

Ueber alle Verhaftungen am Ort und Entlassungen aus dem Gefängnis muß er sofort dem Bezirksvorstand Mitteilung machen. Auch muß er sich um das Wohl der Familien der inhaftierten Genossen bekümmern, wenn kein besonderer Familienobmann am Orte gewählt ist.

Die Auszahlung der Unterstützungen an die Familien erfolgt durch den Bezirksvorstand.

Genossen! Geht sofort in allen Orten dazu über, den Funktionärapparat in der vorgeschriebenen Weise auszubauen. Teilt dem Bezirksvorstand sofort die Adresse dieser drei Genossen mit. Wenn wir alle gemeinsam in sämtlichen Orten Mitteldeutschlands derart an den Ausbau unseres Funktionärapparates herangehen, dann wird unser nächster Bezirkskongreß ein großer Appell über einen tüchtigen Stab fleißiger Rote-Hilfe-Funktionäre und ihrer Arbeit sein.

Dreitausend Mark für die Witwe Hoeßles

Wo bleibt die Unterstützung der proletarischen Klassenjustiz-Opfer?

Nach dem Reichsdienst der deutschen Presse soll die preußische Staatsregierung der Witwe des verstorbenen Reichsministers Höfle eine jährliche Pension von ungefähr 3000 Mark angeboten haben. Diese Summe ist eine schäbige Abfindung der preußischen Regierung für einen begangenen Justizmord. Mit diesem Abfindungsangebot wird dieser Justizmord von der preußischen Regierung ausdrücklich bestätigt. Wenn schon der Witwe Höfles 3000 Mark Pension gezahlt werden sollen, wo bleibt dann aber die Unterstützung der Hinterbliebenen jener Opfer der Klassenjustiz, die dem Proletariat angehören? Erst vor einiger Zeit ist im Untersuchungsgefängnis Chemnitz die 65 Jahre alte Proletarierin Frau Lina Forwurk durch dieselbe ärztliche Gewissenlosigkeit, wie im Falle Höfle, ums Leben gekommen. Die Arbeiterschaft muß fordern, daß auch die Hinterbliebenen der im Gefängnis zugrunde gerichteten proletarischen politischen Gefangenen unterstützt werden, doch nicht mit nur 3000 Mark, sondern einer zum Leben ausreichenden Summe. Denn Proletarierwitwen und -waisen beziehen keine Ministerpensionen und genießen nicht die Protektion begüterter bürgerlicher Kreise.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0010

Oeffentliche Quittung

über die beim Bezirksvorstand eingegangenen Kleidungsstücke

Belig, Halle: 1 Kappe, 1 Kleidchen, 1 Schürze, 1 Jackett, 3 Paar Kinderstrümpfe.
Schreiber, Schkeuditz: 1 Kleidchen, 1 Hemd, 1 Turnhose.
Frau Mörtz, An der Schwemme 5: 1 Paar Kinderschuhe, 1 Jacke.
Gessing, Hackebornstraße 5: Diverse Kleidungsstücke.
Kahlert, Kleine Ulrichstraße 23: 1 Paar Schuhe, diverse Kleidungsstücke.
Kobs, Glauchaer Straße 47: Getragene Kleidungsstücke.
T., Halle: 1 große Tüte Tabak.
Friedrich Arndt: 2 Paar Schuhe 1 Mütze.
Dänzer, Halle: Getragene Kleidungsstücke.
Ulmer, Turmstraße 2: 1 großen Korb getragener Kleidungsstücke.
Bart, Osendorfer Straße: 1 Mantel, 1 Paar Schuhe, 1 Hut, 1 Mütze.
Schuhmann, Halle: 5 Hemden, 2 Westen, 1 Jacke, 1 Paar Schuhe.
Zimmerling, Richard-Wagner-Straße 41: Spielsachen und Wäsche.
Oelschner, Krausenstraße 27: 1 Rodelschlitten.
Schaaf, Dölau: 1 Paar neue Schuhe, 1 Paar getragene Schuhe, 5 Paar Strümpfe, 3 Kittel, 1 Unterhose, 2 Schürzen.
Unbekannt: 1 Pfeife.
Fa. Lewin, Halle: 1 Tischdecken, diverse Stoffreste, 3 Männerhemden, 1 Kopftuch, 8 Taschentücher, Bettzeug, Hemdenstoff.
Moritz Rosewitz, Steinweg 7: 4 Paar Strümpfe, 4 Paar Handschuhe, 4 Paar Hosenträger, Bilderbücher und Kalender.
A. Hentze, Schmeerstraße: 3 Kartons Spiele.
Fa. Knoll Nachf., Leipziger Straße: 2 Hüte, 1 Paar Handschuhe, 1 Schleife.
Fa. Glüsmann, Markt: ⅝ schwarze Wolle.
Fa. Sommer, Leipziger Straße: 1 Schal mit Mütze.
E. Quentin, Glauchaer Straße: 4 Paar Schuhe, 3 Paar Pantoffeln, 4 Schwitzer, 6 Mützen, 1 Nachthemd, 3 Schürzen, 8 Paar Strümpfe, 18 Paar Handschuhe, 1 Weste.
Fa. M. [illegible], Leipziger Straße: 2 Normalhemden, 1 Barchentunterhose.
Friedrich Pietsch, Steinweg: 2 Handtaschen.
Fa. Endepols & Dunker: 4 Schwitzer.
Fa. Meißner, Neumarktstraße: 1 Knabenanzug.
Fa. Hammerschlag: 2 Hosen.
Mitteldeutsche Textilgesellschaft: 10 Meter Stoff.
Fa. Belger, Geiststraße: 6 Trinkbecher.
Hanf, 5. Vereinsstraße: 1 Karton Schokolade 1 Karton Athletenkaffee.
Mirnich, Torstraße 15: Getragene Kleidungsstücke, 1 Tüte Nüsse und Pfefferkuchen, 1 Tafel Schokolade.
Finger, Mansfelder Straße: Getragene Kleidungsstücke.
Wege, Königstraße: Getragene Kleidungsstücke, 1 Spiel.
Unbekannt: 4 Pfund Kakao.
Gierlitz, Gerberstraße: 1 Paket Portemonnaies.
O.-K. Colleda: 1 Damenjackett, 1 Bluse, 2 Westen, 2 Hüte, 4 Päckchen Kakao, [illegible] Waschpulver, 1 Stück Seife, 1 Mantel, 1 Kragen, 1 Paar Manschetten, 1 Vorhemd, 1 Paar Stutzen, diverse Wäsche.
Ungenannt: 2 Jacketts, 2 Paar Schuhe.
Ungenannt: 1 Rotwurst, 2 Stück Seife, 1 Paket Kaffee, 1 Tüte Mehl, 1 Pfund Zucker, 1 Pfund Graupen, 1 Pfund Reis, 1 Pfund Bohnen, 1 Päckchen Kakao.
Schwenkhammer, Lerchenfeldstraße 14: 2 Mützen, 1 Jackett.
Gesammelt durch Genossin Goldschmidt, Kleine Ulrichstraße: 1 Lokomotive, 1 Damenmantel, 7 Kindermützen, 1 Haube, 4 Stofftaschen, 1 Unterteille, 1 Röckchen, 2 Rollwagen, 1 Pferd, 1 Kleid, 1 Bluse, 1 Hemd, 2 Höschen, 2 Paar Strümpfe, 7 Pfund Graupen, 1 gefülltes Ei, 2 Stück Seife, 4 Puppen, 1 Karten Puppenmöbel, 1 Karton Seife, 10 Päckchen Tabak, 100 Zigaretten, 9 Zigarren, 10 Kreisel mit Peitsche, 4 Stück Handwerkszeug, 1 Tassenservice, 1 Indianerjagd, 1 Frosch, diverse Bälle, 10 Paar Schuhe, 1 Paar Badeschuhe.
Wenzing, Dompiatz 8: 1 Puppenstube.
Franz Kradel: 6 Pfund Mehl.
Hermann Beidt, Mühlberg 4: 1 Zentner Kohlen.
Fa. Nußbaum, Große Ulrichstraße: 21 Stück Stoffreste, 1 Kinderjäckchen, 3 Herrenbinder, 3 Schleifenbinder, 7 Herren-Stoffkragen, 2 Paar Kinder-Filzschuhe, 1 Paar Kinder-Lederschuhe, 3 Brieftaschen, 1 Portemonnaie, 3 Sparbüchsen, 1 Kinderklappern.
Schneidewind: 6 Paar getragene Schuhe, 1 Paar Schlittschuhe, 1 Blusenschoner, 1 weißes Kleid, 1 Samtkleid, 1 Dirndlkleid.
Zgorzelski: 3 Kinderkleidchen, 1 Röckchen, 1 Kittel, 1 Strickjäckchen, 1 Paar Gamaschen, 1 Paar Strümpfe, 1 Mütze.
Durch O.-K. Völberg-Wörmlitz wurden folgende Sachen gesammelt: 4 Stück Rotwurst, 1 Schwartenwurst, 2 Leberwürste, 1 Pfund Würfelbutter, 7 Pfund Speck, 10 Pfund Roggenmehl, 11 Pfund Weizenmehl, 8¼ Pfund Zucker, 19 Pfund Bohnen, 6¼ Pfund Erbsen, 2 Pfund Nudeln, 1 Pfund Linsen, 1 Pfund Kakao, 2 Pfund Honig, 2 Tafeln Schokolade, 3 Päckchen Kenfekt, 6 Päckchen Malzkaffee, 3 Päckchen Zichorie, 2 Päckchen Makkaroni, 1 Päckchen Haferflocken, 2 Pakete Waschmittel, 2 Stück Seife, 12 Pfund Aepfel, 5 Zentner Kartoffeln, 1 Tüte Pfeffernüsse, 2 Weihnachtsmänner (Schokolade). Außerdem ein großer Teil Kleidungsstücke und Spielsachen und 178,10 Mk. bares Geld.
O.-K. Schkeuditz sammelte folgende Sachen: 2 Tüten à 5 Pfund Mehl, 3 Tüten à 3 Pfund Mehl, 1 Tüte à 4 Pfund Mehl, 1 Sack à 3 Pfund Mehl, 3 Knackwürste, 2 Leberwürste, 20 Pfund Nudeln, 2 Leberwürste, 3 Paar Kinder-Filzschuhe, 5 Paar Filzpantoffeln, 1 Paar Kordpantoffeln, 1 Karton Toilettenseife (10 Stück), 1 Karton Kinderspielsachen, 5 Pakete Hafermehl, 1 Pfund Würfelbutter, 1 Büchse Rollmöpse, 6 Pakete Tabak, 20 Stück Zigaretten, 1 Strickweste, ein großer Teil Kleidungsstücke, 8 Sack Kartoffeln und außerdem 83,75 Mark in bar.
Durch den Genossen Hause, Deberstedt, wurden folgende Sachen gesammelt: H. Hause: 2 Pfund Speck, 4 Pfund Fett; K. Buttenberg: 1 Mark; Richard Jähne: 1½ Pfund Speck, 1 Mark; Hermann Mäcus: 1 Wurst, 1 Pfund Speck; Aug. Werner: 1 Pfund Speck; Karl Tänzer: 1½ Pfund Speck; Otto Möstus: Aepfel; G. Koppelmann: 1 Pfund Speck; Paul Tänzer: 1 Pfund Speck; A. Buschel: 8 Pfund Bohnen; Fritz Meißner: 5 Pfund Bohnen, 1 Pfund Speck; Albert Klausing: 3 Pfund Speck.
Bäckermeister Dreselmann: 1 Hemd, 3 Unterröcke, 1 Schürze, 1 Jumper, 1 Kleid.
Jährling: Diversen Christbaumschmuck.
Reiter, Neue Promenade 3: 1 Paar getragene Schuhe, 1 Südwester, 2 Blusen, 1 Fidel, 1 Schal, 1 Jäckchen, 1 Rock, 3 Pfund Zucker, 3 Päckchen Kakao, 3 Stück Seife, 3 Päckchen Tabak, 1 Wage, verschiedene Spielsachen.
Fa. Isaak Zuckermann: 2 Knabenanzüge, 2 Sweater, 1 Paar Jungenhosen, 4 Hemden, 2 Röckchen, 3 Kleidchen, 1 Bluse, 3 Schürzen, 1 Dirndl-Kleid, 1 Sweater.
Fa. Brummer & Benjamin: 10 Meter Hemdenbarchent.
Fa. David, Markt: 200 Stück Hosenknöpfe.
Fa. Biedermann: Verschiedene Spielsachen.
Fa. Michel: 2 Hüte, 5 Wäscheteile.
Arbeiter-Radfahrerverein Canena: 1 Wurst, 2 Stück Seife, 1 Paket Kaffee, 12 Pfund Mehl, 5 Pfund Erbsen, 4 Pfund Zucker, 1 Pfund Graupen, 1 Pfund Honig, 1 Pfund Zucker.
Helle, Reideburger Straße: 2 Märchenbücher, 1 Schiefertafel, 1 Paar Holzpantoffeln, 1 Paar Holzschuhe.

Weihnachtsbriefe an die Rote Hilfe

Canena, 10. Dezember 1925.

An die „Rote Hilfe"

Halle (Saale).

Um den ärmsten der Armen zum Weihnachtsfeste eine Freude zu bereiten, haben wir uns bereit erklärt, als Mitglieder des „Arbeiter-Radfahrervereins Solidarität, Ortsgruppe Canena", der „Roten Hilfe" mitzuhelfen am großen Werk. Unsere Mitglieder gehören voll der „Roten Hilfe" an, darum schicken wir ein Lebensmittelpaket von ca. 30 Pfund. Wir hoffen, daß dieses Paket in gute Hände kommt.

Außerdem gibt der Verein 10 Mark in bar.

Mit Gruß **Vorsitzender Paul Henze.**

Diesen Brief müssen sich viele proletarische Organisationen als Richtschnur nehmen, denn was in diesem kleinen Verein möglich ist, muß auch möglich sein in allen Arbeiter-Sportorganisationen.

Rote Hilfe Deutschlands

Helft!

Sonnabend, den 19. Dezember 1925
abds. 7½ Uhr, im „Volkspark"

Weihnachts-Bescherung

unter Mitwirkung der
Proletarischen Kulturvereinigung und des
Jung-Spartakus-Bundes

Bezirksvorstand der Roten Hilfe Halle-Merseburg

Eintritt: Vorverkauf 50 Pf., Abendkasse 60 Pf.
Rauchen verboten

Liebe Rote Hilfe!

Da es in diesem Jahre so bitter kalt ist und auch alles so sehr teuer, werden wohl viele Kinder nichts Warmes anzuziehen haben, wo ihre Väter im Zuchthaus schmachten. Ich habe in dem „Klassenkampf" gelesen, daß viele Kinder noch nichts zu Weihnachten haben, auch nichts zum Anziehen. Darum habe ich es für meine Pflicht gehalten, an diese Kinder zu denken, indem ich Euch diese Sachen, welche von mir und meiner Schwester sind, zu schicken. Ich bin 12 Jahr und meine Schwester 9 Jahr, da sind uns die Sachen zu klein.

Mit rotem Gruß

A. K. — L. K., Greppin, Jung-Spartakus-Bund.

Anbei: **4 Kleider, 3 Schürzen, 7 Mützen, 2 Mäntel und ein Kragen, ein Paar Strümpfe.**

Rietleben, den 18. November 1925.

Liebe Genossen und Genossinnen!

Wie alle Jahre, so kam auch dieses Jahr wieder die erfreuliche Nachricht, daß ich meinen Winterbedarf an Kartoffeln und Gemüse wieder von der Roten Hilfe holen kann. Solange nun schon unser lieber Vater ruht und durch Meuchelhände von seinen sechs Kindern gerissen wurde, hat die Rote Hilfe so reichlich und treu mich vor Not und Elend bewahrt. Auch danke ich hierdurch der Roten Hilfe und der Familie, welche meine Kinder im Sommerurlaub so liebevoll aufgenommen und gepflegt hat. Ich bitte, mich auch weiterhin mit meinen Kindern nicht zu verlassen und danke allen Genossen und Genossinnen für ihre reichliche Unterstützung.

Mit kommunistischem Gruß Ihre **Agnes Gabe.**

Meine lieben Genossen von der Roten Hilfe!

Sende eine Kleinigkeit, um einem Kind oder einer älteren Frau zu helfen. Ich würde ja mehr helfen, aber leider bin ich auch nicht in der besten Lage. Den Ueberzieher und das Frauenjackett habe ich gebettelt, das übrige ist von mir selbst. Es ist ja auch nichts besonderes, aber ich glaube, eine Kleinigkeit hilft es doch.

Mit kommunistischem Gruß Eure **Ludmilla Siegmann.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0011

Oeffentliche Quittung

Über die beim Bezirksvorstand der Roten Hilfe Halle-Merseburg für den Monat November eingegangenen Beträge.

Röglitz, Arb.-Radf.-Ver., koll.	5,00 Mk.
Bitterfeld, Verb. d. ausgeschl. Bauarbeiter, kollektiv	1,00 „
Reideburg, Arb.-Radf.-Verein „Frohe Fahrt", kollektiv	2,50 „
O.-K. Ammendorf, koll.	22,00 „
O.-K. Turbenburg, koll.	6,00 „
Theißen, Arb.-Ges.-Ver., koll.	5,00 „
Hohenleipisch, Arb.-Radf.-Verein, kollektiv	2,00 „
Annaburg, Arb.-Radf.-Verein, kollektiv Juli/September	16,20 „
Annaburg, Gewerkschaftskartell, kollektiv Okt./Dez.	9,00 „
Wittenberg, Verein d. Freidenker, kollektiv	3,00 „
Wansleben, Arb.-Volksbühne, kollektiv Okt./Dez.	12,00 „
O.-K. Schkeuditz, kollektiv	5,00 „
O.-K. Schmedin, kollektiv	6,35 „
Querfurt, Arb.-Gesl.-Ver., koll.	3,00 „
Walhausen, Verb. d. Steingutarbeiter, kollektiv	5,00 „
[illegible] Ges.-Verein, kollektiv	5,00 „
Kolonie Naundorf, Arb.-Radf.-Bund „Solidarität", koll.	1,75 „
Liste 336 „Volkspark"-Opfer	13,60 „
Liste 242 „Volkspark"-Opfer	30,00 „
Liste 49, Ferienhilfe	12,68 „
Lützen, Sammlung b. Werbeabend des RFB.	11,20 „
Gosek, Sammlung Gründungsversammlung d. RH.	3,00 „
Slg. Werbeabend Nonnern	8,00 „
Reideburg, Herm. Oettler	1,00 „
Samml. Silberhochzeit Meißner, Lödejün	9,35 „
Von Unbekannt	10,00 „
O.-K. Ammendorf	8,55 „
Nietleben, gesp. v. Dirigent d. Ges.-Verein „Lyra"	1,00 „
Samml. d. RFB. b. Radf.-Vergnügen Surtelia, Zeitz	4,01 „
Tellersamml. Kirmesvergnügen Naundorf	6,00 „
O.-K. Seeben lt. Oktober-Abrechnung	2,80 „
O.-K. Hettstedt lt. Oktober-Abrechnung	3,72 „
Samml. Werbetag Gerbstedt	7,80 „
Arb.-Ges.-Verein Thekhen	18,08 „
Samml. b. Saalsportfest des Arb.-Radf.-Ver., Annaburg	6,25 „
Brudorf, Samml. v. Freie Bühne (Theaterverein)	2,80 „
Samml. Kirmesfeier Brudorf	3,75 „
Merseburg, Ungenannt, Funkenburg	3,00 „
Merseburg, Konsumverein	0,40 „
O.-K. Burgörner	0,85 „
RFB. Wittenberg	1,80 „
Samml. v. Allgem. Sängerchor b. Stiftungsfest Wittenberg	20,24 „
Samml. v. Männerturnverein Friedrichstadt, Wittenberg	8,00 „
O.-K. Freyburg	0,25 „
Gräfenhainichen, Aug. Meißner	1,00 „
Schweldnitz, Samml. v. d. Arbeiterturnern	11,90 „
Querfurt, Ungenannt	10,00 „
Walhausen, Herm. Vollrath	5,00 „
H. H.	1,00 „
Dommitzsch, Samml. b. Bergm. d. Fahrgruppe b. Töpfer	10,00 „
Weißenfels, Sammlung b. d. Revolutionsfeier	32,00 „
Weißenfels, d. Gen. Bornhake	5,00 „
Weißenfels, d. Gen. Junghaus, Konsumverein	5,00 „
Weißenfels, d. Gen. August Stelzer	1,00 „
Greppin, Ueberschuß v. d. Revolutionsfeier	40,85 „
Teuchern, Slg. Kirmesfeier	12,48 „
Aisleben, v. 3 Statisten	1,62 „
Samml. b. Bergm. d. Ges.-Vereins „Lyra"	14,70 „
Delitzsch, Graupner	1,00 „
Samml. b. Revolutionstage durch Krostewig	8,50 „
Bronna, Samml. b. Werbeabend d. RFB.	10,00 „
Gegenabzüge Bez.-Leitung	184,00 „
Gewerkschaftsbunde, Pred.-Gen., Monat November	288,00 „
Brudorf, Einnahmen vom Filmabend	32,15 „
Brudorf, Samml. Filmabend	[illegible] „
Canena, Einnahmen vom Filmabend	29,10 „
Passendorf, Slg. Filmabend	13,50 „
O[illegible]mmendorf, Filmab.	66,70 „
Passendorf, Einnahmen vom Filmabend	30,00 „
Merseburg, Restzahlung vom Filmabend	30,50 „
Aisleben, Ueberschuß vom Filmabend	34,10 „
Unterwiederstedt, Einnahmen vom Filmabend	26,10 „
Liste 262, Winterhilfe	24,30 „
Listen 41 u. 42, Winterhilfe	25,90 „
Liste 298, Winterhilfe	7,50 „
Liste 304, Winterhilfe	24,75 „
[illegible]	26,70 „
Liste 295, Winterhilfe	21,20 „
Listen 122 u. 123, Winterhilfe	12,85 „
Liste 314, Winterhilfe	35,85 „
Listen 419 u. 420 Winterhilfe	24,92 „
Freiroda, Slg. Winterhilfe	32,50 „
Queis, Samml. Winterhilfe, 2. Rate	3,80 „
Fa. Wagner, Halle, Winterhilfe	2,00 „
Fa. Berlin, Halle, Winterhilfe	5,00 „
Listen 158—160, Winterhilfe	37,00 „
Liste 344, Winterhilfe	18,85 „
Annaburg, f. Winterhilfe	37,85 „
Durch RFB. gef., Listen Nr 421—450 Winterhilfe	268,80 „
O.-K. Freiroda	36,10 „
O.-K. Delitzsch	69,40 „
Samml. v. Arb.-Radf.-Verein „Vorwärts"	2,50 „
Verband d. ausgeschl. Bauarbeiter, Halle, kollektiv	10,00 „
Durch Genossin Korch gel.	15,30 „
Gesammelt v. d. Fa. [illegible]aue	6,50 „
Gesp. v. Fr. Leßner	1,00 „
Liste 190, Winterhilfe	12,00 „
	1 986,14 Mk.

Rechenschaftsbericht

des Bezirksvorstandes Halle-Merseburg für den Monat November 1925.

Die Unterstützungssätze für die Frau betrugen: monatlich 16 Mark, für jedes Kind 8 Mark und für den Gefangenen 6 Mark.

Rechtsschutz wurde im Berichtsmonat in einem Falle mit zwei Angeklagten vermittelt.

Aus dem Kerker der Republik wurde der Genosse Friedrich Emmerich, Halle, entlassen.

Die Einnahmen und Ausgaben des Bezirksvorstandes ergeben sich aus nachfolgender Zusammenstellung:

Einnahmen:

Sammellisten	56,28 Mk.
Sonstige Sammlungen	341,20 „
Marken, je 10 Pf.	967,60 „
Postkarten	15,55 „
Broschüren	242,40 „
Zeitungen	83,60 „
Eintrittsgelder	35,40 „
Kollektivbeiträge	120,40 „
Gehaltsabzüge	470,00 „
Rote-Hilfe-Bilder	1,15 „
Film	270,99 „
Winterhilfe	621,77 „
Fragliche Konten	105,50 „
Summa	3329,84 Mk.
Kassenbestand 31. Oktober	2752,56 „
Total	6082,40 Mk.

Ausgaben:

Familien und Gefangenen-Unterstützung	1528,00 Mk.
Erstattungsgelder f. Ges.	60,00 „
Rotunterstützung	164,20 „
Propaganda	60,00 „
Gehälter u. Entschädigungen	100,00 „
Fahrgeld und Spesen	153,65 „
Porto und Telephon	55,61 „
Miete, Heizung, Licht usw.	39,00 „
Bureauutensilien	26,30 „
Sonstiges	18,95 „
Film	266,45 „
Winterhilfe	36,00 „
Summa	2508,16 Mk.
Kassenbestand 30. November	3574,24 „
Total	6082,40 Mk.

Halle, den 7. Dezember 1925.

Die Kassiererin: L. Kroh.

Für die Richtigkeit:

Die Revisionskommission: W. Lauschke. O. Schwenkhammer.

Bekanntmachungen des Bezirksvorstandes

Betrifft Werbekampagne für den „Roten Helfer".

Nach dem 13. Dezember müssen alle Ergebnisse sofort an den Bezirksvorstand gemeldet werden. Wieviel Abonnenten, wieviel neue Mitglieder, wieviel Geld.

Gleichzeitig müssen die Ortsgruppenvorstände uns die Namen derjenigen mitteilen, die die meisten Abonnenten gesammelt haben, damit wir ihnen das versprochene Bild zustellen können.

Betrifft Bulletin.

Alle Bestellungen auf das Rote-Hilfe-Bulletin müssen sofort neu aufgegeben werden, da durch die Abonnierung des „Roten Helfers" ein Teil durch die Post versorgt wird.

Sammellisten.

Alle Sammellisten müssen sofort an den Bezirksvorstand zurückgeschickt werden.

Unterstützung.

Den Mitgliedern und Unterstützungsempfängern zur Mitteilung, daß für den Monat Dezember doppelte Unterstützung ausgezahlt worden ist.

Versammlungstätigkeit.

Um eine genaue Aufstellung über das Stattfinden der Versammlungen zu haben, müssen die Ortsgruppenvorstände alle stattfindenden Funktionär-, Mitgliederversammlungen und Ortsvorstandssitzungen dem Bezirksvorstand melden.

47 Jahre Zuchthaus und 28 Jahre Gefängnis

In der kurzen Zeit vom 1. November bis 5. Dezember dieses Jahres, wurden von der deutschen Klassenjustiz 53 Arbeiter zu insgesamt 47 Jahren Zuchthaus und 28 Jahren Gefängnis verurteilt. Dazu kommen rund 7000 Mark Geldstrafe; gegen 87 revolutionäre Arbeiter, die sich zum größten Teil in Untersuchungshaft befinden, wurden in dieser Zeitspanne neue Verfahren eingeleitet. Die reaktionäre Tendenz dieser ununterbrochenen Justizoffensive gegen die deutsche Arbeiterschaft zeigt sich mit skandalöser Deutlichkeit, wenn man die Anklagen auf ihren formalen Inhalt hin betrachtet. Da wird Anklage erhoben wegen Besitzes verbotener Schriften, Hochverrat, Versand von Zersetzungsmaterial, Entwendung einer faschistischen Fahne, Widerstand, Aufruhr, Sammlung für den Roten Frontkämpfer-Bund, Gotteslästerung (und das im 20. Jahrhundert!) und wegen Vergehens gegen das famose Republikschutzgesetz zum Schutze des Faschismus. Der Arbeiter Fokken aus Neukölln wird der Amtsanmaßung angeklagt, weil er bei einer proletarischen Theatervorstellung einen Schupo darstellte!

Rote-Hilfe-Literatur

Durch den Bezirksvorstand ist nachfolgende Literatur zu erhalten:

- Bericht von der ersten Reichstagung der Roten Hilfe. 50 Pf.
- Der weiße Tod in Bulgarien. 10 Pf.
- Was ist und was will die IRH. 30 Pf.
- Die große Solidarität. 30 Pf.
- Henker des Zaren. 40 Pf.
- Der weiße Terror in Polen. 40 Pf.

Außerdem Postkarten:

- Der polnische Genosse Lanzuzki. 5 Pf.
- Der Genosse Engel. 5 Pf.
- Eine bulgarische Postkarte. 5 Pf.
- Lenin-Postkarte. 10 Pf.
- Postkarten der französischen Kommune. 10 Pf.
- Max-Hoelz-Postkarte. 5 Pf.

Neu erschienene Literatur:

- 550 bessarabische Bauern vor Gericht. 15 Pf.
- Helft den Kindern. 25 Pf.
- Die gefährdete Staatssicherheit. 10 Pf.
- Bilderbogen. 20 Pf.

Ich bestelle hiermit für das erste Quartal 1926:

„Der Rote Helfer"

Erscheinungsort Berlin, zu dem Bezugspreis von 25 Pfennig zuzüglich 6 Pfennig Bestellgeld

Name: .....

Wohnung: .....

Vorderhaus / Hinterhaus / Gartenhaus ..... Stock, bei .....

Bitte recht deutlich zu schreiben und an die nächste Postanstalt senden!

Wer den „Roten Helfer" lesen will, muß bis zum 20. Dezember seine Bestellung auf der Post aufgeben!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Lademann, Eisleben; Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmb., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251215-12/fragment/page=0012